

Jahresbericht

2012

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)
20144 Hamburg · Beim Schlump 83

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) besteht seit Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, „sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen“. Darüber hinaus erstellt Institut einen Jahresbericht.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen bitte an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Fax 040 866 36 15
Redaktion: Susanne Bund
ISSN 0936-



Inhalt

1. Zur Arbeit des IFSH 2012 – Vorwort des Direktors	4
2. Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2012	8
2.1 IDEAS-Projekt	8
2.2 Wirkungsforschung	14
2.3 Dual-use-Technologietransfers	19
3. Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte	25
3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)	25
3.2 Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)	29
3.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR ²)	38
3.4 Institutsübergreifende Projekte	45
4. Übergreifende Aktivitäten	47
4.1 Arbeitsgruppe Wirkungsforschung	47
4.2 Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH	47
4.3 Forschungsgruppe DemoS am IFSH	47
4.4 Ausgewählte Veranstaltungen, Tagungen und Besucher	48
4.5 Forschungskolloquium 2012	49
4.6. Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	50
4.7 Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien	53
5. Lehre und Nachwuchsförderung	55
5.1 Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg	55
5.2 Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)	57
5.3 Lehr- und Doktorandenkooperation mit der East China Normal University (ECNU), Shanghai	57
5.4 Doktorandenbetreuungsprogramm	58
5.5 Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2012	58
6. Service	61
6.1 Öffentlichkeitsarbeit	61
6.2 Verein zur Förderung des IFSH	61
6.3 Bibliothek, Dokumentation und Internetpräsenz des IFSH 2012	62
7. Personal und Gremien	64
7.1 Kuratorium	64
7.2 Wissenschaftlicher Beirat	64
7.3 Institutsrat	65
7.4. Gleichstellung	65
7.5. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2012	65
8. Veröffentlichungen	68
8.1 IFSH-Reihen	68
8.2 Friedensgutachten	69
8.3. OSZE-Jahrbuch	70
8.4 Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2012	71
9. Statistischer Anhang	80



1. Zur Arbeit des IFSH 2012 – Vorwort des Direktors

2012 wurden wichtige Schritte für die Sicherung der Zukunft des IFSH als einer der führenden Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung in Europa getan.

Seit dem Frühjahr 2008 steht das Arbeitsprogramm „Transnationalisierung von Gewalttrisiken als Herausforderung europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik“ im Zentrum der Forschungsaktivitäten des IFSH. Dieses Programm soll im Sommer 2013 durch ein neues ersetzt werden. Das in mehreren Stufen entwickelte neue Arbeitsprogramm wurde auf der Herbstsitzung des Wissenschaftlichen Beirats des IFSH diskutiert und dem Kuratorium im Grundsatz zur Annahme empfohlen. Das Kuratorium folgte dieser Empfehlung und beschloss, eine überarbeitete Fassung auf seiner Sitzung im Frühjahr 2013 zu verabschieden.



Im Rahmen des kurz „Transnationale Gewalttrisiken“ genannten laufenden Arbeitsprogramms sind in den letzten Jahren eine Reihe von größeren Forschungsprojekten durchgeführt worden. Thematische Schwerpunkte der Forschung im Rahmen des Arbeitsprogramms waren Strategien zur Eindämmung des Terrorismus und der Piraterie, extremistische Radikalisierung, transnationale Aspekte von Konflikten in Zentralasien, Klimawandel als potenzielle Ursache für Gewaltkonflikte, Herausforderungen an Rüstungskontrolle durch die gewachsene Bedeutung transnationaler Akteure sowie allgemein die Analyse der Wirkungen von Politikmaßnahmen. Während einige Projekte im Jahr 2012 beendet wurden, laufen andere auch 2013 *noch weiter*.

Zu den in 2012 beendeten größeren Vorhaben gehören unter anderem das von der DFG geförderte Projekt „Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland“ und das von der EU im 7. Forschungsrahmenprogramm geförderte Projekt „A New Agenda for European Security Economics (EUSECON)“, an dem das IFSH maßgeblich beteiligt war. Beide Projekte mündeten in eine Reihe von international beachteten Publikationen. Ebenfalls zum Abschluss kam die institutsübergreifende Arbeitsgruppe, die parallel zum Arbeitsprogramm Möglichkeiten und Grenzen der Analyse von Wirkungen von Politikmaßnahmen diskutierte. Die Ergebnisse wurden in einer gemeinsamen Buchpublikation gebündelt („Studying , Effectiveness‘ in International Relations“).

In der Endphase der Bearbeitung befanden sich Anfang 2013 unter anderem die für das Arbeitsprogramm von 2008 zentralen Projekte „Zwischen Kontrolle und Kooperation: Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen“ und „Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen“. Mit dem Piraterie-Projekt konnten zahlreiche neue Kontakte zu wissenschaftlichen und politischen Akteuren sowie zu Praktikern geknüpft werden. Eine Folge dieser starken Vernetzung ist, dass das IFSH in zwei Konsortien vertreten ist, die Nachfolgeprojekte zur Piraterie beim Bundesministerium für Bildung und Forschung beantragt haben.

Die Erkenntnisse, die in der Projektarbeit zum Arbeitsprogramm „Transnationale Gewalttrisiken“ gewonnen wurden, sollen 2013 zusammengefasst und ausgewertet werden. Nicht alle der im Arbeitsprogramm von 2008 skizzierten Forschungsfragen konnten im vorgesehenen Umfang bearbeitet werden. Das gilt insbesondere für den Bereich der internationalen organisierten Kriminalität soweit nicht mit Terrorismus oder Piraterie verbunden. Andererseits ergaben sich im Zuge der Laufzeit Chancen, relevante Themenfelder wie extremistische Radikalisierung, intensiver zu bearbeiten als 2008 erwartet. Schon zu Beginn der Auswertung wird deutlich, dass eine Reihe von interessanten Ergebnissen erzielt werden konnte. Sie bestätigen in der Tendenz die im Jahre 2008 formulierte These der Divergenz zwischen den Anforderungen transnationaler Herausforderungen wie Terrorismus, Piraterie und Klimawandel und den Defiziten internationaler Handlungskompetenzen. Nationale Maßnahmen mit fraglicher Wirkung dominieren die Bearbeitung transnationaler Gewalttrisiken.



Zusätzlich zu den Themen des Arbeitsprogramms sind im IFSH auch 2012 aktuelle friedens- und sicherheitspolitische Fragen bearbeitet worden, für deren Beantwortung das IFSH über gewachsene wissenschaftliche Kompetenz verfügt. Besondere Erwähnung verdienen hier verschiedene Arbeiten und Beiträge zur nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie zur Europäischen Friedensordnung. „Global Zero“, das von US-Präsident Barack Obama im April 2009 postulierte Ziel globaler nuklearer Abrüstung, stand 2012 zwar nicht im Zentrum der internationalen politischen Aufmerksamkeit, bleibt aber nicht zuletzt dank der Wiederwahl Obamas auf der internationalen politischen Agenda. Das IFSH beabsichtigt hier auch weiterhin innovative Diskussionsbeiträge auf der Grundlage wissenschaftlicher Arbeit zu liefern.

Dasselbe gilt für Beiträge zur Europäischen Friedensordnung und insbesondere der Rolle der OSZE in diesem Kontext. Im Jahr 2012 fand das gemeinsam mit führenden sicherheitspolitischen Instituten aus Russland, Polen und Frankreich durchgeführte Vorhaben zur Analyse der Voraussetzungen für eine euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft hohe internationale politische Aufmerksamkeit. Der Abschlussbericht „IDEAS“ wurde im Oktober in Wien auf einem informellen Botschaftertreffen vorgestellt, an dem die Mehrheit der in Wien bei der OSZE akkreditierten Botschafter teilnahm, weitere Präsentationen fanden in Brüssel bei der NATO und in Astana statt.

Diese und einige der im Rahmen des Arbeitsprogramms 2008 erarbeiteten Kompetenzfelder, wie extremistische Radikalisierung und Klimawandel sollen erhalten bleiben, andere wie Auswirkungen der Globalisierung auf Stabilität in Industrieländern und Änderungen in Formen des Gewaltaustrags hinzukommen. Analysen zu Terrorismus und anderen Formen transnationaler Gewaltstricken werden an Bedeutung verlieren.

Für die Charakterisierung des neuen Arbeitsprogramms ist der veränderte Fokus der Forschung wichtiger als die Benennung der Themenfelder. Die Fachkenntnisse, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH erworben haben, sollen für eine neue übergeordnete Fragestellung fruchtbar gemacht werden. Das neue Arbeitsprogramm verbindet am IFSH bestehende Kenntnisse und Kompetenzen mit neuen Themenfeldern und einem neuen Fokus der Forschung.

Verbindende Klammer des neuen Arbeitsprogramms ist die Untersuchung der Angemessenheit liberaler Friedensstrategien für erfolgreiche Friedens- und Sicherheitspolitik unter den Bedingungen dynamisch fortschreitender Globalisierung und damit einhergehender Zerklüftung in der Weltgesellschaft. Friedenspolitik in Deutschland und Europa folgt in ihrer Rhetorik weitgehend Überlegungen, die in den 1960er und 1970er Jahren entwickelt wurden. Mit der Globalisierung und dem Ende des Kalten Krieges haben sich jedoch die materiellen Grundlagen dieser Friedensstrategien verändert. Transnationale Akteure haben, wie im laufenden Arbeitsprogramm analysiert, an Bedeutung gewonnen. Staatliche Akteure in Asien und Lateinamerika, insbesondere die regionalen Führungsmächte, stellen liberale Friedenskonzepte in Frage. Frieden ist nicht mehr nur ein Problem der Peripherie, auch die innere Stabilität moderner Industriestaaten gerät in Gefahr.

Die veränderten Bedingungen legen eine inhaltsoffene Überprüfung der Angemessenheit und Reichweite liberaler Friedensstrategien nahe. Grundannahmen wie die friedensstiftende Wirkung von Demokratisierung und wirtschaftlicher Globalisierung sind zu hinterfragen. Das neue Arbeitsprogramm liefert hierfür einen analytischen Rahmen, der beginnend in 2013 in Projekten konkretisiert werden soll.

Das neue Arbeitsprogramm ist in einem längeren Prozess entwickelt worden. Nach einer ersten Phase, in der eine Bestandsaufnahme aktueller Forschung zu Frieden und Sicherheit unternommen wurde, formulierten drei Arbeitsgruppen konkurrierend Themenvorschläge. Nach einer ersten Diskussion mit dem wissenschaftlichen Beirat wurden ausgewählte Aspekte in Arbeitsgruppen weiter vertieft. In zwei Workshops wurden die Grundzüge des Programms diskutiert, bevor im Sommer und Herbst 2012 eine Programmgruppe einen kohärenten Text erarbeitete.

Wichtige Gesichtspunkte der Entwicklung des neuen Arbeitsprogramms waren neben dem erwarteten wissenschaftlichen Erkenntnisertrag auch die potenzielle politische Relevanz. Die Arbeit des IFSH soll weiterhin sowohl wissenschaftliche Forschung als auch gesellschaftliche und politische Beratung sowie Nachwuchsförderung und Lehre umfassen. Stärker als im Arbeitsprogramm von



2008, mit dem aktuelle sicherheitspolitische Themen aufgegriffen wurden, soll im neuen Arbeitsprogramm die Entwicklung einer längerfristigen friedenspolitischen Agenda vorangetrieben werden.

Durch die Kombination einer grundlegenden friedenspolitischen Fragestellung – der Angemessenheit liberaler Friedensstrategien – mit Themenfeldern von aktueller politischer Bedeutung soll gesichert werden, dass das IFSH auch weiterhin in Politik und Gesellschaft Aufmerksamkeit und Gehör findet. Die fachliche Reputation in der breiten Öffentlichkeit und bei politischen Entscheidungsträgern in Deutschland und Europa, die sich das IFSH über Jahrzehnte aufgebaut hat, ist ein wertvolles Gut, das mit dem neuen Arbeitsprogramm gemehrt werden soll.

Ausdruck der Aufmerksamkeit sind unter anderem die im Anhang zu diesem Jahresbericht genannten Zahlen zum Umfang der Politikberatung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH. Im Jahre 2012 nahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an 122 Anhörungen und internen Gesprächen in Parlamenten, Ministerien und internationalen Organisationen teil. Die Reputation in der breiten Öffentlichkeit demonstriert unter anderem die Nachfrage nach der Expertise des IFSH durch die Medien. 2012 verzeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 152 Interviews. Weitere Indikatoren, wie 118 Vorträge und 30 Teilnahmen an Podiumsdiskussionen sind Belege für die Beachtung, die das IFSH in der deutschen und europäischen Friedensforschung findet.

Mit dem neuen Arbeitsprogramm werden die Bemühungen des IFSH fortgesetzt, hohe Werte bei den Kennzahlen zu erreichen, die in der Wissenschaft als zentraler Ausweis qualitativ hoch stehender wissenschaftlicher Forschung angesehen werden. Während die Anzahl der Publikationen – in der Vergangenheit im IFSH als vorrangiger Ausweis des Erfolgs der eigenen Arbeit angesehen – weiter abnimmt (146 in 2012, 179 in 2011, 158 in 2010) steigt die Zahl der Veröffentlichungen im Wettbewerb. So wächst die Zahl der referierten Veröffentlichungen seit 2006 kontinuierlich auf 39 in 2012 (2011: 34, 2010: 28). Auch die Zahl der Publikationen in Zeitschriften der Liste besonders hochrangiger Zeitschriften (Thomson Reuters World of Knowledge-Liste, auch ISI-Liste) nahm in diesem Zeitraum zu. Allerdings sind noch weitere Bemühungen notwendig, um die vom Wissenschaftlichen Beirat des IFSH vorgegebene Maßzahl einer Veröffentlichung in einer Zeitschrift der ISI-Liste pro Jahr und pro wissenschaftlicher Mitarbeiterin/wissenschaftlichem Mitarbeiter zu erreichen,

Die Forschung am IFSH ist eng mit der Nachwuchsförderung und der Lehre verbunden. Ein hoher Anteil der Lehre im Studiengang „Master of Peace and Security Studies“ wird von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des IFSH geleistet, die ihre Forschung in ihre Lehrveranstaltungen einbringen. Der Studiengang wurde nach einer Begehung durch eine Gutachterkommission im Juni 2012 für weitere sechs Jahre reakkreditiert. Regelmäßig ein bis zwei Absolventinnen und Absolventen führen nach Durchlaufen des Studiengangs ihre Ausbildung am IFSH mit einer Promotion fort. Im Promotionsprogramm des IFSH werden aber auch externe Praktiker und zunehmend Promovierende anderer Graduiertenschulen (SICS, HIGS, GIGA) betreut. Die Vielfältigkeit der Verankerungen der Promovierenden verstärkt einerseits das Spektrum der Möglichkeiten für deren Weiterbildung, was auch für das IFSH vorteilhaft ist, relativiert andererseits aber den eigenständigen Charakter des IFSH-Doktorandenprogramms. 2013 soll das Doktorandenprogramm deshalb reformiert werden.

Mit der stärkeren Fokussierung der Arbeit des IFSH, die mit dem neuen Arbeitsprogramm erreicht werden soll, und der Erhöhung der Zahl der referierten Veröffentlichungen sind wichtige Schritte in Richtung auf die Erfüllung der Bedingungen vorgenommen worden, die für einen aussichtsreichen Antrag auf Mitgliedschaft in der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz (WGL) erfüllt sein müssen. Das Drittmittelvolumen erreichte wiederum ein mit WGL-Ansprüchen kompatibles Niveau von mehr als der Hälfte der institutionellen Förderung (Drittmittel in 2012: 937.730, neu eingeworbene Drittmittel: 840.482 € institutionelle Finanzierung: 1.577.000). Allerdings bleibt das IFSH weiterhin quantitativ am unteren Rand der mindestnotwendigen Forschungsleistungen für ein WGL-Institut. Ohne Zuwächse der institutionellen Förderung ist daher eine erfolgreiche Antragstellung problematisch.



Wie in den Vorjahren enthält dieser Jahresbericht inhaltliche Beiträge, die einen Einblick in das Spektrum der Arbeiten am IFSH geben. Wolfgang Zellner berichtet über das bereits erwähnte IDEAS-Projekt, in dem grundlegende Überlegungen zu regionalen Sicherheitsgemeinschaften mit der Entwicklung aktueller Optionen zur Stärkung der OSZE verbunden wurden. Hendrik Hege- mann, Regina Heller und Martin Kahl berichten über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Wirkungs- forschung in den Internationalen Beziehungen“ und skizzieren die Möglichkeiten und Grenzen der Erforschung der Effektivität von Maßnahmen und Institutionen in den internationalen Beziehun- gen. Oliver Meier befasst sich mit einer wichtigen Folge der zunehmenden Bedeutung und interna- tionalen Verfügbarkeit von Dual-use-Technologien, nämlich dem Verhältnis von exklusiven Kont- rollregimen zur Verhinderung des Transfers von gefährlicher Dual-use-Technologie einerseits und dem inklusiven Vertrag zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen andererseits.

Auch dieser Jahresbericht wäre unvollständig ohne Danksagungen. Der Dank geht zunächst an die Freie und Hansestadt Hamburg, die die Arbeit des Instituts fördert. Zu Dank verpflichtet sind wir auch den zahlreichen Kooperationspartnern im In- und Ausland. Schließlich soll das Engagement und die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH Erwähnung finden. Sie haben auch 2012 bewiesen, dass ihnen ihre Forschungsthemen und das Anliegen, wichtige Beiträge zum Erfolg des IFSH zu leisten, am Herzen liegen.

Februar 2013
Michael Brzoska



2. Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2012

2.1 IDEAS

Wolfgang Zellner

Das IDEAS-Projekt : Ein Beitrag zu einem OSZE-Netzwerk wissenschaftlicher Einrichtungen



Die Entstehung von IDEAS

Auch zwei Jahre nach dem OSZE-Gipfeltreffen von Astana 2010 mutet die Sprache der „Gedenkklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“ noch immer klar, deutlich und zukunftsweisend an. In diesem Dokument verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der 56 Teilnehmerstaaten, sich zur „Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok zu bekennen, deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind“.¹

Interessanterweise geht die Entdeckung der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft durch die OSZE mit einer Renaissance dieser Idee in der akademischen Welt einher. Emanuel Adlers und Michael Barnetts bahnbrechendes Buch „Security Communities“ aus dem Jahr 1998 – eine konstruktivistische Neubestimmung des Grundlagenwerks von Karl Deutsch und anderen von 1957 „Political Community and the North Atlantic Area“ und spezifischer Adlers Essay zum Thema „The OSCE security community-building model“ haben einen ganzen Kosmos breiteren konzeptionellen Denkens über euroatlantische und eurasische Sicherheit eröffnet, der politisch immer noch weitgehend ungenutzt ist.² Ein weiterer wichtiger Beitrag zu dieser Denkschule ist Charles Kupchans Buch „How Enemies Become Friends“³ aus dem Jahr 2010. Vergleicht man die Art, wie die politische und die akademische Community das Thema Sicherheitsgemeinschaften behandelt haben, fallen zwei Dinge ins Auge: Erstens beginnt der wissenschaftliche Diskurs eine Dekade früher als der politische. Und zweitens entstanden beide Diskurse erst dann, als die politischen Bedingungen, eine euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft zu schaffen, deutlich schlechter waren als zu Beginn der 1990er Jahre. Die Geschichte wird zeigen, was dies für die Chancen bedeutet, diese große Vision eines Tages Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Idee einer Sicherheitsgemeinschaft ist eine Vorstellung, die Staaten und Gesellschaften eine Orientierungshilfe bieten *kann*, zu einer Zeit, in der sie fast ihre gesamte Energie für kurzfristiges Krisenmanagement aufwenden. Die Botschaft von Astana ist jedoch bislang noch nicht wirklich in den Hauptstädten angekommen. Selbst innerhalb der OSZE wurde sie 2011 nicht ernsthaft diskutiert. Das war der Ausgangspunkt für IDEAS – die Initiative zur Entwicklung einer euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft, ein gemeinsames Projekt des Zentrums für OSZE-Forschung (CORE), der Fondation pour la Recherche Stratégique (FRS), des Polish Institute of International Affairs (PISM) und des Moscow State Institute for International Relations des russischen Außenministeriums (MGIMO). Unsere Hauptsorge war, dass das ungenutzte Verstreichenlassen einer so mutigen Vision wie der einer Sicherheitsgemeinschaft nicht nur eine verpasste

-
- 1 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Gipfeltreffen, Astana 2010, Gedenkklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft, SUM.DOC/1/10/Corr.1, Abs. 1, unter: <http://www.osce.org/de/cio/74988?download=true>.
 - 2 Vgl. Emanuel Adler/Michael Barnett (eds), *Security Communities*, Cambridge 1998; Emanuel Adler, *Seeds of peaceful change: the OSCE's security community-building model*, in: ebenda. S. 119-160; Karl W. Deutsch/Sidney A. Burrell/Robert A. Kann/Maurice Lee, Jr./Martin Lichterman/Raymond E. Lindgren/Francis L. Loewenheim/Richard W. Van Wagenen, *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*, New York 1957.
 - 3 Vgl. Charles A. Kupchan, *How Enemies Become Friends. The Sources of Stable Peace*, Princeton 2010.



Chance darstellen, sondern auch die Verlässlichkeit der OSZE als einziger paneuropäischer Sicherheitsorganisation untergraben würde.

Dass wir in dieser Situation die Unterstützung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Polens und Russlands erhielten, bedeutete einen großen Schritt nach vorn. Am 6. Dezember 2011 erklärten sie: „Die vier Ministerien haben vier wissenschaftliche Institute gebeten, 2012 vier Workshops in Berlin, Warschau, Paris und Moskau zu organisieren. Diese Workshops sollen die Diskussion über den künftigen Charakter einer euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft voranbringen. Die Institute sind aufgefordert, ihren Abschlussbericht und ihre Empfehlungen im Herbst 2012 in Wien vorzustellen.“⁴.

Warum dieses Format?

Wir haben das IDEAS-Projekt immer als Beitrag zu einem Netzwerk wissenschaftlicher Einrichtungen verstanden, wie es OSZE-Generalsekretär Lamberti Zannier in seiner ersten Rede in seiner neuen Funktion im Ständigen Rat am 4. Juli 2011 vorgeschlagen hatte. Zugleich war aber auch klar, dass wir mit einem kleineren Kreis von Beteiligten beginnen müssten, wenn wir 2012 eine erste Studie zur Idee einer euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft fertigstellen wollten. Darum kombinierten wir zwei Formate – das Weimarer Dreieck, das sich aus Frankreich, Deutschland und Polen zusammensetzt, und das jüngere Format aus Deutschland, Polen und Russland –, damit hatten wir die vier IDEAS-Teilnehmer. Es war jedoch von vornherein klar, dass es sich bei dieser Konstellation um eine Interimslösung auf dem Weg zu einem breiteren Netzwerk wissenschaftlicher Einrichtungen handelte.

Die Konzeption der Workshops

Das IDEAS-Projekt begann mit vier Workshops in Berlin (März), Warschau (Mai), Paris (Juni) und Moskau (Juli). Der Bericht sollte sich auf eine möglichst breite Diskussion stützen. Daher wurden die vier Workshops nach zwei Aspekten ausgerichtet: Zwar befassten sich alle mit den allgemeinen Fragen der Kernelemente einer Sicherheitsgemeinschaft, darüber hinaus waren sie jedoch jeweils verschiedenen Arbeitsfeldern gewidmet: Rüstungskontrolle in Berlin, subregionale Konflikte in Warschau, transnationale Bedrohungen und Herausforderungen in Paris und alle drei Themen in Moskau.

Obwohl die Teilnehmerzahl eines Workshops natürlich begrenzt ist, bestand die eindeutige Absicht, diese Treffen so offen und inklusiv wie möglich zu gestalten. Daher standen die Workshops zumindest einem Besucher aus jedem Teilnehmerstaat offen. Und tatsächlich nahmen rund zwei Dutzend Botschafter aus Wien vor allem an den Workshops in Berlin und Moskau teil. Darüber hinaus waren auch der Beauftragte des irischen Amtierenden Vorsitzenden für die Workshopserie, Botschafter Lars Erik Lundin, und eine Repräsentantin des Generalsekretärs bei allen Veranstaltungen vertreten.

Jeder Workshop wurde durch einen hohen Vertreter des Außenministeriums des Gastgeberstaats eröffnet. In Deutschland übernahm dies Außenminister Guido Westerwelle; in Warschau der stellvertretende Außenminister Boguslaw Winid; in Paris der stellvertretende Generaldirektor für politische und Sicherheitsfragen im französischen Außenministerium und in Moskau der stellvertretende Außenminister Alexander Grushko. Weitere erfahrene Persönlichkeiten bereicherten die Diskussion, darunter der ehemalige russische Außenminister Igor Iwanow (in Moskau), der stellvertretende NATO-Generalsekretär Jamie Shea (in Paris), der vormalige polnische Außenminister Adam Daniel Rotfeld und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags Ruprecht Polenz (in Berlin).

4 Joint Communiqué, Vilnius, 6 Dec 2011, Ministers of Germany, France, Poland and Russia launch a scientific network to pave the way for a Security Community in the OSCE area, MC.DEL/16/116 (eigene Übersetzung).



Der IDEAS-Bericht – Hauptüberlegungen und Schlüsselfragen

In einer Reihe von Gesprächen war deutlich geworden, dass es zwei Gruppen mit entgegengesetzten Erwartungen gab: Die eine verlangte konkrete Vorschläge und Empfehlungen, die der OSZE nutzen sollten. Ein solcher Bericht müsse sich eng an OSZE-Fragen anlehnen. Vertreter der anderen Gruppe waren jedoch der Ansicht, dass ein Bericht, der sich auf OSZE-Themen beschränke, überflüssig und irrelevant wäre. Angesichts der Tatsache, dass es zwei Zielgruppen gab, die beide bedient werden mussten, beschlossen wir, den Bericht in zwei Teile zu untergliedern: einen allgemeinen, analytischen Abschnitt, der weit über die OSZE hinausgeht und die Organisation nur als Teil des Ganzen behandelt, und einen Abschnitt mit spezifischen Empfehlungen darüber, was die OSZE zum Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft beitragen kann.

Im analytischen Teil behandelten wir vier unterschiedliche, wenn auch eng miteinander zusammenhängende Bereiche: die Vision einer Sicherheitsgemeinschaft, Argumente, warum die OSZE-Staaten von einer solchen Sicherheitsgemeinschaft profitieren würden; eine Analyse von Entwicklungen im OSZE-Raum und schließlich ein Dekalog von Leitlinien für eine Strategie auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft.

Die Vision einer Sicherheitsgemeinschaft. Die Formulierung dieses Kurzkapitels war keineswegs der einfachste Teil der gesamten Übung. Es besteht aus einer Arbeitsdefinition einer Sicherheitsgemeinschaft sowie einigen zusätzlichen Qualifizierungen. Die Definition lautet wie folgt: „Dieser Bericht basiert auf dem Verständnis, dass eine Sicherheitsgemeinschaft für eine Gemeinschaft von Staaten und Gesellschaften steht, deren Werte, Sozialordnungen und Identitäten in einem Maße konvergieren, dass Krieg zwischen ihnen undenkbar wird. Eine Sicherheitsgemeinschaft bedeutet stabilen und dauerhaften Frieden zwischen Staaten und innerhalb von Gesellschaften, in denen es keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit mehr gibt, unabhängig davon, ob einzelne Staaten Bündnissen angehören oder nicht.“⁵ Diese Definition enthält bereits den Gedanken der „Konvergenz“, einen der Schlüsselbegriffe des Berichts. Es gibt nur wenige zusätzliche Spezifizierungen, aber diese sind essentiell. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass „ganz unterschiedliche – sogar gegensätzliche“ Vorstellungen über die wichtigsten Elemente einer Sicherheitsgemeinschaft bestehen – ob es dabei nun um Werte oder sogenannte „harte Sicherheitsfragen“ geht. Wir erachteten es für notwendig, dass all diese Elemente und Wahrnehmungen in den Prozess zum Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft Eingang finden. Der Prozesscharakter – langfristig und ergebnisoffen – ist eine zweite wichtige Bedingung. Eine dritte ist, dass eine „Sicherheitsgemeinschaft kein Bündnis ist, dass sich gegen irgendeinen außenstehenden Staat oder Bündnis richtet“.⁶ Das ist wichtig, denn ein Teil der wissenschaftlichen Literatur setzt den Begriff einer Sicherheitsgemeinschaft mit Militärbündnissen – wie der NATO – gleich. Und schließlich war es entscheidend zu betonen, dass „der Prozess zum Aufbau einer euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft über die OSZE hinausgeht“⁷ oder, wie es in der Zusammenfassung noch pointierter heißt: „Der Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft im OSZE-Gebiet kann nicht allein der OSZE überlassen werden.“⁸

Argumente für eine Sicherheitsgemeinschaft. Dieser Abschnitt – der kürzeste im ganzen Bericht – gehörte eindeutig zu den schwierigsten. Das lag nicht etwa daran, dass es keine guten Argumente für eine Sicherheitsgemeinschaft gäbe, die Schwierigkeit bestand vielmehr darin, diese Argumente im Rahmen eines einzigen Konzepts so zu formulieren, dass sie für alle OSZE-Staaten galten. Ein gutes Beispiel hierfür ist die „gemeinsame europäische Identität“⁹, ein Ausdruck, den wir erst nach langen Diskussionen aufgenommen haben. Es bleibt jedoch die Frage, wie weit er z.B. die kasachische, tadschikische oder kanadische Identität abdecken kann. Dasselbe gilt auch für Interessen: Verschiedene Staaten in unterschiedlichen Regionen des OSZE-Gebiets haben unterschiedliche

5 Wolfgang Zellner (co-ordinator)/Yves Boyer/Frank Evers/Isabelle Facon/Camille Grand/Ulrich Kühn/Lukasz Kulesa/Andrei Zagorski, *Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community. From Vision to Reality*, Hamburg, Paris, Moskau, Warschau 2012, S. 7.

6 Ebenda, S. 8.

7 Ebenda.

8 Ebenda, S. 5.

9 Ebenda, S. 9.



strategische Optionen, die an Nachbarregionen der OSZE gebunden sind. Diese Art strategischer Ungewissheit macht es unmöglich vorherzusehen, wie sich eine Sicherheitsgemeinschaft entwickeln könnte. Diese Frage kann nur in Form von graduellen und bedingten Prozessen wachsender Konvergenz behandelt werden.

Analyse von Entwicklungen im OSZE-Raum: Zwei Hauptgefahren lauerten in diesem Schlüsselkapitel des Berichts: ein zu rosiges Bild von der Lage zu zeichnen und – was unter Intellektuellen eher en vogue ist – eine zu pessimistische Sicht der Dinge. Daher bot es sich an, das Kapitel „Entwicklungen im OSZE-Raum“ mit einigen sehr grundlegenden Aussagen zu beginnen, die nicht jeden Tag gemacht werden: „Die größte Errungenschaft der beiden letzten Jahrzehnte ist, dass ein großer Krieg in Europa zwischen Staaten und Bündnissen – die allgegenwärtige Bedrohung in der Zeit der Ost-West-Konfrontation – undenkbar geworden ist.“¹⁰ Wir vertraten darüber hinaus die Ansicht, dass „innerhalb des OSZE-Raums keine antagonistischen oder schwerwiegenden ideologischen Trennlinien mehr bestehen“.¹¹

Von dieser Ausgangsüberlegung kamen wir logischerweise auf drei Felder der Übereinstimmung zwischen den OSZE-Staaten, die sich im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte herausgebildet haben. Erstens konstatierten wir einen „bemerkenswerten Prozess normativer Übereinstimmung“,¹² trotz einer Reihe von Problemen bei der Implementierung. Diese Aussage wurde kritisiert, da die Implementierung von Verpflichtungen der Schlüsselaspekt der normativen Dimension ist. Ohne die Relevanz der tatsächlichen Umsetzung von Normen zu unterschätzen, möchte ich doch einen anderen Aspekt des normativen OSZE-Regimes betonen, der unser Argument stützt. Hier geht es um die Tatsache, dass der normative *Acquis* der OSZE der einzig maßgebliche ist; kein anderes normatives Projekt kann ihm das Wasser reichen – sei es der Kommunismus, die Scharia, „asiatische Werte“ oder was auch immer. Der zweite bemerkenswerte Konvergenzbereich – „Konvergenz [...]“, die aus der Mitgliedschaft einer wachsenden Zahl von Staaten in oder ihre Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen resultiert“¹³ – ist von entscheidender Bedeutung, da seine logische Konsequenz lautet, dass jeder Schritt in Richtung einer Sicherheitsgemeinschaft ein Prozess von Interaktion und Kooperation zwischen vielen Organisationen und keine Angelegenheit allein der OSZE ist. Und schließlich stellten wir einen Trend zur Konvergenz bei der Kooperation zu transnationalen Bedrohungen fest – eine häufige Beobachtung im Zuge der Routinearbeit der OSZE.

Die andere Seite der Medaille betrifft die wachsende Zahl wohlbekannter Divergenzen, die insbesondere im Laufe des letzten Jahrzehnts entstanden sind; sie reichen von ungelösten subregionalen Konflikten und der Stagnation bei der Rüstungskontrolle über Defizite bei der Achtung der Menschenrechte und anderer Verpflichtungen der menschlichen Dimension bis hin zu einer Tendenz einer neuen institutionellen Kluft zwischen Integrationsnetzwerken in West und Ost. Besonders besorgniserregend ist, dass diese Streitigkeiten nicht auf Einzelfragen begrenzt sind, sondern zu einer Wiederbelebung des Sicherheitsdilemmas und des Nullsummenspiel-Denkens geführt haben. Daher ist die „gegenwärtige Lage im OSZE-Raum mehrdeutig. Fortschritte auf dem Weg zu größerer Konvergenz gehen einher mit Divergenzen, die gemeinsames Handeln verhindern. Die Hauptdivergenz ist politischer Natur und betrifft einen Mangel an einheitlichen Politikansätzen gegenüber vielen Fragen in unterschiedlichen Bereichen.“¹⁴ Daher muss der erste Schritt auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft die Rückkehr zu einer praktischen kooperativen Sicherheitspolitik sein.

Leitlinien für eine Strategie hin zu einer Sicherheitsgemeinschaft

Es ist zwar nicht möglich eine detaillierte Strategie zu entwerfen, wie eine Sicherheitsgemeinschaft geschaffen werden kann – das Ziel ist zu fern und die Unsicherheiten auf dem Weg dorthin sind zu

¹⁰ Ebenda, S. 11.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda, S. 14.



groß –, man kann jedoch einige Prinzipien formulieren, die beim Versuch, dieses Ziel zu erreichen, von Nutzen sind. Das erste, das wir aufgeführt haben, ist, dass der Glaube an (wirtschaftliche) Interdependenz nicht ausreicht. Es müssen vielmehr politische Maßnahmen ergriffen werden, um politische Ziele zu erreichen. Das klingt einfach – und ist es auch –, wird aber häufig aufgrund eines übersteigerten Glaubens an die förderliche Auswirkung von Interdependenz ignoriert.

Zwei weitere Prinzipien beziehen sich auf die Notwendigkeit, langfristig Übereinstimmungen zu erhöhen und Divergenzen abzubauen sowie auf die Tatsache, dass die Aufrechterhaltung dieses Prozesses wichtiger ist als schnelle Lösungen. Das heißt auch, dass „die Aufgabe nicht darin besteht, den Status quo zu bewahren, sondern vielmehr einen Prozess ständigen Wandels am Laufen zu halten“.¹⁵ Das zielt auf die Status-quo-Fixierung eines großen Teils der gegenwärtigen Politik, sie auf den ersten Blick einfacher zu sein scheint – ist der Status quo doch etwas Bekanntes –, sie erschwert es jedoch, sich der Zukunft, die viele unbekannte Elemente enthält, zuzuwenden.

Zwei weitere Prinzipien behandeln wiederum die Notwendigkeit, so viele Themen wie möglich zu bearbeiten und sich nicht auf einige sogenannte bahnbrechende Fragen zu beschränken – Schlüsselfragen, von denen man annimmt, dass sie die ganze Konfliktsituation verändern. Das Syndrom der bahnbrechenden Fragen steht für den Wunsch, die Komplexität einer Situation zu reduzieren, indem man sich auf ein oder zwei Themen konzentriert. Manchmal bringt das Erfolge. Es birgt jedoch auch die Gefahr, dass das zentrale Anliegen zum Störfaktor wird, wenn es nicht gelöst wird.

Ein weiterer Schlüssel zum Erfolg besteht darin, den richtigen Mix aus Elementen der alten Agenda aus dem Kalten Krieg und neuen Aufgaben, die sich aus aktuellen Bedrohungen und Herausforderungen ergeben, zu finden.

Schließlich schlugen wir zwei Prinzipien, die mit Denkweisen zu tun haben und mit der Notwendigkeit, diese Fragen aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten, vor. Eines lautet, dass Probleme „entsicherlicht“ und sogar entpolitisiert werden müssen. Ein weiteres besteht im aktiven Engagement nicht nur der Staaten, sondern auch gesellschaftlicher Gruppen wie z.B. Religionsgemeinschaften, Wissenschafts- und Wirtschaftsverbände.

Politische Leitlinien dieser Art sind notwendigerweise allgemeiner Natur. Man wird jedoch möglicherweise feststellen, dass Erfolg oder Scheitern konkreter Prozesse häufig davon abhängen, ob diese (oder andere) Prinzipien angewendet wurden oder nicht.

Was kann die OSZE zum Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft beitragen?

Ich werde hier nicht die Empfehlungen des IDEAS-Projekts an die OSZE im Einzelnen beschreiben. Die meisten von uns vorgeschlagenen Elemente wurden von Zeit zu Zeit in der OSZE-Gemeinschaft diskutiert – häufig, ohne dass Einvernehmen erzielt wurde. Es ist also nicht ihre Neuheit, die maßgeblich sein kann, sondern der Prozess einen Konsens über ihre Umsetzung zu erreichen. Rückkehr zu effektiver Rüstungskontrolle, Unterstützung von Stabilität in Zentralasien und Afghanistan und transnationalen Bedrohungen zu begegnen, sind bekannte Herausforderungen. Versöhnung zwischen Staaten und Gesellschaften zu fördern, war in den vergangenen beiden Jahrzehnten ein Element vieler OSZE-Aktivitäten, es könnte jedoch noch konzentrierter erfolgen.

Ein innovativerer Vorschlag bezieht sich auf die menschliche Dimension, nämlich die Verbesserung der Wirksamkeit der Veranstaltungen der OSZE zur menschlichen Dimension und die Aufnahme eines Dialogs mit muslimischen Gemeinschaften. Letzterer Vorschlag wurde innerhalb des IDEAS-Teams äußerst kontrovers diskutiert und die Meinungen darüber, ob die OSZE in diesem Bereich eine nützliche Rolle spielen könnte, gingen auseinander. Und natürlich erklärten wir unsere Bereitschaft, uns an der Schaffung eines OSZE-Netzwerks wissenschaftlicher Einrichtungen zu beteiligen.

¹⁵ Ebenda, S. 15.



Die Aufnahme des IDEAS-Berichts in Wien und Brüssel

Auf Einladung von Botschafter Eoin O’Leary, dem Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden in Wien, erhielten die vier Institute die Gelegenheit, den IDEAS-Bericht am 23. Oktober 2012 auf einem informellen Botschaftertreffen in der Wiener Hofburg vorzustellen.

Er wurde allgemein sehr positiv aufgenommen. Ein Botschafter nannte den Bericht eine „zukunftsweisende und pragmatische solide Arbeit“ und begrüßte vor allem den Abschnitt über die Schaffung eines wissenschaftlichen Netzwerks. Ein weiterer sprach sich ebenfalls dafür aus, die Erweiterung des akademischen Netzwerks zu unterstützen. Ein dritter verwies darauf, dass der Bericht die Bedeutung von Track-II-Initiativen zeige und nach Folgemaßnahmen unter Einschluss weiterer Think Tanks verlange. Er äußerte aber auch Zweifel an der Aufnahme eines Dialogs mit Muslimen. Es gab jedoch auch Kritik. Ein Botschafter stellte in Frage, ob wir wirklich eine normative Konvergenz erreicht haben. Auf Zurückhaltung stieß auch die Berufung auf eine gemeinsame europäische Identität, man solle sich lieber zur Vielfalt von Identitäten bekennen. Derselbe Sprecher, der dieses Argument vorbrachte, meinte auch eine Tendenz zum Nachteil der menschlichen Dimension zu erkennen. Insgesamt ergriffen 16 Botschafter das Wort.

Am 18. Dezember stellten die Institute ihren Bericht vor dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) im NATO-Hauptquartier in Brüssel vor. Zwar war die allgemeine Aufnahme des Berichts genauso positiv wie in Wien und die Notwendigkeit, verstärkt mit Think Tanks zusammenzuarbeiten wurde ebenfalls unterstrichen; es wurden aber auch viele Fragen zum Bericht und seiner Entstehung gestellt: Welche Rolle könnten die NATO und der EAPR in derartigen Debatten spielen? Wie hatte die OSZE den Bericht aufgenommen? Welches gemeinsame Verständnis von Zivilgesellschaft und NGOs haben die Autoren? Welche persönlichen Erfahrungen haben die Verfasser gemacht und welche Lehren haben sie gezogen? In welchen Fragen waren sie sich nicht einig? In einer offenen Atmosphäre versuchten Lukasz Kulesa (PISM), Wolfgang Zellner (CORE) und Andrei Zagorski (MGIMO), der per Videokonferenz aus Moskau zugeschaltet war, alle Fragen zu beantworten.

Vertreter der vier Institute planen ein Treffen Anfang 2013, um zu diskutieren, in welcher Form und mit welchen Themen IDEAS fortgesetzt werden kann. Es besteht bereits Konsens darüber, dass die Zahl der beteiligten Institute erheblich erweitert werden soll.



2.2 Wirkungsforschung

*Hendrik Hegemann/Regina Heller/
Martin Kahl*



Wirkungsforschung in den Internationalen Beziehungen

Einführung

Die Frage nach der Wirkung politischer Maßnahmen ist schon seit Langem ein zentraler Bestandteil der politikwissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB). Folgenabschätzung und Evaluierung haben, nicht zuletzt auch angesichts politikpraktischen Bedarfs, eine lange Tradition in den IB, aber auch in anderen Bereichen der Sozialwissenschaften. Wirksamkeit bezeichnet man in der Regel als das Ausmaß eines Effekts, der durch intendiertes, zielgerichtetes (soziales) Handeln seitens eines bestimmten Akteurs zustande kommt. Viele der Kernthemen und Probleme der internationalen Politik drängen nach Antworten auf die Frage, ob, wie und wann bestimmte Akteure, Instrumente und Politiken bestimmte Resultate hervorrufen – oder den Gang der Dinge zumindest beeinflussen. Haben zum Beispiel Sanktionen in der Vergangenheit zu den gewünschten Ergebnissen geführt? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen und auf welche Art und Weise sind diese zustande gekommen? Wie „erfolgreich“ sind bislang politische Maßnahmen gewesen, die auf die Demokratisierung autoritärer Staaten gerichtet waren? Können Anti-Terrormaßnahmen die Gefahr terroristischer Anschläge reduzieren, sind sie überhaupt wirksam oder sind sie vielleicht kontraproduktiv? Entscheidungen in der internationalen Politik sind häufig mit erheblichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kosten verbunden und werden deshalb häufig mit Hinweis auf ihre angebliche Wirksamkeit legitimiert. Doch tatsächlich treffen politische Akteure Entscheidungen über bestimmte Maßnahmen oft ohne ausreichende Kenntnisse über ihre tatsächlichen praktischen Auswirkungen. Insofern bedarf es einer kritischen Überprüfung der Wirksamkeit solcher Maßnahmen und auf der Basis einer solchen Überprüfung gegebenenfalls der Entwicklung politischer Alternativen.

IB-Forscherinnen und -Forscher sind in zunehmendem Maße an Wirksamkeitsanalysen interessiert und so wächst die Zahl der Studien, die sich mit den Auswirkungen von (politischen) Maßnahmen im Bereich der internationalen Politik beschäftigen. Zwar enthalten die meisten etablierten IB-Theorien implizit oder explizit Annahmen zum Verhältnis zwischen Ursache und Wirkung, dennoch erweist sich eine konkrete Messung von Wirksamkeit immer wieder als ausgesprochen schwierig. Internationale Politik bewegt sich in einem komplexen Feld, das viele Ungewissheiten enthält und sich dynamisch entwickelt. Darüber hinaus werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor erhebliche konzeptionelle und methodische Herausforderungen gestellt: Wie kann Wirksamkeit gemessen werden? Welche Indikatoren sollten verwendet werden, um Wirksamkeit zu beurteilen? Und nicht zuletzt: Können überhaupt zuverlässige Ex-post-factum-Aussagen über kausale Zusammenhänge gemacht werden?

Über einen Zeitraum von zwei Jahren hat sich eine Arbeitsgruppe am IFSH mit den philosophischen, konzeptionellen und methodischen Grundfragen zur Wirksamkeit in den internationalen Beziehungen beschäftigt. Die AG konzentrierte sich auf die Frage, wie Wirkungen, die von Akteuren, Instrumenten und Politiken in der internationalen Politik ausgehen, systematisch und zuverlässig gemessen und bewertet werden können. Ihre Ergebnisse sind nun in einem Buch veröffentlicht worden, das Beiträge von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus dem IFSH, aber auch von externen Experten aus Deutschland und den Vereinigten Staaten umfasst. Die Publikation gibt einen – wenn auch nicht unbedingt vollständigen – Überblick über den Stand der Forschung. Es thematisiert u.a. die Wirksamkeit von internationalen Organisationen und Regimen, militärischen Interventionen, internationalen Sanktionen, Sozialisation, Maßnahmen zur Friedensschaffung und zur Staatenbildung in Nachkriegsgesellschaften, externer Demokratieförderung, Entwicklungshil-



femaßnahmen sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Autorinnen und Autoren stellen in ihren Beiträgen die Ziele, Konzepte, Methoden und Ergebnisse der Wirkungsforschung in den einzelnen Forschungsbereichen dar.¹

Wirkungsforschung: ein disparates Feld in der Lehre von den Internationalen Beziehungen

Trotz der Allgegenwärtigkeit wirkungsbezogener Fragestellungen in der internationalen Politik bildet die Wirkungsforschung in den IB weiterhin ein recht disparates Feld. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit der Wirkungsproblematik in unterschiedlichen Feldern der IB beschäftigen, tun dies nicht unbedingt im Dialog miteinander. Zudem ist Wirksamkeit als analytisches Konzept selten Gegenstand expliziter theoretischer und methodischer Bewertung gewesen, d.h. Bedeutung sowie Verwendung des Begriffs bleiben in der IB-Community weiterhin umstritten. Ursächlich hierfür ist zum einen ein Mangel an methodischer Strenge in jenen Forschungsbereichen, in denen bisher vorrangig Wirksamkeitsstudien angestellt worden sind. Zum anderen existieren starke Vorbehalte innerhalb der Disziplin hinsichtlich der Messung von Kausalität und der Erfassung sozialen Handelns in Kategorien von Ursache und Wirkung. Schließlich werden auch immer wieder normative Aspekte ins Feld geführt, die zu einer gewissen Zurückhaltung führen.

Fehlende methodologische Stringenz

Wirkungsforschung ist traditionell das Feld policy-orientierter Forschung. Solche oft von Think Tanks in Auftrag gegebenen oder selbst durchgeführten Folgeabschätzungen und Evaluationsstudien basieren in der Regel weder auf theoretisch fundierten und systematisch hergeleiteten Konzepten von Ursache und Wirkung bzw. Methoden, diese festzustellen, noch reflektieren sie ihre eigene theoretische und methodologische Basis. Viel eher neigen solche Studien dazu, sich auf individuelle Kenntnisse und die fallspezifische Entwicklung von Indikatoren zu verlassen. Dies hat zwar dazu beigetragen, dass bestimmte Zusammenhänge empirisch gesättigt dargestellt und auf dieser Grundlage gezielte Politikrezepte formuliert werden konnten. Doch beruhten diese Ergebnisse oft auf wenig tragfesten methodischen Grundlagen und sind damit oft etwas willkürlich geblieben. Gerade aus diesem Grund haben viele theorieorientierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den IB das Feld der Wirkungsforschung gemieden. Andere haben sich der „reinen“ Methodenlehre und der Wissenschaftstheorie zugewendet und versucht, auf diese Weise weiterführende Ansätze zur Untersuchung von Ursache und Wirkung zu entwickeln. Ihnen ist es dann aber oftmals nicht gelungen, Bezüge zu den praktischen Problemen der Wirkungsanalyse herzustellen. Insofern klafft in den IB bis heute eine Lücke zwischen empirischer Wirkungsforschung auf der einen Seite und solchen Untersuchungen, die sich mit grundsätzlicheren Fragen von Theorie und Methode in Bezug auf Ursachen und Wirkungen beschäftigen.

Kritik des Post-Positivismus

Darüber hinaus existieren grundsätzliche disziplinspezifische Vorbehalte gegenüber der Wirkungsforschung innerhalb der IB. Die disziplinbezogene Kritik wird vor allem von Konstruktivisten, aber auch Kritischen Realisten formuliert, die in der Regel „post-positivistische“ Sichtweisen und Positionen vertreten. Sie lehnen generell „positivistische“ Annahmen über Ursachen und Wirkungen, auf denen die meisten Wirksamkeitsstudien basieren, ab. Allerdings ist diese Kritik nicht immer schlüssig, denn bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass viele prominente Mainstream-Konstruktivisten durchaus bestimmte kausale Zusammenhänge in sozialen Beziehungen akzeptieren – wenn auch nur implizit und mit einer generell skeptischen Haltung gegenüber universalen und deterministischen Aussagen – und auf dieser Grundlage auch Einschätzungen über die Wirksamkeit bestimmter Politikmaßnahmen treffen.² So zeigt etwa die Sozialisationsforschung, ein

1 Hegemann, Hendrik/Heller, Regina/Kahl, Martin (Hrsg.): Studying 'Effectiveness' in International Relations – A Guide for Students and Scholars, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich Publishers 2013.

2 Adler, Emanuel (1997): Seizing the Middle Ground. Constructivism in World Politics. In: European Journal of International Relations 3, 3, pp. 319-363 (329); Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn (2001): Taking Stock. The



Forschungsstrang, der sich in den letzten zehn Jahren dynamisch entwickelt hat, sehr deutlich, dass auch Konstruktivistinnen auf der Suche nach kausalen Erklärungen für die Wirkung ideeller Faktoren – Normen und Identitäten – sind. Zentral ist hier die Frage, wie diese Faktoren soziales Verhalten beschränken, *framen* oder kanalisieren, auch wenn sie „do not effect cause in the sense that a bullet through the heart causes death or an uncontrolled surge in the money supply causes price inflation“.³

Normative Vorbehalte

Schließlich sind auch normative Argumente gegen Wirksamkeitsstudien in den internationalen Beziehungen ins Feld geführt worden. So wurde kritisiert, dass Wirksamkeit in der Praxis stets auch unter Funktionalitätsgesichtspunkten gesehen werde und an bestimmte institutionelle Agenten gebunden sei. Auf diese Weise, so die Kritik der theorieorientierten IB-Forscherinnen und Forscher, beschränke sich die policy-orientierte Wirkungsforschung zu sehr auf reines *impact assessment* und Evaluation und erhalte somit einen stark präskriptiven und technokratischen Charakter. Entsprechende Forschung bliebe so auf der Ebene der Ergebnisse, Durchführbarkeit und Zielerreichung verhaftet, während der Blick auf die Auseinandersetzungen, die Entscheidungen in der internationalen Politik häufig vorausgehen, vernachlässigt werde. Alexander Wendt unterstreicht in diesem Sinne, dass „perhaps even more important than knowledge about what works is knowledge about what is right and wrong“.⁴ Wendts Hinweis erinnert daran, dass Wirkungsforschung unzureichend bleibt, wenn sie sich nicht sensibel gegenüber den relevanten sozialen und politischen Kontexten zeigt und Fragen nach der Legitimität der angestrebten Ziele ausklammert. Die normative Kritik plädiert also dafür, in der Wirkungsforschung stärker den Prozess, durch den Ziele überhaupt erst definiert werden, sowie die Konsequenzen der Politiken, die durch diese Ziele erreicht werden sollen, mitzudenken.

Vom Umgang mit konzeptionellen und methodischen Schwierigkeiten

In jüngster Zeit hat sich eine immer lebendigere Forschungslandschaft entwickelt, die meta-theoretische Überlegungen über Kausalität und Ursache-Wirkungs-Beziehungen mit einer mehr praktisch und empirisch orientierten Forschung zu Wirkungen in den internationalen Beziehungen verbindet. Auf diese Weise wird versucht, die konzeptionellen und methodischen Schwierigkeiten, die sich bei der Untersuchung von Wirkungen auftun, zu überwinden. Zudem sollen die eher grundsätzlichen Vorbehalte in bestimmten wissenschaftlichen Lagern gegen die Messung von Wirkungen abgebaut werden. Dabei zeigt sich, dass einige Forschungsbereiche, etwa die Regimeliteratur, in der Wirkungsforschung bereits sehr gut etabliert ist, während andere, z.B. die Literatur zur internationalen Friedenskonsolidierung und Staatsbildung als zusammenhängendes Forschungsfeld gerade erst im Entstehen begriffen ist. Ungeachtet dessen stehen alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mindestens drei Herausforderungen gegenüber, wenn es um die Beurteilung der Wirksamkeit bestimmter Maßnahmen geht: erstens, die Maßstäbe zu bestimmen, entlang derer Wirkung gemessen werden soll, zweitens, die Wirkung einer bestimmten Maßnahme zuzuordnen, und drittens, den „richtigen“ methodischen Weg zu wählen, um in einem konkreten Fall tatsächlich auf eine ursächliche Wirkungsauslösung schließen zu können.

Beurteilungsmaßstäbe für Wirkungen in den IB festlegen

Jeder Messvorgang bedarf klarer Standards und Maßstäbe für die Messung – dies gilt auch für die Messung von Wirkungen. Allerdings existieren gerade in der Wirkungsforschung keine klaren Regeln, wie akzeptierte Standards zu etablieren wären. Ein wesentliches Problem dabei ist nämlich,

Constructivist Research Program in International Relations and Comparative Politics. In: Annual Review of Political Science 4, pp. 391-416 (394).

3 Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John G. (1986): International Organization. A State of the Art on an Art of the State. In: International Organization 40, 4, pp. 753-775 (767).

4 Wendt, Alexander (2001): Driving with the Rearview Mirror. On the Rational Science of Institutional Design. In: International Organization 55, 4, pp. 1019-1049 (1045).



dass entsprechende Beurteilungsmaßstäbe stets variabel sind, d.h. sie hängen von den jeweiligen Zielen eines Akteurs und den Maßnahmen, die er ergreift, ab. Hieraus ergeben sich für die Messung sehr unterschiedliche Fragen und Ansatzpunkte: Soll zum Beispiel „irgendein“, aber sonst nicht näher definierter Effekt erzielt werden? Oder wollen externe Akteure ein ganz bestimmtes Problem lösen? Zielen sie auf Verhaltensänderungen und Anpassung an spezifische Regeln (compliance)? Was bedeutet „Erfolg“? Wie weit oder eng sollte diese Kategorie gefasst werden? Kann etwa eine externe Intervention nur dann als „erfolgreich“ betrachtet werden, wenn sie vordefinierte Ziele und Schwellenwerte erreicht? Wie fügen sich nicht-intendierte Folgen einer bestimmten Maßnahme in solche „erfolgsorientierten“ Bewertungskriterien ein?

All diese Fragen beziehen sich stets auch auf die verschiedenen Dimensionen von Wirkung – *output*, *outcome* oder *impact*. Forscher lehnen sich bei der Festlegung von Beurteilungsmaßstäben in der Regel an diese etablierten Kategorien an, wobei ein Blick in die IB-Forschung verrät, dass die Untersuchungsdesigns über die Zeit bestimmten „Moden“ unterliegen: Während die Frage nach der Akteursperformanz (*output*) lange Zeit im Vordergrund gestanden hat, etwa in der Forschung zu Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie in der externen Demokratieförderung, so ist eine allmähliche Verschiebung hin zur Frage nach den *outcomes* zu beobachten (vor allem, wenn es um die Messung von Verhaltensänderung und Regeleinhaltung geht). Neuerdings fokussiert die Forschung stärker auf die Frage nach den Auswirkungen im Sinne direkter Problemlösungseffekte (*impact*). Darüber hinaus hat man begonnen, genauer auf die Kontextvariablen zu schauen, die Wirkung beeinflussen. Hierzu zählen etwa innerstaatliche Bedingungen, unter denen die Politiken externer Akteure durchgeführt werden. Daneben werden häufiger Legitimitätsfragen angesprochen, die wiederum auf eine weitere Dimension von Wirkung verweisen: nämlich die des *input*.

Eine Wirkung einem Akteur und dessen Politik zuordnen

Die zweite gemeinsame Schwierigkeit, mit der Forscherinnen und Forscher sich beschäftigen müssen, ist das sogenannte Attributionsproblem: Wenn sie sich mit Wirkungen befassen, müssen sie sich auch mit den konkreten Zusammenhängen zwischen Ursache und Wirkung auseinandersetzen. Sie müssen zu bestimmen in der Lage sein, ob eine Handlung oder Maßnahme eine spezifische Wirkung hatte und wie diese Wirkung herbeigeführt worden ist. In der praktischen Forschungsarbeit geht es häufig um die Frage, ob es wirklich eine *bestimmte* Aktion oder Maßnahme war, die eine spezifische Veränderung in der Umwelt hervorgerufen hat und/oder ob es diese besondere Änderung war, die dazu beigetragen hat, dass ein vorgegebenes Ziel erreicht oder ein bestimmtes Problem gelöst worden ist. Wenn eine Aktivität oder Maßnahme nicht plausibel mit einem bestimmten Ergebnis verknüpft und diesem zugeordnet („attribuiert“) werden kann, kann man nicht von Wirkung im strengen methodischen Sinne sprechen.

Das Attributionsproblem stellt sich in den IB in vielerlei Hinsicht: Zum Beispiel lässt sich kaum etwas über die Wirksamkeit von Sanktionen sagen, wenn nicht klar ist, ob es tatsächlich die Sanktionen waren, die eine bestimmte Verhaltensänderung herbeigeführt haben. Verhaltensänderungen in einem sanktionierten Land können auf eine Reihe verschiedener Ursachen zurückgeführt werden, wie etwa innenpolitischer Druck oder Veränderungen in der politischen Führung. Diese können auf externe Sanktionen zurückgehen, *müssen* es aber nicht. Kaum zu lösen ist das Attributionsproblem beim Nicht-Eintreten eines Ereignisses aufgrund einer bestimmten Maßnahme. Im Bereich der Anti-Terror-Politik etwa genügt nicht allein der Nachweis, dass eine bestimmte Maßnahme den Zugriff auf Finanzmittel erschwert hat, sondern es müsste auch gezeigt werden, dass Terroristen einen Angriff, den sie sonst begangen hätten, aufgrund fehlender finanzieller Mittel unterlassen haben. Forscher haben zwar häufig versucht, dem Attributionsproblem durch die Kombination unterschiedlicher Methoden Herr zu werden, doch auch auf diese Weise bleibt der Nachweis verallgemeinerbarer, klarer kausaler Zusammenhänge schwierig.

Qualitative oder quantitative Forschungsdesigns?

In der Forschung sind immer wieder heftige Debatten auch über den besten und „wissenschaftlichsten“ Weg Kausalität nachzuweisen geführt worden. Hierbei hat sich die Auseinandersetzung im



Wesentlichen um die Frage gedreht, ob Kausalität eine „logische“ oder „ontologische“ Kategorie ist, ob auf sie über statistische Modelle geschlossen werden kann, die nach „Gesetzmäßigkeiten“ suchen, oder aber eher über Fallstudien, die zugrundeliegende Wirkungsmechanismen durch kausales *process tracing* auszumachen versuchen. In der Forschungspraxis müssen sich Wissenschaftler stets entscheiden, ob sie belastbare kausale Zusammenhänge für bestimmte, singuläre Fälle und Bedingungen feststellen sollen, ohne dabei umfassendere Generalisierbarkeit zu beanspruchen, oder ob sie ihr Forschungsdesign auf verallgemeinerbare Korrelationen ausrichten sollen, die dann aber mitunter nur sehr abstrakte Zusammenhänge beschreiben können, Kausalität nur andeuten und dabei große Mengen an Daten benötigen. Doch die Wahl der „richtigen“ Methode – ob qualitativ oder quantitativ – wird nicht nur durch die Fragestellungen und die Verfügbarkeit von Daten beeinflusst. Vielmehr existieren in verschiedenen Feldern bestimmte Forschungstraditionen, die oftmals die Wahl der Methode vorbestimmen. Die Bereiche Sanktionsforschung und externe/Entwicklungshilfe sind zum Beispiel sehr stark quantitativ geprägt, während die Sozialisationsforschung und die Forschung zur externen Demokratieförderung das *process tracing* und andere qualitative Ansätze bevorzugt.

Ganz gleich, welche Methode gewählt wird: Sowohl qualitative als auch quantitative Ansätze sollen letztlich glaubwürdige Nachweise über Ursache-Wirkung-Zusammenhänge liefern; sei es durch statistische Korrelationen oder das Aufspüren kausaler Mechanismen. Dabei sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in letzter Zeit intensiver bemüht, die Grundlagen für eine stärker theorieorientierte, systematische und vergleichbare Wirkungsforschung zu schaffen. Sowohl in methodischer als auch theoretischer Hinsicht bevorzugen die meisten Forscherinnen und Forscher inzwischen eine pragmatische Vorgehensweise, d.h. sie kombinieren einen oder mehrere Ansätze (Theorie- und Methodenmix). Dieser Pragmatismus verdeutlicht nicht zuletzt, dass es gegenwärtig eher darum geht, praktisch relevante Erkenntnisse und konkrete Fortschritte im Bereich der Wirkungsforschung zu erzielen, als an theoretischen und methodologischen Glaubensregeln festzuhalten.

Zusammenfassung

Angesichts seiner Bedeutung für viele Bereiche der IB-Forschung ist es notwendig, das Konzept der Wirkung einer genaueren wissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen. Ziel muss es sein, seinen analytischen Nutzen zu verbessern und den Dialog über unterschiedliche Forschungsfelder hinweg zu verbessern. Die konzeptionellen, methodischen und normativen Probleme, die mit der Wirkungsforschung verbunden sind, sollten Forscherinnen und Forscher nicht daran hindern, relevante Fragen über Kausalität und das Verhältnis von Ursache und Wirkung in den IB zu untersuchen. Hierzu müssen die methodischen Werkzeuge weiterentwickelt und verbessert werden – auch wenn festgestellt werden muss, dass viele methodische Probleme vorerst nicht vollständig gelöst werden können. Sehr oft liegen die methodischen Probleme jedoch vor allem in der Unterschiedlichkeit der Forschungsfelder begründet, in denen nach Wirkungen gesucht wird – angefangen bei internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, über Sanktionen, militärische Interventionen, bis hin zu externer Demokratieförderung und Entwicklungshilfe. Ungeachtet dieser Breite und den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten birgt eine systematisch angelegte Wirkungsforschung in den IB aber das Potenzial, methodisch und konzeptionell sorgfältig angelegte Untersuchungsdesigns mit fallorientierten und politisch relevanten Fragestellungen in Einklang zu bringen und auf diese Weise die Lücke zwischen praktischer und theoretischer Wirkungsforschung zu schließen.



2.3 Dual-use-Technologietransfers

Oliver Meier

Dual-use-Technologietransfers und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen



Bemühungen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) einzudämmen, konzentrieren sich zunehmend auf die Gefahr des Missbrauchs doppelt verwendbarer Technologien, sogenannter Dual-use-Technologien. Nonproliferation ist immer auch Technologiekontrolle. Insbesondere die Bedrohung durch Terroranschläge mit nuklearen, biologischen oder chemischen Waffen macht eine nachhaltige Nichtverbreitungspolitik notwendig. Diese hat die Aufgaben, den Missbrauch von doppelt verwendbaren Informationen, Agenzien oder Ausrüstungsgegenständen, insbesondere für die Entwicklung oder Herstellung von Massenvernichtungswaffen, zu verhindern.

Die Verhinderung des Missbrauchs von Dual-use-Technologien ist kein neues Problem. Aber die Terroranschläge vom 11. September 2011 markierten einen Wendepunkt in der Diskussion um die Nichtverbreitung (NV). Das Problem der Sicherung von proliferationsrelevanten Technologien und Materialien hat durch sie eine neue und unmittelbare Bedeutung erhalten.

Terroristische Netzwerke agieren zunehmend über nationale Grenzen hinweg und einige der beteiligten Gruppen und Individuen würden Massenvernichtungswaffen einsetzen, sollten sie über solche Fähigkeiten verfügen. Zudem sind in den letzten zehn Jahren Programme zur Entwicklung nuklearer, chemischer oder biologischer Waffen in Libyen, Iran und Syrien aufgedeckt worden. Dies zeigt, dass die vorhandenen Nichtverbreitungsregime nicht oder nur in geringem Maße in der Lage sind, Staaten davon abzuhalten, Dual-use-Technologien für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen zu missbrauchen.

Eine wirksame Nichtverbreitungspolitik muss global angelegt sein und sie muss alle relevanten Akteure, von Regierungen bis zur Industrie, einbeziehen. Weil relevante Technologien weltweit verbreitet sind, müssen Schwellen- und Entwicklungsländer Teil der Lösung des Problems der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sein. Für diese Staaten stehen der ungehinderte Zugang zu relevanten Technologien und die damit verbundenen Entwicklungschancen allerdings im Mittelpunkt der Dual-use-Problematik. Die Länder des Südens haben die industrialisierten Staaten des Nordens daher schon immer dafür kritisiert, dass diese ihre Verpflichtungen zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Dual-use-Technologien, wie sie in den Verträgen über die Nichtverbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen enthalten sind, nicht erfüllen. Die wachsende politische und wirtschaftliche Bedeutung von Schwellenstaaten macht es zunehmend schwieriger, ihre Interessen in Bezug auf eine Stärkung der kooperativen Aspekte der Nichtverbreitungsregime zu ignorieren. Um diesen Staaten Anreize zu geben, globalen Nichtverbreitungsregimen beizutreten bzw. in ihnen aktiv mitzuwirken, wird es daher notwendig sein, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen und technische Hilfestellungen zu verstärken. Eine solche Kooperation kann nicht nur die Legitimität von Nichtverbreitungsregimen stärken, sondern auch zur besseren Kontrolle von Dual-use-Technologien beitragen.

Das Forschungsprojekt

Das Dilemma, wie die Kontrolle von Dual-use-Technologien und gleichzeitig die Möglichkeiten für ihre friedliche Nutzung verbessert werden können, stand im Zentrum eines dreijährigen Forschungsprojekts, das von 2008 bis 2011 am IFSH durchgeführt wurde. Das von der Deutschen Stiftung Friedensforschung finanzierte Vorhaben beschäftigte sich mit den Auswirkungen von Technologietransfers auf die Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW). Ziel des Vorhabens war es, herauszuarbeiten, unter welchen Bedingungen Maßnah-



men zur Förderung bzw. Kontrolle von Technologietransfers die Legitimität von Regimen zur Kontrolle von atomaren, biologischen und chemischen Waffen fördern oder beeinträchtigen und welchen Einfluss die Terrorangriffe des 11. September 2001 auf solche NV-Bemühungen hatten.

Im Gegensatz zu den meisten Forschungsvorhaben zur Kontrolle von Dual-use-Technologien, die meist themenspezifisch ausgerichtet sind, wurde ein vergleichender Ansatz gewählt. Das Projekt, federführend von Oliver Meier an der Interdisziplinären Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²) durchgeführt, untersuchte die mit der Kontrolle und Kooperation von Dual-use-Technologien zusammenhängenden Dilemmata in allen drei Regimen zur Kontrolle von MVW. Dabei kooperierte das IFSH auch mit der Forschungsstelle biologische Waffen und Rüstungskontrolle am Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung.

Zwischenergebnisse wurden im Laufe des Projekts in Aufsätzen und Arbeitspapieren publiziert.¹ Die Projektergebnisse wurden dann am 16. und 17. Juni 2011 auf einem vom IFSH veranstalteten internationalen Workshop in Berlin mit dem Titel „Zwischen Kontrolle und Kooperation: Dual-use, Technologietransfers und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen“ zur Diskussion gestellt. Auf der auch von der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amts unterstützten Konferenz diskutierten 30 Experten aus Wissenschaft und Politik, wie internationale Technologietransfers so gestaltet werden können, dass die Gefahr der Verbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen begrenzt und zugleich der friedliche Nutzen dieser Technologien gefördert werden kann.

Die Projektergebnisse und ausgewählte Beiträge der Referentinnen und Referenten des Workshops werden zudem in einem von Oliver Meier herausgegebenen Band publiziert, der bei Routledge in der Reihe *Global Security Studies* Anfang 2013 erscheinen wird.²

Ein Vergleich der Regelungen über Dual-use-Technologietransfers

Die drei multilateralen Regime zur Kontrolle nuklearer, biologischer und chemischer Waffen enthalten ähnliche Normen, Regeln und Prozeduren, die sich allerdings in wichtigen Punkten unterscheiden. Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1968 privilegiert China, Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Russland als anerkannte Kernwaffenstaaten. Der NVV ist ein dreiseitiges Gegengeschäft, das Abrüstungsverpflichtungen der Kernwaffenstaaten, Kontrollverpflichtungen der Nichtkernwaffenstaaten und Kooperationsgebote der Technologiehalter umfasst. Das Biowaffenübereinkommen (BWÜ) von 1970 und das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) von 1993 kennen keine Privilegierung einzelner Mitgliedstaaten und enthalten allgemeine Abrüstungsverpflichtungen. Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) kontrolliert die friedliche Verwendung von zivilen Nuklearmaterialien und entsprechenden Einrichtungen. Die Einhaltung des CWÜ wird von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) überwacht, während das BWÜ nur über rudimentäre Überwachungsmechanismen verfügt.

Trotz dieser Unterschiede, gibt es in allen drei Regimen ein ähnliches Spannungsverhältnis zwischen Bestimmungen zur Technologiekontrolle und Verpflichtungen zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Dual-use-Technologien. Die Konventionen verpflichten ihre Mitglieder nicht nur, Maßnahmen zu ergreifen, um die nicht-friedliche Anwendung von doppelt verwendbaren Technologien zu verhindern, sondern auch die zivile Nutzung solcher Technologien durch alle Vertragsstaaten zu fördern. Insbesondere dürfen die Mitgliedstaaten die wirtschaftliche und technologische Entwicklung anderer Mitgliedstaaten unter dem Vorwand der Nichtverbreitung nicht be-

¹ Siehe u.a. Gunnar Jeremias/Iris Hunger: „Building transparency in the world wide trade in biological dual use equipment“, Occasional Paper, Forschungsstelle biologische Waffen und Rüstungskontrolle am Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung 2010, Oliver Meier: „Auf dem Weg der Besserung? Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag nach der Überprüfungskonferenz 2010“, Internationale Politikanalyse, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli 2010, Oliver Meier: „Arms Control Implications of the US-India Deal: An Assessment“, in: Subrata Ghoshroy/ Götz Neuneck (eds.): *South Asia at a Crossroads. Conflict or Cooperation in the Age of Nuclear Weapons, Missile Defense, and Space Rivalries*. Baden Baden: Nomos 2010, S. 287-298.

² Oliver Meier (Hrsg): *Technology Transfers and Non-proliferation of Weapons of Mass Destruction: Between Control and Cooperation*, New York: Routledge, i.E. 2013, <http://www.routledge.com/books/details/9780415535809>.



einträchtigen. Die Mitgliedstaaten sagen zudem zu, ihre nationalen Exportkontrollen internationalen Verpflichtungen anzupassen.

Die traditionellen Technologiehalter richten ihre Ausführrichtlinien nicht an den drei multilateralen Nichtverbreitungsregimen aus, sondern koordinieren diese auch in informellen Exportkontrollregimen. Aus der Sicht vieler Entwicklungsländer unterminieren Gruppierungen wie die Gruppe der nuklearen Lieferländer (*Nuclear Suppliers Group*, NSG, in der 46 teilnehmende Staaten ihre Regeln für den nuklearen Handel harmonisieren) oder die Australische Gruppe (*Australia Group*, AG, in der 40 Länder Regeln für den Handel mit chemischen und biologischen Dual-use-Technologien vereinbaren) die Legitimität universeller Verträge wie des NVV, des BWÜ oder des CWÜ.

Regimestruktur und Technologietransfers³

	<i>NVV (1968)</i>	<i>BWÜ (1970)</i>	<i>CWÜ (1993)</i>
Formale Gleichheit der Mitglieder	Nein	Ja	Ja
<i>Universalität⁴</i>	Nein	Ja	Ja
<i>Implementierungsbehörde</i>	(IAEO) (1954)	Nein (ISU, 2007)	OVCW (1997)
<i>Multilaterale Kooperationsgebote</i>	Artikel IV	Artikel X	Artikel XI
<i>Plurilaterale Ausfuhrkontrollen</i>	NSG (1974)	AG (1985)	AG (1985)
<i>Multilaterale Ausfuhrkontrollen für Dual-use-Technologien</i>	Nein (Artikel III für „direct-use“-Güter)	Nein	Ja (Artikel VI)

Die politischen Auseinandersetzungen über Dual-use-Technologietransfers

Das Nebeneinander von multilateralen Verträgen und plurilateralen Exportkontrollregimen ist eine Quelle dauernder Spannungen zwischen industrialisierten Staaten und Entwicklungsländern. Dieser Konflikt schwächt die Legitimität aller drei NV-Regime. Die Diskussion, wie die Kontrolle von Dual-use-Technologien verbessert und gleichzeitig die Kooperation bei deren friedlicher Nutzung verbessert werden kann, kompliziert oder verhindert zudem eine Einigung auf dringend notwendige strengere Kontrollstandards.

Drei langfristige Entwicklungen verkomplizieren die Entwicklung besserer Kontrollen von Dual-use-Technologien. Erstens führt die Globalisierung – verstanden als der Prozess der zunehmenden Integration nationaler Ökonomien – zur Diffusion von proliferationsrelevanten Technologien. Zweitens führt das sich beschleunigende Tempo technologischer Innovationen dazu, dass das Zerstörungspotenzial von Dual-use-Technologien zunimmt und die Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln einfacher und billiger wird. Drittens hat die Gefahr von Terroranschlägen mit Massenvernichtungsmitteln zwar das Thema der besseren Kontrolle auf der politischen Tagesordnung nach oben gerückt, aber gleichzeitig hat sich der Eindruck festgesetzt, dass bestehende Kontrollregime nur wenig zur Verhinderung von solchen Anschlägen beitragen können.

Die zunehmende zivile Bedeutung von Dual-use-Technologien

Die Regulierung von Transfers von Dual-use-Technologien hat nicht nur große sicherheitspolitische Bedeutung, sondern sie ist auch für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung vieler Staaten wichtiger geworden. Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien und Südafrika bestehen

³ Jahreszahlen für das Jahr der Unterzeichnung von Verträgen, bzw. der Gründung von Institutionen.

⁴ BWÜ und CWÜ haben 159 bzw. 183 Mitgliedstaaten, sind aber insofern „universeller“ als der NVV mit 189 Mitgliedstaaten, als keine bekennenden BW- oder CW-Besitzer außerhalb der Konventionen stehen.



darauf, dass das in den NV-Regimen angelegte Gegengeschäft eingehalten wird. Für diese Staaten bedeutet das insbesondere auch, dass die friedliche Nutzung von Dual-use-Technologien erleichtert und gefördert wird.

Maßnahmen der technischen *Kooperation* dienen der Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Dual-use-Technologien. Kooperationsmaßnahmen umfassen

- Mittel für Forschung und Entwicklung neuer Technologien für friedliche Aufgaben,
- Maßnahmen zur Förderung von Technologietransfers,
- humanitäre Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge und -hilfe (etwa des Beistands im Falle eines Angriffs mit MVW),
- Maßnahmen zum *capacity-building* (etwa durch Ausbildungsmaßnahmen),
- Hilfestellungen bei der Implementierung multilateraler Regelungen (etwa im Bereich der Gesetzgebung oder der Ausfuhrkontrolle).

Regelungen zum Technologietransfer in NV-Regimen

	<i>Nuklearwaffen</i>	<i>Chemische Waffen</i>	<i>Biologische Waffen</i>
Kontrolle	<ul style="list-style-type: none"> - IAEO-Sicherungsmaßnahmen (“safeguards“) - Ausfuhrregeln nach Artikel III NVV - Ausfuhrkontrollen im Rahmen der Nuclear Suppliers Group - Ausfuhrkontrollen des Zangger Komitee 	<ul style="list-style-type: none"> - Verifikationsmaßnahmen des CWÜ - multilaterale Ausfuhrkontrollen nach Artikel VI CWÜ - Ausfuhrkontrollen im Rahmen der Australischen Gruppe 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausfuhrregeln nach Artikel III BWÜ - Ausfuhrkontrollen im Rahmen der Australischen Gruppe
Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> - Kooperationsgebot in Artikel IV NVV - IAEA Technical Cooperation - Capacity-building IAEA/CTBTO 	<ul style="list-style-type: none"> - Kooperationsgebot in Artikel XI CWÜ - Capacity-building durch OVCW - Katastrophenhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> - Kooperationsgebot in Artikel X BWÜ - Capacity-building durch Implementation Support Unit

Ergebnisse und Empfehlungen: Die richtige Balance zwischen Kontrolle und Kooperation

Ein Vergleich der Debatte über die richtige Balance zwischen Kontrolle und Kooperation bei den Dual-use-Technologietransfers führt zu den folgenden Schlussfolgerungen.

- *Multilaterale Regime sind nicht flexibel genug, um die Regelungen zu Technologietransfers sich ändernden technologischen und politischen Rahmenbedingungen anzupassen.*

Multilaterale Nichtverbreitungsregime sind immer noch die wesentlichen Referenzrahmen für Diskussionen über Dual-use-Technologietransfers. NVV, BWÜ und CWÜ drohen aber von technologischen und politischen Fortschritten überholt zu werden. Gerade in der Biotechnologie schreitet das Tempo technologischer Innovationen immer schneller voran. Die bestehenden politischen Differenzen über das richtige Verhältnis von Kontrolle und Kooperation (sowie im Falle des NVV über die Erfüllung von Abrüstungsverpflichtungen) verhindern eine Einigung auf dringend notwendige Reformen der Kontrollsysteme, beispielsweise von Verifikationsbestimmungen. Das Konsensprinzip sichert zwar einen hohen Grad an Inklusivität der Regime, verhindert oft aber selbst bescheidene Fortschritte bei der Weiterentwicklung von Regeln und Prozeduren. Die Wahrnehmung, dass vertragsbasierte, zwischenstaatliche Regime nicht mehr in der Lage sind, die wichtigsten Sicherheitsprobleme zu lösen, wird durch die Einschätzung vieler Regierungen, dass von nicht-staatlichen Akteuren die größte Bedrohung der internationalen Sicherheit ausgeht, verstärkt.



Plurilateralen Exportkontrollregimen wie der NSG oder der AG geht es nur bedingt besser. Ihre informellen Entscheidungsprozeduren sowie die Tatsache, dass die Mitgliedschaft auf gleichgesinnte Staaten begrenzt ist, erleichtern zwar die Anpassung an neue Bedingungen. Aber trotzdem müssen sich diese Arrangements mit den gleichen Problemen wie multilaterale Regime auseinandersetzen und laufen oft technologischen Entwicklungen hinterher. Exportkontrollregime spielen eine unverzichtbare Rolle in der Nichtverbreitung, weil sie die Beschaffung von Massenvernichtungskapazitäten erschweren und verteuern. Zwar werden Arrangements wie NSG und die AG immer noch als diskriminierend kritisiert. Allerdings ist die fundamentale Ablehnung von Exportkontrollregimen durch die Länder des Südens schwächer geworden. Dies liegt zum Teil daran, dass Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien sich mittlerweile eher als Anbieter, denn als Empfänger von kritischen Technologien sehen.

- *Die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Dual-use-Technologien nimmt zu.*

Die Anzahl und Vielfalt internationaler Kooperationsprojekte zur friedlichen Nutzung von Dual-use-Technologien ist in den letzten Jahren gewachsen. Internationale Organisationen wie die IAEO haben ihre Programme zur technischen Kooperation reformiert und assistieren Mitgliedstaaten dabei, die politischen, bürokratischen und technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese effektive nationale Kontrollen über Dual-use-Technologien aufbauen können. Die EU-Initiative zum Aufbau regionaler Chemical, Biological, Nuclear and Radiological (CBRN) Centers of Excellence ist ein Beispiel für ein neuartiges Projekt, das die alten Gegensätze zwischen Kooperation und Kontrolle überbrückt. Solche Kooperationsvorhaben werden nicht mehr nur zwischen den traditionellen Technologiehaltern in der OECD-Welt und den Ländern des Südens durchgeführt. Zunehmend kooperieren die Länder des Südens auch untereinander. Zudem versuchen andere *Stakeholder*, wie etwa Wissenschaftler, internationale wissenschaftliche Kooperationsprojekte so zu konzipieren, dass sie sowohl die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Dual-use-Technologien stärken als auch Beiträge zur Nichtverbreitung leisten.

Diese neuartigen Kooperationen werden zum Teil durch die Einsicht der Industriestaaten ermöglicht, dass eine bessere Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet zu friedlichen Zwecken Non-proliferationsbemühungen ergänzen und stärken kann. Allerdings findet ein Großteil dieser Projekte außerhalb der multilateralen NV-Regime statt. Ob und wie diese Kooperationen die Legitimität von NVV, BWÜ und CWÜ langfristig stärken können, bleibt zunächst unklar.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse können drei vorläufige Politikempfehlungen formuliert werden, wie das Verhältnis zwischen Kontrolle und Kooperation ausgestaltet werden sollte.

- *Internationale Kooperationsprojekte zur friedlichen Nutzung von Dual-use-Technologien sollten soweit möglich entpolitisiert werden.*

Kooperationsprojekte zur friedlichen Nutzung von Dual-use-Technologien werden in unterschiedlichem Maße als Beitrag zur Stärkung der Legitimität von NV-Regimen verstanden. Die multilaterale technische Kooperation im nuklearen Bereich wird im Wesentlichen durch die IAEO organisiert. Die Agentur spielt aber bisher nur eine untergeordnete Rolle bei der Durchführung von internationalen Programmen zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit (*nuclear security*). Die OVCW verfügt lediglich über begrenzte Möglichkeiten, die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Chemie zu fördern. Sie könnte künftig aber eine größere Rolle übernehmen, wenn es darum geht, die Mitgliedstaaten darin zu unterstützen, nationale Kontrollen über proliferationsrelevante Aktivitäten und Agenzien zu verbessern. Da das BWÜ keine starke institutionelle Struktur besitzt, gibt es nur bescheidene Ansätze, die Kooperation zu friedlichen Zwecken im Rahmen der Konvention zu fördern. Allerdings ist es bei allen drei Problemfeldern – nukleare, biologische und chemische Technologietransfers – so, dass die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung dann am besten funktioniert, wenn sie nicht im Zusammenhang mit der Nichtverbreitung diskutiert wird. Andernfalls findet oft eine Politisierung dieser Aktivitäten statt, die die internationale Zusammenarbeit erschweren kann.



- *Es sollte ein breites Konzept der Kontrolle von Dual-use-Technologien angewendet werden*

Nichtverbreitungsregime basieren auf dem traditionellen, intergouvernementalen Modell der internationalen Sicherheit. Allerdings hat sich gleichzeitig die Einsicht herausgebildet, dass Dual-use-Technologiekontrolle als ein Governance-Problem gesehen werden sollte, das nur gelöst werden kann, wenn alle betroffenen *Stakeholder* involviert sind. Das Dual-use-Problem ist allgegenwärtig. Daher müssen auch Lösungsansätze globale Reichweite haben und umfassend angelegt sein. Internationale Organisationen, Regierungen und nichtstaatliche Akteure haben alle Anteil daran, dass Dual-use-Technologien nicht für feindliche Zwecke missbraucht werden.

Ein solcher Governance-Ansatz funktioniert allerdings am besten zwischen und innerhalb pluralistischer Staaten, die eine kooperative Außenpolitik und ähnliche Interessen verfolgen. Governance stößt immer dann an Grenzen, wenn Proliferationsprobleme in nicht-kooperativen Staaten gelöst werden müssen oder wenn schwerwiegende Vertragsverletzungen vorliegen. Ein zentrales Problem wird es daher bleiben, wie traditionelle, zwischenstaatliche Nichtverbreitungsinstrumente so reformiert werden können, dass sie nichtstaatliche Akteure, wie etwa die Industrie oder Nichtregierungsorganisationen einbeziehen können, ohne ihre Fähigkeit einzubüßen, Vertragsverletzungen aufzudecken, abzuschrecken und zu bestrafen.

- *Schließt die Lücken: Wie können Governance-Ansätze auf bisher nicht regulierte Dual-use Technologien angewendet werden?*

Einige Dual-use-Technologien, die ein erhebliches Potenzial zur Schädigung moderner Gesellschaften haben, sind bisher nicht oder nur rudimentär verregelt. Raketen etwa sind ein Beispiel für eine Technologie, für die bisher nur unverbindliche Regeln aufgestellt wurden. Allerdings wird die Proliferation von Raketen spätestens dann als eine Bedrohung der internationalen Sicherheit angesehen, wenn solche Systeme auch zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen geeignet sind.

Die Informationstechnologie (IT) ist ein weiteres Beispiel für eine neuartige Technologie, die sich internationalen Kontrollbemühungen bisher weitgehend entzieht. Hier stellt sich das Problem der Kontrolle von Transfers „immaterieller Technologie“ (*intangible technology transfers*) besonders deutlich. Trotzdem haben wegen des hohen Risikos, das von einem Missbrauch der IT ausgeht, mehrere Staaten begonnen darüber nachzudenken, wie internationale Normen für den zivilen Gebrauch der IT definiert – und künftig vielleicht sogar Regeln und Prozeduren vereinbart – werden können. Insbesondere stellt sich die Frage, welche Lehren aus Bemühungen um die Kontrolle und Kooperation von Dual-use-Technologietransfers für Problemfelder, die bisher unreguliert sind, abgeleitet werden können.

Insgesamt hat das Projekt gezeigt, dass Bemühungen um die richtige Balance zwischen Kooperation und Kontrolle von Dual-use-Technologietransfers von zentraler Bedeutung für künftige Bemühungen um die Stärkung von Nichtverbreitungsregimen bleiben werden. Zweifellos haben die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 das Bewusstsein für die Bedeutung des Problems geschärft. Eine zentrale Herausforderung für die Zukunft wird es sein, diese politische Aufmerksamkeit hoch zu halten, damit alle relevanten Akteure an der Lösung des Problems der Kontrolle von Dual-use-Technologien mitwirken.



3. Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte

3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)

Das Zentrum für OSZE-Forschung / Centre for OSCE Research (CORE) ist weltweit die einzige wissenschaftliche Einrichtung, die sich die Erforschung der Aktivitäten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Aufgabe gemacht hat. Entsprechend dem umfassenden Sicherheitsverständnis der OSZE reichen die Forschungsgegenstände dabei von Fragen der europäischen Sicherheit, Rüstungskontrolle, Konfliktregulierung und transnationaler Gewalttrisiken bis zu den Aufgabenfeldern Menschenrechte, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit. Regional fokussiert CORE auf Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien.

Inhaltliche Schwerpunkte 2012

Die Aktivitäten von CORE im Jahre 2012 orientierten sich am mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH „Transnationalisierung von Gewalttrisiken als Herausforderung europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik“ und konzentrierten sich dabei im Rahmen der sich überlappenden Cluster Wandel, Konflikte und Wirkung auf zwei zentrale Dimensionen, nämlich die Konflikte in und um Zentralasien sowie die allgemeine Sicherheitslage im euro-atlantischen und im eurasischen Raum

Das IDEAS-Projekt

Die wichtigste Aktivität von CORE im Jahr 2012 war das IDEAS-Projekt. IDEAS – die Initiative zur Entwicklung einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft – wurde von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs, Polens und Russlands ins Leben gerufen. Vier wissenschaftliche Institute wurden gebeten, „2012 vier Workshops in Berlin, Warschau, Paris und Moskau zu organisieren“ und aufgefordert, „ihren Abschlussbericht und ihre Empfehlungen im Herbst 2012 in Wien vorzustellen“. Die Institute – das Zentrum für OSZE-Forschung/Centre for OSCE Research, CORE, am IFSH; die Fondation pour la Recherche Stratégique, FRS; das Polish Institute of International Affairs (PISM) und das Moscow State Institute of International Relations (University) (MGIMO) des russischen Außenministeriums veranstalteten zwischen März und Juli 2012 vier Workshops, auf denen 300 Teilnehmer aus 40 Ländern zusammenkamen und zahlreiche Aspekte einer Sicherheitsgemeinschaft diskutierten. In der Folge erarbeiteten Vertreter der vier Institute den IDEAS-Bericht „Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community. From Vision to Reality“. Es handelt sich dabei um den ersten Bericht im Rahmen der OSZE, der den ernsthaften Versuch unternimmt, die Kernelemente einer Sicherheitsgemeinschaft zu definieren und einen Weg zur Verwirklichung dieses ehrgeizigen Ziels zu skizzieren. Auf Einladung des irischen OSZE-Vorsitzenden stellten die vier Institute am 23. Oktober 2012 den Bericht auf einem informellen Botschaftertreffen vor, an der 100 Personen aus 40 Delegationen teilnahmen. Des Weiteren wurde der Bericht am 18. Dezember 2012 den 50 Mitgliedern des Euro-atlantischen Partnerschaftsrates im NATO-Hauptquartier präsentiert.

Aktivitäten zu Zentralasien

Auch 2012 stand Zentralasien wieder an prominenter Stelle auf der Agenda von CORE. In Zentralasien verbinden sich innenpolitische Instabilitäten (Massaker in Andischan/Usbekistan 2005, Pogrome in Osch und Jalalabad/Kirgisistan 2010), transnationale Gewalttrisiken (Drogenhandel aus Afghanistan) und zwischenstaatliche Konflikte (um Wasser, aus ethno-politischen Gründen) auf komplexe Weise miteinander. 2012 hat CORE einen Drittmittelantrag zu den Afghanistanpolitiken der zentralasiatischen Staaten gestellt. In Vorbereitung auf dieses Projekt haben mehrere IFSH-Mitarbeiterinnen bzw. –Mitarbeiter mit der Eurasian University in Astana eine Sommerschule „The



IDEAS-Konferenz
Außenminister Guido Westerwelle und Wolfgang Zellner



Afghan Crisis – Conflict Prevention and Crisis Prevention Strategies in Central Asia“ durchgeführt. Ein weiteres wichtiges Projekt, das gemeinsam von Anna Kreikemeyer und Azamat Temirkulov bearbeitet wird, behandelt die Rolle informeller Institutionen bei Konfliktprävention und Friedenaufbau im Ferghanatal. Zur Projektvorbereitung verbrachte Azamat Temirkulov einige Wochen als Gastwissenschaftler am IFSH.

Transfers und Beratung

Die Forschungsvorhaben wurden ergänzt durch Transfer- und Beratungsprojekte, darunter *Policy Papers* für das Auswärtige Amt über die Rolle des OSZE-Generalsekretärs, ein Training für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ukrainischen Außenministeriums zur Vorbereitung des ukrainischen OSZE-Vorsitzes 2013, die Herausgabe des „OSZE-Jahrbuchs“ und andere OSZE-bezogene Dienstleistungen.

Größere Forschungsprojekte

CORE-10-F-02: Multilateralism in Russian Foreign Policy: Genuine Search for Partners or Undercover for Unilateral Ambitions ?

Bearbeiter/in: Elena Kropatcheva, Wolfgang Zellner.

Die zentrale Fragestellung dieses Projekt lautet „Wie verhält sich Russland in sicherheitsrelevanten multilateralen internationalen Organisationen (IO) (KSZE/OSZE, OVKS, NRR, SCO und VN-Sicherheitsrat). Welche Arten des Engagements (verschiedene Typen von Multilateralismus) und Effektivitätsmuster lassen sich erkennen? Während es viele Studien zum Verhalten der USA in internationalen Regierungsorganisationen (IGOs) gibt und die Zahl umfassender, theoriegeleiteter Untersuchungen über die EU und China ebenfalls steigt, ist wenig über Russlands „Multilateralismus“ bekannt. Das Projekt basiert auf Erkenntnissen über die Beziehungen von Staaten und IO, Multilateralismus und Studien zur russischen Außenpolitik. Es verwendet eine Vielzahl theoretischer Ansätze – vom Realismus, liberalen/rationalen Institutionalismus bis hin zum Konstruktivismus und greift verschiedene Methoden auf (qualitative und quantitative Inhaltsanalyse, Fallstudien und Interviews). Auf der Grundlage einer Initiative zur Post-doc-Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses der Universität Hamburg wurde ein Forschungsantrag weiter ausgearbeitet. Er soll im ersten Quartal 2013 fertiggestellt werden.

CORE-10-F-06: The Afghanistan Polices of the Central Asian States: Exporters of Stability or Profiteers of Chaos?

Bearbeiter/in: Sebastian Schiek, Wolfgang Zellner.

Der bevorstehende Abzug des Großteils der ISAF-Truppen aus Afghanistan im Jahr 2014 wird die Sicherheitslage in der Region verändern und der Rolle der zentralasiatischen Staaten mehr Gewicht verleihen. Vor diesem Hintergrund will das Projekt die Afghanistan-Politiken der zentralasiatischen Staaten ebenso untersuchen wie die Ziele, die ihr konkretes Handeln leiten. Ausgangshypothese des Projekts ist, dass das Hauptziel der zentralasiatischen Regierungen Stabilität in Afghanistan ist und ihre Politiken gegenüber dem Land diesem Ziel dienen werden. Das Projekt baut auf einer von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) geförderten Pilotstudie auf, die Diana Digol im Jahr 2011 durchgeführt hat. Ein Drittmittelantrag bei der DSF ist gestellt.



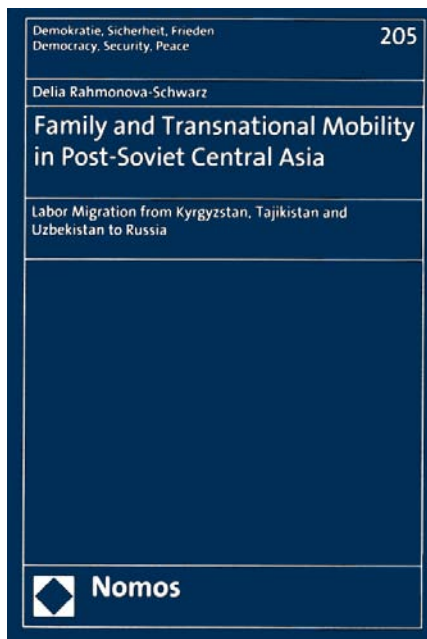
Sebastian Schiek, Hans-Georg Ehrhart und Anna Kreikemeyer in Astana (Sommerschule „The Afghan Crisis – Conflict Prevention and Crisis Prevention Strategies in Central Asia“)

**CORE-10-F-04: CFE and the Demise of the Co-operative European Security Regime***Bearbeiter:* Ulrich Kühn, Wolfgang Zellner.

Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) befindet sich seit zwölf Jahren ununterbrochen in der Schwebelage. Neben dem KSE-Vertrag ist auch der Vertrag über den offenen Himmel (OH-Vertrag) in den letzten Jahren in Schwierigkeiten geraten. Die Überarbeitung des Wiener Dokuments über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (WD) im Jahr 2011 hat lediglich rein technische und Verfahrensänderungen hervorgebracht. 22 Jahre nach Ende des Kalten Krieges steht die kooperative Sicherheitsarchitektur in Europa zunehmend unter Stress. Obwohl der amerikanisch-russische Neustart zu einer Reihe positiver Ergebnisse geführt hat, steht eine Europäisierung dieses Neustarts noch immer aus. In der Zwischenzeit hat sich das Klima zwischen Washington und Moskau erneut abgekühlt. Dieses Dissertationsprojekt, das mit Förderung durch das Evangelische Studierendenwerk Villigst e.V. durchgeführt wird, verfolgt einen doppelten Ansatz. Zum einen sollen konkrete Optionen zu zukunftsgerichtete Ansätze für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa erarbeitet werden. Zum anderen versucht der theoretische Rahmen, die Existenz eines kooperativen europäischen Sicherheitsregimes mit KSE als Kernelement nachzuweisen. Unter Einbezug realistischer und neorealistischer Erklärungen für den Regimeverfall in Verbindung mit dem KSE-Stillstand beleuchtet die Dissertation die möglichen negativen Auswirkungen des Niedergangs des KSE für das gesamte kooperative europäische Sicherheitsregime.

CORE-10-F-05: The Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community (IDEAS)*Bearbeiter:* Wolfgang Zellner, Frank Evers, Ulrich Kühn

2012 hat CORE die konzeptionelle und organisatorische Führung der Aktivitäten der Initiative für die Entwicklung einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS) übernommen. IDEAS ist eine Track 2-Initiative von vier Forschungsinstituten, die am 8. November 2011 in Wien ins Leben gerufen wurde. Sie wird gemeinsam vom Zentrum für OSZE-Forschung (CORE), der Fondation pour la Recherche Stratégique (FRS), dem Polish Institute of International Affairs (PISM) und dem Moscow State Institute for International Relations des russischen Außenministeriums (MGIMO) durchgeführt. IDEAS zielt darauf ab, eine „freie, demokratische, gemeinsame und unteilbare euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok“ zu konzipieren, zu der sich die OSZE-Teilnehmerstaaten 2010 in der Gedenkklärung von Astana bekannt haben. Ende 2011 haben die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Polens und Russlands die vier Institute beauftragt, eine Reihe von Workshops zu organisieren mit dem Ziel, die Diskussion über den künftigen Charakter einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft voranzubringen und



den Teilnehmerstaaten in Wien einen Bericht mit Empfehlungen vorzustellen. Zwischen März und Juli 2012 fanden in Berlin, Warschau, Paris und Moskau vier Workshops statt. In der Folge übernahm CORE die Führung bei der Erarbeitung des in Auftrag gegebenen IDEAS-Berichts. Im September 2012 richtete CORE einen Redaktionsworkshop in Hamburg aus. Der Abschlussbericht „Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community. From Vision to Reality“ wurde den OSZE-Botschaftern auf einem informellen Botschaftertreffen präsentiert, zu dem Botschafter O’Leary vom irischen OSZE-Vorsitz am 23. Oktober 2012 in die Wiener Hofburg eingeladen hatte. Am 18. Dezember 2012 schloss sich eine Vorstellung im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat in Brüssel an. Das Auswärtige Amt finanzierte das Engagement von CORE in den IDEAS-Aktivitäten.

**CORE-Projekte**

Signatur	Titel
CORE-10-F-01	Hegemonic Change and Security in Central Asia
CORE-10-F-02	Multilateralism in Russian Foreign Policy
CORE-10-F-06	Afghanistan Politics of Central Asian States
CORE-12-F-01	Role of Informal Networks of Trust
CORE-10-F-04	CFE and European Security Regime
CORE-10-F-05	IDEAS
CORE-10-P-02	OSZE-Jahrbuch
CORE-09-NF-06	Multilateral Cooperation in Central Asia
CORE-09-NF-05	Power and Public Administration Reform
CORE-10-B-01	Rahmenprojekt Auswärtiges Amt
CORE-10-B-04	OSZE-bezogene Informationsdienstleistungen
CORE-10-B-03	Post-Soviet Security Dialogue Network
CORE-10-B-02	OSCE-related Training for Ukrainian MFA



3.2 Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)

Das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) befasst sich, ausgehend vom mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH vorwiegend mit transnationalen Gewalttrisiken und mit dem Beitrag der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union und ihrer Partner (Drittstaaten, internationale Organisationen, Regionalorganisation, Nichtregierungsorganisationen und andere gesellschaftliche Akteure) zur Bearbeitung dieser Risiken. Im Zentrum steht die Frage, wie die EU im Zeitalter der postnationalen Konstellation die Entstehung und Ausbreitung transnationaler Gewalttrisiken erschweren, ihre Transformation in Gewaltkonflikte unterbinden oder manifest transnationale Gewaltkonflikte konstruktiv bearbeiten kann. Die Entwicklung und Implementierung solcher Strategien wird insbesondere im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) untersucht. Darüber hinaus werden die Rolle und Sicherheitspolitik relevanter Mitgliedstaaten ebenso analysiert wie die wichtiger Partnerländer. Zum übergreifenden Forschungsschwerpunkt im mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH leistet ZEUS eigene Beiträge durch theoretisch informierte Policy-Analysen, wissenschaftliche Publikationen, nationale und internationale Tagungen sowie öffentliche Stellungnahmen.

Folgenden Fragen wird in den Projekten besondere Aufmerksamkeit zuteil: Welchen politischen Herausforderungen durch transnationale Gewalttrisiken sieht sich die EU ausgesetzt? Welche Normen und Werte liegen ihren Strategien und politischen Ansätzen zugrunde? Welche Strukturen, Strategien und Instrumente entwickelt die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft für die Prävention von – und den Umgang mit – transnationalen Gewalttrisiken? Welche Rolle spielen dabei die Konzeptionen der zivil-militärischen Zusammenarbeit und der Nexus zwischen Sicherheit und Entwicklung?



PiraT-Abschlusskonferenz

Wie wird mit dem Problem der Radikalisierung umgegangen? Wie und mit wem interagiert die EU in welchen geographischen Räumen und funktionalen Politikfeldern? Welche Wirkungen wurden bisher erzielt und worauf gehen die Wirkungen vor allem zurück? Welche Schlussfolgerungen lassen sich für das künftige Vorgehen der EU im Umgang mit transnationalen Gewalttrisiken ziehen? Die EU hat auch im Jahr 2012 ihre Aktivitäten im Bereich des Staatsaufbaus und der Sicherheitssektorreform auf dem Balkan, in Afrika und Nahost sowie in Afghanistan fortgesetzt. Das Gleiche gilt für ihre Bemühungen, zur Stabilisierung der Nachbarschaftsregionen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik beizutragen und ihr Verhältnis zum strategischen Partner Russische Föderation zu verbessern. Ebenso blieb sie auf dem Feld der Piraten- und der Terrorismusbekämpfung engagiert. Diese Themen spiegeln sich auch in den wissenschaftlichen Forschungsprojekten und Dissertationen von ZEUS für 2012 wider.

Die Forschung am ZEUS zur Prävention, Einhegung und Bearbeitung transnationaler Gewalttrisiken zielt auf die Weiterentwicklung eines eigenen Analyseansatzes mit der Bezeichnung Security Governance. Dieser Ansatz umfasst Mehrebenen-Strategien, Instrumente und Politiken der EU, komplexe Akteurskonstellationen auf Seiten der EU und dritter Akteure sowie ihre horizontale Interaktion der Handlungskoordination zur kollektiven Bearbeitung eines gemeinsamen Sicherheitsproblems. Die zugrunde gelegte Arbeitsdefinition von Security Governance lautet: „Security Governance ist der Versuch der Gewährleistung von Sicherheit durch Koordinierung zwischen mehr oder weniger autonomen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind“. Hierzu werden Ansätze aus der Wirkungsforschung (Evaluationsforschung, Regimeanalyse, qualitative Analysen) integriert. Dabei werden auch nicht-intendierte Wirkungen auf die Bedingungen und Akteure in den jeweiligen Zielstaaten sowie auf die EU selbst erforscht.



Größere Forschungsprojekte

ZEUS-09-F-01: Security Governance als Herausforderung für die Bewältigung transnationaler Konflikte

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart, Hendrik Hegemann, Bernhard Rinke

Das Projekt geht von der Annahme aus, dass transnationale Konflikte komplexer Natur sind, sie im internationalen Kontext einer differenzierten Bearbeitung bedürfen und die EU über ein breitgefächertes, aber noch zu vernetzendes institutionelles und materielles Instrumentarium zur Konfliktvorbeugung und Krisenbearbeitung verfügt. Vor diesem Hintergrund werden Ziele, Rolle und Funktionsweise der EU und anderer Akteure als postmoderner Krisenmanager untersucht. Sowohl im Binnen- als auch im Außenverhältnis treten zahlreiche Koordinations- und Kooperationsprobleme auf, die eine verbesserte Security Governance erfordern.

Das Projekt vereint empirische Analysen zu einzelnen Aspekten der Security Governance der EU und ihrer Partner wie etwa die zivil-militärischen Beziehungen, die Sicherheitssektorreform, den Nexus zwischen Sicherheit und Entwicklung oder dessen Rolle bei der Aufstandsbekämpfung im Rahmen eines Comprehensive Approach. Es wird empirisch erforscht, welche (internen und externen) Koordinations- und Kooperationsprobleme bei der Bearbeitung von transnationalen Gewaltkonflikten auftreten und ob bzw. wie diese überwunden werden können. Die zugrundeliegende Hypothese lautet, dass die effektive und effiziente Bearbeitung transnationaler Konflikte Security Governance erfordert. Theoretisch angeleitet wird die Untersuchung durch Annahmen der Governance-Forschung. Der Fokus ist auf Formen und Mechanismen der Handlungskoordination autonomer Akteure zur Bewältigung eines gemeinsamen Sicherheitsproblems gerichtet. Es wird angestrebt, das theoretische Konzept der Security Governance zu verfeinern. Dabei wird ein Methodenpluralismus zugrunde gelegt, der Quellen- und Literaturstudium sowie Interviews umfasst.



PiraT-Workshop, 18.-20. April 2012
Hans-Georg Ehrhart am Rednerpult

Theoretisch angeleitet wird die Untersuchung durch Annahmen der Governance-Forschung. Der Fokus ist auf Formen und Mechanismen der Handlungskoordination autonomer Akteure zur Bewältigung eines gemeinsamen Sicherheitsproblems gerichtet. Es wird angestrebt, das theoretische Konzept der Security Governance zu verfeinern. Dabei wird ein Methodenpluralismus zugrunde gelegt, der Quellen- und Literaturstudium sowie Interviews umfasst.

Der Projektfortschritt 2012 bestand in der Veröffentlichung mehrerer Aufsätze und eines Sammelbandes. Ferner hielten Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter Vorträge zu relevanten Themen der Projektarbeit. Schließlich wurde ein von der Thyssen-Stiftung finanzierter internationaler Workshop mit der Thematik „Putting Security Governance to the Test: Conceptual, Empirical and Normative Challenges“ durchgeführt. Die Kooperationspartner des Projekts sind: Institut für strategische Zukunftsanalyse der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung; Queen's University Centre for International Relations, Führungsakademie der Bundeswehr; FB Gesellschaftswissenschaften, Universität Frankfurt; Fachbereich Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück; ISIS Brüssel; University of Bremen; University of Essex; European Institute of Public Administration; VU Brussels; University of Sussex.

ZEUS-10-F-04: Die Transformation substaatlicher Gewaltakteure zwischen Befreiungskampf und Staatsaufbau als Herausforderung für die Nahostpolitik der EU

Bearbeiterin: Margret Johannsen

In ihrem Beitrag zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess bewegt sich die EU als externer Akteur in einem Spannungsfeld von Statebuilding support, Terrorismusbekämpfung und transatlantischer Zusammenarbeit. Diese allgemeine Feststellung schließt ihre Rolle im Nahost-Quartett ein und erstreckt sich auf ihre Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Autorität (PA), insbesondere bei der Bereitstellung von Expertise im Sicherheitsbereich, der Finanzierung von Entwicklungsprojekten, direkter Budgethilfe und humanitären Hilfsmaßnahmen. Keine offiziellen Kontakte gibt es hingegen zu der mit der PA/Fatah rivalisierenden Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas). Vielmehr hat sich die EU dem Boykott und der Isolierung der bedeutendsten unter den paläs-



tinensischen Organisationen, die an ihrer Agenda des bewaffneten Widerstandes festhalten, abgeschlossen.

Die zentrale Fragestellung ist, wie sich die Intervention eines externen Akteurs in Form von Boykott und Isolierung auf die Agenda der Hamas und der sich auf sie stützenden De-facto-Regierung im Gazastreifen auswirkt. Die Grundannahme lautet, dass im Spannungsfeld zwischen der Unterstützung von Staatsaufbau, Terrorismusbekämpfung und transatlantischer Zusammenarbeit widerstreitende Teilziele bewirken, dass die erwünschte Transformation des palästinensischen Gewaltakteurs erschwert wird.

Die Studie zeigt, dass die Politik von Boykott und Isolierung die in sie gesetzten Erwartungen in Form einer *hidden agenda* nicht erfüllt hat. Sie hat im Gegenteil zur Eskalation des Konflikts zwischen Israel und Hamas sowie zur Vertiefung der innerpalästinensischen Spaltung beigetragen, und statt einer Erosion der Hamas-Herrschaft im Gazastreifen ist eine Konsolidierung zu verzeichnen. Dem friedenspolitischen Engagement der EU war ihre Politik in zweierlei Hinsicht abträglich. Zum einen kam es im Zuge der Konflikteskalation zur Stärkung des bewaffneten Flügels, zum anderen untergräbt die innerpalästinensische Spaltung die ohnehin gefährdete Zwei-Staaten-Lösung zur Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Insofern ist die EU-Politik gegenüber der Hamas ein prägnantes Beispiel für nicht-intendierte Wirkungen politischen Handelns.

Das Projekt wurde theoretisch angeleitet durch die Annahmen über Statebuilding als Konzept im Rahmen des rationalistischen Institutionalismus. Methodisch fußte es auf der Auswertung von Dokumenten, Interviews mit palästinensischen und europäischen Akteuren und Erkenntnissen aus Workshops mit Teilnehmern aus der Region. Der Projektfortschritt bestand in der Veröffentlichung eines Buchkapitels, einer Broschüre und eines Aufsatzes. Als Kooperationspartner im Projekt wirken mit das Institute for National Security Studies, Tel Aviv, Matin University Beirut, Near East Consulting, Ramallah und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt. Das Projekt wurde 2012 abgeschlossen.

ZEUS-08-F-07: Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelsicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart, Kerstin Petretto, Patricia Schneider

Häfen, Meere und Ozeane bilden die Basis eines weltumspannenden Handels, dessen Volumen, beschleunigt durch den Boom und die Modernisierung Ostasiens, jährlich neue Wachstumshöhen erreicht. Zugleich ist der maritime Raum Ort vielfältigster Gefahren und wirkt sich die weltweit erkennbare Diffusion nichtstaatlicher Gewalt auch auf die Sicherheit des seewärtigen Handels als einem der heute zweifellos elementarsten Bereiche globalisierter Wirtschaftstätigkeit aus.

Ausgehend von den maritimen Abhängigkeiten Deutschlands und der Europäischen Union werden die speziell mit der Piraterie und dem seewärtigen Terrorismus verbundenen Risiken für die Stabilität des globalen Handels- und Wirtschaftssystems untersucht. Der Hypothese folgend, dass beide Phänomene geeignet sind, potenziell weitreichende gesamtsystemische Schäden zu generieren, wird danach gefragt, welche konkreten Handlungserfordernisse zur Reduzierung sowohl ihrer Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch der mit ihnen jeweils verbundenen Konsequenzen bestehen und wie Kooperationsformen verbessert werden können. Als Analyserahmen für empirische Untersuchungen werden Elemente der zeitgenössischen Gewalt- und Risikoforschung miteinander verknüpft. Im nächsten Schritt sollen Empfehlungen für die Ausgestaltung der deutschen und europäischen Politik zur Vorbeugung und Risikovermeidung entwickelt werden.

In theoretischer Hinsicht greift das Forschungsvorhaben u.a. auf den Ansatz der Security Governance und auf Erkenntnisse der Risikoforschung zurück. Wegen der interdisziplinären Ausrichtung des zwölf Partner



Patricia Schneider bei der Pirat-Abschlusskonferenz

umfassenden Projekts werden sicherheitsanalytische mit politik-, wirtschafts-, rechts- und technikwissenschaftlichen Perspektiven sowie der Methode strategischer Zukunftsanalyse kombiniert und die Perzeptionen und Bedürfnisse der Praxispartner in die Erstellung der Handlungsempfehlungen integriert.



Heinz Dieter Jopp beim Vortrag auf der PiraT-Abschlusskonferenz

Der Projektfortschritt im Berichtsjahr bestand in der Veröffentlichung weiterer Working Papers, der Einreichung zweier Journal-Artikel und der Veranstaltung mehrerer Workshops. Auf einer großen Abschlusskonferenz mit über 100 Teilnehmern aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Militär, Polizei und Presse in der Hamburger Handelskammer wurden die Projektergebnisse vorgestellt und diskutiert. Diese werden in zwei Büchern veröffentlicht, die im Berichtszeitraum vorbereitet wurden.

Als Kooperationspartner wirken mit: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH), Bucerius Law School (BLS), Institut für Strategische Zukunftsanalyse (ISZA) der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung UG, Verband Deutscher Reeder (VDR), International Chamber of Commerce (ICC) – Deutschland, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), JWA Marine GmbH, Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft (ASW), Kriminalistisches Institut 11 des Bundeskriminalamts, Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus (KI 11-FTE), Gewerkschaft der Deutschen Polizei (GdP); Institut für Sozialwissenschaften, Universität Kiel.

ZEUS-08-F-04: Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Regina Heller, Martin Kahl, Daniela PISOIU

Die gezielte Veränderung normativer Erwartungshaltungen, die ein Spektrum an erforderlichen und erlaubten Handlungen eröffnen und so verhaltensregulierende Wirkung entfalten, stellt eine wesentliche Vorstufe für die Erosion etablierter Normen und dem daraus resultierenden Verhalten dar. Das Projekt untersucht die Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente gouvernementaler Akteure in den USA, der EU und in Russland, mit denen Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene legitimiert werden sollen.

Durch das Gewicht, das den USA, der EU und Russland in ihrer Gesamtheit zukommt, muss davon ausgegangen werden, dass gleiche oder ähnliche Überzeugungsbotschaften gouvernementaler Akteure in den drei unterschiedlichen Rechtsräumen langfristig eine erodierende Wirkung auf die weltweite Geltung von Menschen- und Bürgerrechten haben. Geprüft wird, ob die Argumente, mit denen Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene legitimiert werden sollen, ähnlich sind bzw. ob sie sich zwischen den Rechtsräumen im Zeitverlauf angenähert haben. Ziel ist es herauszufinden, ob in Bezug auf Begründungen „außerordentlicher“ Maßnahmen bei der Bekämpfung des islamistisch motivierten Terrorismus eine Koalition gouvernementaler *norm challengers* entstanden ist.

In theoretischer Hinsicht greift das Forschungsvorhaben auf den *Securitization-Ansatz*, die Forschung über Normenwandel sowie die Konvergenzforschung zurück. Mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse werden die Argumente und die Herausbildung möglicher Muster bei den Begründungen und Rechtfertigungen geplanter oder bereits durchgeführter Maßnahmen im Zeitraum zwischen 2001 und 2010 untersucht.

Das Projekt wurde im Jahr 2012 beendet. Der Abschlussbericht wurde bei der DFG eingereicht und ist angenommen worden. Der Projektfortschritt im Berichtsjahr umfasste die Veröffentlichung



eines zweiten Aufsatzes in einem peer-reviewten Journal (bereits erschienen), die Einreichung eines dritten Aufsatzes mit den Ergebnissen des Projekts, die Präsentation des Projektes auf der ISA-Konferenz in San Diego, sowie die Vorbereitung einer Special Section in einer peer-reviewten Zeitschrift, in der die Ergebnisse des Projekt-Workshops aus dem letzten Jahr vorgestellt werden.

Als Kooperationspartner wirken mit: Lehrstuhl für Internationale Politik und Konfliktforschung, Universität Konstanz; Berghof Conflict Research; FB Politikwissenschaft II, Universität Kaiserslautern; Lehrstuhl für Internationale Politik, Universität Frankfurt am Main; Institut für Theologie und Frieden, Hamburg; Institut für Sozialwissenschaften, FB Politikwissenschaft, Universität Kiel.

ZEUS-10-F-01: Russland und der Westen: neue Ansätze zur Erklärung russischer Außenpolitik

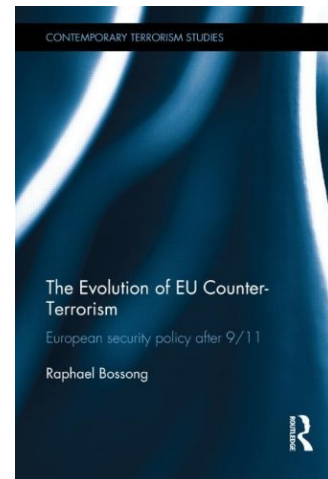
Bearbeiterin: Regina Heller

Das Projekt will mit Hilfe neuer Erklärungsansätze das Wesen russischer Außenpolitik in Bezug auf den Westen erklären. Bisherige Versuche, die Triebfedern einer oftmals widersprüchlichen und aus westlicher Sicht manchmal „emotional“ oder „irrational“ anmutenden russischen Außenpolitik zu identifizieren, waren nur begrenzt erfolgreich. Das Projekt will Blindstellen identifizieren und neue theoretische Wege finden, diese zu füllen.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind äußerst komplex und weisen eine Vielzahl von Handlungsfeldern und Interaktionsstrukturen auf. Dabei lassen sich auf russischer Seite sowohl rational nachvollziehbare materielle (politische und ökonomische) Interessen identifizieren als auch weniger rational anmutende Handlungsmotive. Die *Grundannahme* in diesem Projekt lautet, dass neben rationalen Kosten-Nutzen-Erwägungen auch „subjektive“ Interessen und Motive eine wichtige Rolle spielen und diese die Dynamik und Qualität der Interaktion Russlands mit dem Westen wesentlich mit beeinflussen.

Um Emotionalität und vermeintlich „irrationales“ Verhalten Russlands in den Beziehungen zum Westen erklären zu können, muss der theoretische Blick über konventionelle IB-Ansätze hinausgehen. Der Rückgriff auf Erkenntnisse der Politischen Psychologie/Sozialpsychologie erscheint hier erhellend. Insbesondere das Konzept „Respekt“ besitzt das Potenzial, eine Brücke zu bauen und soll deshalb als zentraler Erklärungsansatz für den Einfluss „subjektiver“ Interessen auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen herangezogen werden.

Der Projektfortschritt im Berichtszeitraum bestand in der Präsentation eines Papiers auf der ISA-Tagung in San Diego im April 2012, der Einreichung eines Forschungsantrags bei der DFG, der Durchführung eines „Authors‘ Workshops“ in Helsinki (Kooperationspartner: Universität Tampere und der Universität Frankfurt), sowie der Vorbereitung eines Special Issues (Kontakt zu ISI-Journal Communist and Post-Communist Studies ist aufgenommen, Guest Editors: Tuomas Forsberg/Regina Heller/Reinhard Wolf).



ZEUS-10-F-02: TERAS-INDEX. Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren

Bearbeiterin: Matenia Sirseloudi

Mit dem Aufkommen jihadistisch-motivierter terroristischer Gewalt ist das Risiko von Anschlägen mit hoher Opferzahl und gravierenden Sachschäden stark gestiegen. Außerweltlich orientierte Attentäter nehmen scheinbar weder auf ihre Bezugsgruppen noch auf sich selbst Rücksicht – je verheerender der Anschlag, desto größer die vermeintliche Huldigung an den Gott, in dessen Namen der Anschlag verübt wird. Angesichts dieser Folgen von terroristischen Anschlägen hat sich der Kampf gegen den Terrorismus immer stärker ins Vorfeld der eigentlichen terroristischen Tat verla-



gert. Ähnlich wie in anderen Bereichen kollektiver Gewalt, etwa größeren Konflikteskalationen, Genozid und massiven Menschenrechtsverletzungen, gewinnt die Prävention ein immer stärkeres Gewicht gegenüber reaktivem Handeln. Dabei rücken die Rekrutierungs- und Radikalisierungsprozesse, die Individuen auf dem Weg zur terroristischen Tat durchlaufen, in den Fokus der Aufmerksamkeit. Gleichzeitig hat das außen- und sicherheitspolitische Handeln der Bundesrepublik nicht-intendierte Folgen für die innere Sicherheit in Form von Radikalisierungsprozessen. Das Engagement der Bundesrepublik in internationalen Konflikten (insbesondere auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung) birgt ein internes Radikalisierungspotenzial. Für dieses Radikalisierungspotenzial sind kohärente und aussagekräftige Indikatoren entwickelbar.

Das Projekt zielt auf die Erarbeitung und Überprüfung von Indikatoren für Radikalisierung als unerwünschtem Effekt von Sicherheitspolitik und die Bereitstellung eines Instrumentariums für eine adäquate Erfassung von Radikalisierungsprozessen. Methodisch soll der Erkenntnisgewinn mittels einer Kombination aus induktivem und deduktivem Vorgehen erreicht werden. Zur Untersuchung der Wirkung, die das deutsche außen- und sicherheitspolitische Engagement in der muslimischen Welt auf innerdeutsche Radikalisierungsprozesse hat, werden mehrere Methoden empirischer Sozialforschung kombiniert (Methodentriangulation). Neben narrativen Interviews und Gruppeninterviews mit vulnerablen, mehrfach marginalisierten Jugendlichen und Studenten sowie Angehörigen des bekennend islamistischen Milieus, werden Experteninterviews durchgeführt. Für die Datensammlung zu terroristischen Akteuren kommt die Auswertung von Gerichtsprotokollen (wo notwendig selbst erstellt) und öffentlich zugänglichen dokumentarischen Quellen hinzu.

Der Projektfortschritt bestand in der Veröffentlichung mehrerer Aufsätze, Vorträgen, der Weiterentwicklung des theoretischen Konzepts und der Methode zur Erarbeitung von Indikatoren, der Aktualisierung und Ausweitung einer Datenbank, Interviews im islamistischen Milieu und der Durchführung eines Schulprojekts zur Erforschung der Identitätskonstellationen vulnerabler Jugendlicher. Weiter wurden zwei Workshops mit dem Partner BICC und den drei Unterauftragnehmern (Uni Augsburg, Uni Erfurt und Terrorism Research Initiative) und dem assoziierten Partner LKA Hamburg durchgeführt.

ZEUS-10-F-03: Theorie und Praxis von Gewaltkonflikten

Projektbearbeiter: Johann Schmid

Gewaltkonflikte und Krieg sind Bestandteile der Menschheitsgeschichte. Alle Versuche zu ihrer dauerhaften Überwindung sind bisher gescheitert. Die Beilegung spezifischer, in der Vergangenheit dominierender Konfliktmuster scheint die Welt nicht grundsätzlich friedlicher oder sicherer gemacht zu haben. Der kontinuierliche und vielgestaltige Formenwandel von Krieg und Gewaltkonflikt macht eine beständige Analyse und Neubewertung dieses Phänomens notwendig und erfordert gleichzeitig eine theoretische Grundlage. Die Vorbeugung und Vermeidung, Einhegung und Begrenzung wie auch die Fähigkeit bestehende Gewaltkonflikte erfolgreich und möglichst rasch zu einem humanen langfristig friedenskompatiblen Ende führen zu können, sind daher heute als Bedingungen des Friedens so wichtig wie eh und je.

Das Projekt geht von der Prämisse aus, dass eine systematische Förderung der oben genannten Bedingungen des Friedens ohne ein zutreffendes und tiefgreifendes Kriegs- und Konfliktverständnis und ein entsprechend geschultes Urteil der handelnden Akteure nicht möglich ist. Basierend auf der Arbeitshypothese „Wer den Frieden will, muss Krieg und Gewaltkonflikt verstehen“ verfolgt das Projekt daher die Zielsetzung, zu einer systematischen, Theorie und Praxis vereinigenden Entwicklung eines ganzheitlichen Verständnisses des Phänomens Krieg, auch in seiner Abgrenzung zu anderen Formen organisierter Gewalt, beizutragen. Damit soll dem wachsenden Bedarf hinsichtlich einer zutreffenden Bewertung der verschiedensten, sich permanent wandelnden Erscheinungsformen von Krieg und Gewaltkonflikt im globalen Rahmen Rechnung getragen und hierfür ein Beitrag zur grundlegenden theoretischen Einordnung und Abgrenzung des vielgestaltigen Phänomens Krieg geleistet werden. Konkret soll hierzu u.a. das philosophische Werk Carls von Clausewitz *Vom Krieg* auf seine friedens- und sicherheitspolitische Relevanz untersucht werden. Damit sind nicht nur analyti-

Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft



Denkwürdigkeiten



sche, sondern auch politikrelevante Fragen verbunden. Gerade vor dem Hintergrund der Bündnisorientierung Deutschlands ist es entscheidend, zu einem eigenständigen und fundierten Urteil hinsichtlich der Bewertung des aktuellen und künftig zu erwartenden Kriegs- und Konfliktgeschehens fähig zu sein, um damit Bündnispolitik auf der Grundlage des Sinnvollen und Machbaren mitgestalten und die dafür erforderlichen Mittel und Instrumente zielgerichtet ausbilden zu können.

Zur Erreichung dieser Zielsetzung geht es zunächst darum bestehende Forschungslücken insbesondere im Bereich der theoretischen Verortung von Gewaltkonflikt und Krieg aufzuzeigen und Vorschläge zur Behebung dieser Defizite zu entwickeln. Hierbei kommt es besonders darauf an die friedenspolitische Relevanz und Notwendigkeit eines zutreffenden, theoretisch fundierten Verständnisses von Krieg und Gewaltkonflikt herauszustellen. Auf dieser Grundlage werden ausgewählte Erscheinungsformen des aktuellen Kriegs- und Konfliktgeschehens u.a. auf der Basis der Theorie und Philosophie Carls von Clausewitz analysiert, um Ansatzpunkte für deren Bewertung und die Entwicklung von Handlungsstrategien unter Bedingungen von Gewaltkonflikten ableiten zu können. Gleichzeitig strebt das Projekt die Überprüfung und gegebenenfalls Weiterentwicklung bestehender theoretischer Erkenntnisse zum Wesen des vielgestaltigen Phänomens Krieg an. Darauf aufbauend soll zur Erarbeitung eines vertieften theoretischen Verständnisses von Krieg und Gewaltkonflikten beigetragen werden.

Projektfortschritt im Berichtszeitraum wird dokumentiert durch drei veröffentlichte Zeitschriftenaufsätze, einen Journalbeitrag im Erscheinen sowie drei weitere Beiträge in einem fortgeschrittenen Arbeitsstadium. Als Kooperationspartner wirken mit: Planungsamt der Bundeswehr Dezernat Sicherheitspolitik; Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien e.V.; Führungsakademie der Bundeswehr; Universitäten der Bundeswehr; Politisch-Militärische Gesellschaft e.V. (PMG); Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik; RWTH Aachen, Institut für Politische Wissenschaft, Teilbereich Internationale Beziehungen und Strategische Studien.

ZEUS-11-F-03: Entwicklung eines einheitlichen Modells zu islamistischen und rechtsextremistischen Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen

Projektbearbeiterin/Projektbearbeiter: Daniela Pisoiu/Daniel Köhler

Gegenwärtig wird von politischer und wissenschaftlicher Seite überwiegend versucht, *islamistische* Radikalisierungsprozesse zu erklären und zu verstehen sowie ihnen vorzubeugen und entgegenzutreten. Individuelle rechtsextreme Radikalisierungsvorgänge werden demgegenüber weitaus seltener untersucht. Eine vergleichende Analyse islamistischer und rechtsextremer Radikalisierungsprozesse ist sowohl theoretisch als auch empirisch geboten. Die Annahme, dass ein allgemeines Modell für verschiedene Formen der individuellen Radikalisierungsprozesse gültig sein kann, wird erforscht und eine Theorie individueller Radikalisierung basierend auf Primärdaten entwickelt. Darüber hinaus wird Radikalisierung dabei als ein intentionaler und gradueller Prozess konzeptionalisiert, was sich grundlegend von bisherigen, strukturellen Ansätzen unterscheidet, die empirische Schwächen offenbart haben. Die großen Vorteile dieses Modells sind sein ideologisch neutraler Ansatz und die Tatsache, dass er seinem Fokus auf soziopsychologische Prozesse, anstatt auf sozioökonomische oder Persönlichkeitsmerkmale legt. Empirisch, werden in diesem Projekt bereits beobachtete Ähnlichkeiten zwischen Radikalisierungsprozessen von Islamisten und Rechtsextremen systematisch erforscht.



CONTENTS	
SPECIAL ISSUE: MARITIME TERRORISM AND PIRACY IN THE INDIAN OCEAN REGION	
GUEST EDITORS: ANDREW C. WINNER, PATRICIA SCHNEIDER AND AWET T. WELDEMICHAEL	
Editorial	107
Maritime terrorism and piracy in the Indian Ocean Region Andrew C. Winner, Patricia Schneider and Awet T. Weldemichael	107
Articles	
Maritime corporate terrorism and its consequences in the western Indian Ocean: illegal fishing, waste dumping and piracy in twenty-first century Somalia Awet T. Weldemichael	110
Spanish maritime security governance in the Indian Ocean Region Arianna Cristina Börgin	127
German maritime security governance: a perspective on the Indian Ocean Region Patricia Schneider	142
Yemeni security-political dynamics and maritime security in the Indian Ocean Region Stig Jarle Hansen	165
The abundant sea: prospects for maritime non-state violence in the Indian Ocean Martin N. Murphy	173
Maritime security and post-state control in the Indian Ocean Region Seth Beaman	188
Transnational terrorist counterterrorism in the Indian Ocean Douglas Gaultfoyle	202
Book Reviews	219



Das Forschungsvorhaben verfolgt drei Ziele: Individuelle rechtsextreme Radikalisierungsprozesse sollen eingehend empirisch untersucht und die bereits existierenden Forschungsergebnisse zur islamistischen Radikalisierung ergänzt werden. Darüber hinaus soll das Projekt einen theoretischen Rahmen für die in der Forschung zwar vermutete, aber noch nicht systematisch herausgearbeitete Ähnlichkeit islamistischer und rechtsextremistischer Radikalisierungsprozesse entwickeln. Das Projekt nimmt das „Entwicklungsmodell“ („developmental model“) der islamistischen Radikalisierung als aussichtsreichen Ansatz auf und soll ihn weiter vorantreiben. Dabei sollen zum ersten Mal primäre Daten im großen Rahmen verglichen und analysiert werden. Die Forschungsfragen lauten:

- In welchen Phasen läuft der rechtsextremistische Radikalisierungsprozess ab, was sind die motivierenden Faktoren?
- Welches sind gemeinsame Mechanismen und Bedingungen der Einbindung in und Loslösung von Islamismus und Rechtsextremismus?
- Welche politischen Implikationen stellen sich aus dem Modell heraus?

Das Projekt knüpft an Entwicklungskonzepte über islamistische Radikalisierung an und integriert weitere wissenschaftliche Ansätze: Theorien zur Psychologie von Terroristen, die Social-Movement-Theorie und kriminologische Theorien zur Beteiligung an Verbrechen. Das Projekt betrachtet individuelle Radikalisierung nicht deterministisch und auch nicht als einen plötzlichen Sinneswandel, sondern als einen progressiven Prozess in kleinen Schritten. Weiterhin konzentriert es sich auf individuelle Motivationen und weniger auf strukturelle Faktoren. Besondere Bedeutung wird dem Diskurs als einem fundamentalen Element der Willensbildung zugeschrieben. Das Projekt hat explorativen Charakter und folgt der Methode der „Grounded Theory“. Die Datengewinnung erfolgt in der Hauptsache über Interviews. Der Projektantrag wurde Ende 2011 bei der DFG eingereicht. Die Hauptkooperationspartner sind EXIT-Deutschland, ASTIU-Deutschland, Exit-Schweden und HCEIT-Kanada.

Das Projekt wurde in dieser Form abgelehnt, ein Neuantrag ist in Vorbereitung.

ZEUS-11-F-04: Prä-radikale Subkulturen und Radikalisierung

Projektbearbeiterin: Daniela Pisoiu

Während der Begriff „Subkultur“ häufig wenig differenziert verwendet wird, um unterschiedliche Arten von Gemeinschaften, größere soziale Gruppen, Netzwerke, Zellen oder amorphe Aggregate von Ideen und Überzeugungen zu beschreiben, ist die Rolle prä-radikaler Subkulturen in Radikalisierungsprozessen bisher noch nicht systematisch untersucht und konzeptualisiert worden. Zwei theoretische Konzepte, die in der Terrorismusforschung entwickelt worden sind, erfassen dieses Problemfeld lediglich am Rand: Soziale Netzwerke und „framing“. Diesen Konzepten zufolge wird der Eintritt in gewaltbereite oder -tätige Gruppen durch die vorherige Einbindung in prä-radikale Organisationen und Gruppierungen erleichtert. Auf der anderen Seite haben sich Individuen zu politischen Gewalttätern entwickelt, ohne zuvor in entsprechende Gruppen eingebunden gewesen zu sein: „lone-wolves“ oder auch Internet-Radikalisierte.

Das Forschungsvorhaben befasst sich mit der Frage, welche Rolle Subkulturen im Radikalisierungsprozess spielen. Dabei werden zunächst folgende Fragen gestellt und weiter ausgebaut:

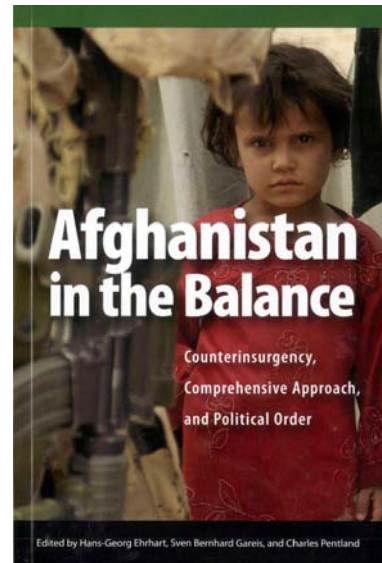
- Welche verschiedenen Arten von Subkulturen/Gruppen/Gemeinschaften existieren in der linken, rechten und islamistischen Szene in Europa?
- Auf welche Erklärungsmodelle, die Mechanismen und Konzepte für den Prozess der Einbindung in Subkulturen beschreiben/erklären, kann zurückgegriffen werden und wie können sie in das „Entwicklungsmodell“ („developmental model“) der islamistischen Radikalisierung eingeordnet werden?
 - Sind die den beiden Prozessen zugrunde liegenden Mechanismen anreizorientiert, deterministisch, sozial oder diskursiv bestimmt?
 - Wie erfolgt der Übergang von der Subkultur/Gruppe/Gemeinschaft zu „etablierten“ Organisationen?
 - Ist dieser Übergang rekursiv?



– Welche Rolle können die Subkulturen in Deradikalisierungs- und Ablösungsprozessen spielen?

Der theoretische Ansatz des Projekts ist interdisziplinär und stützt sich auf drei Forschungsbereiche: Terrorismusforschung, Kriminologie und Forschungen zu sozialen Bewegungen. Radikalisierung wird als Entwicklungsprozess aufgefasst, wobei eine Beteiligung schrittweise und in Interaktion mit dem nahen und fernen sozialen Umfeld erfolgt. Motivationsvariablen sind hierbei von entscheidender Bedeutung. Der kriminologische Ansatz befindet sich im Schnittpunkt mit der Terrorismusforschung und umfasst Ansätze zu „rational choice“, zum sozialen Lernen auf Grundlage selektiver Anreize zu Subkulturtheorien, zu Theorien der differentiellen Assoziation und zur kulturellen Transmission von Kriminalität. Von den Ansätzen zu sozialen Bewegungen finden „rational choice“, kollektive Identität und Framing Berücksichtigung.

Der Projektantrag wurde Ende 2011 eingereicht und bewilligt. Das Projekt wurde 2012 bearbeitet und abgeschlossen. Auf Basis der Forschungen innerhalb dieses Pilotprojekts wurde ein Projektantrag beim European Research Council eingereicht und einen Buchvertrag zum Thema Subkulturen und Radikalisierung in Deutschland abgeschlossen.



ZEUS-Projekte

Signatur	Titel
ZEUS-10-F-01	Russland und der Westen: neue Ansätze zur Erklärung russischer Außenpolitik
ZEUS-10-F-02	Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren
ZEUS-10-F-03	Theorie und Praxis von Gewaltkonflikten
ZEUS-10-F-04	Die Transformation substaatlicher Gewaltakteure zwischen Befreiungskampf und Staatsaufbau als Herausforderung für die Nahostpolitik der EU
ZEUS-09-F-01	Security Governance als Herausforderung für die Bewältigung transnationaler Konflikte
ZEUS-08-F-04	Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten in den USA, der EU und Russland
ZEUS-08-F-07	Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen
ZEUS-11-F-03	Entwicklung eines einheitlichen Modells zu islamistischen und rechtsextremistischen Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen
ZEUS-11-F-04	Prä-radikale Subkulturen und Radikalisierung
ZEUS-11-P-01	Assessing the Impact of EU External Governance
ZEUS-11-P-02	The Challenge of Security Governance
ZEUS-10-NF-02	Multilateralism in South-East Asian Counterterrorism
ZEUS-09-NF-01	Governing Transatlantic Counterterrorism: Form und Effektivität transatlantischer Terrorismusbekämpfung
ZEUS-09-NF-02	Die Relevanz rationalistischer Ansätze bei der Analyse von Terrorismus und Antiterrorpolitik
ZEUS-07-NF-01	Konfliktprävention und Krisenmanagement der EU: Grenzen und Chancen des kohärenten Handels im europäischen Mehrebenensystem
ZEUS-07-NF-03	Elitenwechsel in Bosnien-Herzegowina in der Transition
ZEUS-07-NF-06	A comparative assessment of police missions in the European Security and Defence Policy (Bosnia-Herzegowina, the Democratic Republic of Congo and the Palestinian territories). Is there a European police reform in the making?
ZEUS-07-B-01	Internationales Fellowship-Programm Graf Baudissin
ZEUS-12-B-01	EU-Asia Dialogue



3.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²)

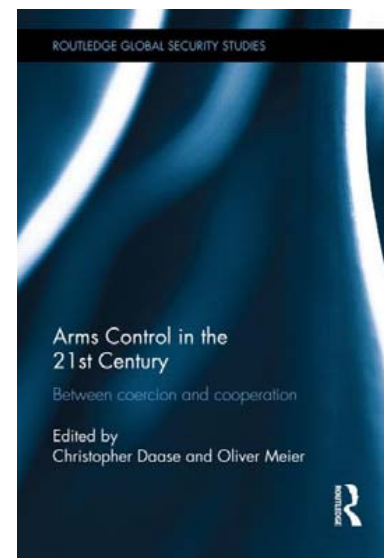
Die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²) beschäftigt sich mit dem Zusammenspiel von rüstungsdynamischen Faktoren, dem potenziellen Waffeneinsatz, der Strategiedebatte sowie den Möglichkeiten von Rüstungskontrolle, Non-proliferation und Abrüstung als sicherheits- und friedenspolitische Instrumente. Der steigenden Komplexität solcher Fragestellungen wird in Form einer interdisziplinär arbeitenden Forschungsgruppe Rechnung getragen. Die Arbeitsweise zeichnet sich durch die Kombination von natur- und sozialwissenschaftlichen Methoden und Expertisen aus. Durch intensive Kooperation mit anderen Institutionen unterschiedlicher Disziplinen wird insbesondere Grundlagenforschung im Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Dimension von Rüstungskontrolle geleistet. Neben der klassischen Rüstungskontrolle beschäftigen sich die Arbeitsgruppenmitglieder mit neuen Themen wie „Klima und Sicherheit“ und Cybersecurity. Darüber hinaus beteiligt sich IFAR² auch an einer Reihe von nationalen wie internationalen Expertennetzwerken, die Expertisen aus Forschung und Praxis zusammenführen und Forschungsanstrengungen bündeln.

Inhaltliche Schwerpunkte der IFAR²-Projekte und -Tätigkeiten im Jahr 2012 waren die Rüstungskontrolle in Europa, die Debatten um das neue Strategische Konzept der NATO, insbesondere im Bereich der Nuklearpolitik und der Raketenabwehr in Europa, sowie die Diskussion um die Erreichbarkeit einer Welt ohne Nuklearwaffen. Das von der William und Flora Hewlett-Stiftung unterstützte Projekt zur NATO-Nuklearpolitik wurde im Berichtsjahr erfolgreich mit Workshops und Veröffentlichungen weitergeführt. IFAR² war Mitveranstalter von Workshops zur NATO-Nuklearpolitik in Paris und Moskau und veröffentlichte auf der Projekt-Homepage weitere Forschungspapiere und Berichte zu den Tagungen zur Atomwaffenpolitik der NATO. IFAR²-Mitglieder nahmen an einer Vielzahl von Anhörungen, Workshops und internationalen Konferenzen teil.

Im Rahmen des CLISAP-Exzellenzclusters eine Reihe von größeren Vorhaben zu Ende geführt. Hierzu zählte vor allem die Herausgabe eines Sammelbandes zur aktuellen internationalen Forschung zu Klimawandel, menschlicher Sicherheit und gesellschaftlicher Stabilität. Schließlich wurde eine Schwerpunktausgabe der Zeitschrift Sicherheit und Frieden zum Themenfeld Geoengineering erarbeitet. Mit der im Juni 2012 erfolgten Bewilligung der Fortsetzung des CLISAP-Exzellenzclusters konnten neue Aktivitäten geplant werden.

Auch 2012 hieß IFAR² wieder eine Reihe von internationalen Fachleuten und Entscheidungsträgern als Gastreferenten am IFSH willkommen. Zu aktuellen Themen der nuklearen Rüstungskontrolle trugen Botschafter Nikel, der Beauftragte der Bundesregierung zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle vor. Ivan Oelrich aus Washington D.C., Gastprofessor am ZNF, hielt Vorträge zur strategischen Stabilität und zum Iran-Konflikt. Weitere Gäste waren Subrata Ghoshroy (MIT) und Paul Zajac, Erster Sekretär der französischen Botschaft in Berlin.

Die Arbeit von IFAR² lag neben den grundlegend konzeptionellen und politikberatenden wissenschaftlichen Tätigkeiten im Themenfeld von Rüstungskontrolle, Abrüstung, Non-Proliferation und Sicherheitsaspekten des Klimawandels, auch in Beiträgen zu aktuellen internationalen Debatten und der Stärkung internationaler Expertennetzwerke. IFAR² stellte dem Auswärtigen Amt seine Expertise bei mehreren Gelegenheiten zur Verfügung, so bei einem Treffen der FMCT-Arbeitsgruppe im April 2012, bei der Sitzung des Arbeitskreises Friedens- und Konfliktforschung beim Planungsstab des Auswärtigen Amtes im Juni 2012 und bei dem Meinungsaustausch zu den aktuellen abrüstungs- und nichtverbreitungspolitischen Perspektiven der Rüstungskontrolle im September 2012.





Größere Forschungsprojekte

IFAR-10-F-01 Abschreckung, Abrüstung und taktische Nuklearwaffen in Europa:

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Oliver Meier, Anne Finger, Katarzyna Kubiak, Götz Neuneck
Im Berichtszeitraum haben IFAR²-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter das Projekt zur Reduzierung der Rolle von taktischen Atomwaffen in Europa fortgeführt und intensiviert. Im Juli verlängerte die *William and Flora Hewlett Foundation* das Projekt, das eine Herabsetzung der Bedeutung von taktischen Atomwaffen in der europäischen Sicherheit zum Ziel hat. Das Vorhaben, bei dem das IFSH Kooperationspartner der *Arms Control Association (ACA)* und des *British American Security Information Council (BASIC)* ist, trägt dazu bei, in der NATO und in Russland die Voraussetzungen für gemeinsame Schritte hin zur Abrüstung taktischer Atomwaffen zu schaffen und den Rückzug aller US-Atomwaffen aus Europa zu ermöglichen. Hintergrund bildet das Bemühen der Bundesregierung, sich für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten US-Atomwaffen einzusetzen, um so die Nichtverbreitung zu stärken und globale Abrüstungsbemühungen voranzutreiben.



Götz Neuneck (vorne rechts) mit MPS-Studierenden

Oliver Meier nahm an diversen Konferenzen und an Anhörungen im Bundestag zu diesem Thema teil. Im Rahmen der Umsetzung der auf dem NATO-Gipfel in Lissabon beschlossenen „Deterrence and Defense Posture Review“ unternahmen die Projektpartner im Jahr 2012 eine Vielzahl von Aktivitäten. Im Vorfeld des NATO-Gipfels in Chicago im Mai 2012 brachte IFAR Entscheidungsträger und Experten aus verschiedenen NATO-Staaten im Rahmen von Seminaren in Paris und Moskau zusammen. Die Debatte um eine verringerte Rolle von Atomwaffen in der europäischen Sicherheit wurde in Veröffentlichungen (unter anderem in *Arms Control Today*) sowie zwei neuen *Nuclear Policy Papers* analysiert, die von Experten und Entscheidungsträgern verfasst wurden. Projektmitarbeiter kommentierten und bewerteten aktuelle Entwicklungen wie z.B. den NATO-Gipfel in Chicago in Artikeln (*Arms Control Today*, *Arms ControlNow* und der Webseite des European Leadership Networks), Studien (US Army War College), auf Veranstaltungen und Konferenzen (der Russian Political Science Foundation, des Institute of International

Affairs, der Friedrich-Ebert-Stiftung, des European Leadership Networks, der ETH Zürich, der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem Polish Institute of International Affairs sowie beim Unterausschuss für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im Deutschen Bundestag) sowie Interviews (Deutsche Welle, Spiegel Online). Einen genauen Überblick über relevante Aktivitäten und Papiere bietet die Projektwebseite <http://tacticalnuclearweapons.ifsh.de>. Dort finden sich auch die ersten beiden Ausgaben des neuen Newsletter „TacNukes News“, der elektronisch an mehrere Hundert Experten und Entscheidungsträger in NATO-Staaten und in Russland verschickt wird.

IFAR-10-F-02 Neue Wege der nuklearen Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Anne Finger, Oliver Meier, Götz Neuneck, Ulrich Kühn, Kooperation mit Pugwash-Konferenzen

Michael Brzoska, Oliver Meier und Götz Neuneck legten ein Sieben-Punkte-Programm zur Lösung des Iran-Konflikts vor. Im Rahmen der Pugwash Conferences on Science and World Affairs wurden Bemühungen, eine diplomatische Lösung für den Atomstreit mit dem Iran zu finden fortgeführt (siehe auch Projekt IFAR-08-B-02). Oliver Meier hat für das EU Non-Proliferation Konsortium außerdem ein Non-Proliferation Paper zur Rolle der EU im Iran-Konflikt geschrieben, das Anfang 2013 erscheinen wird. Ulrich Kühn hat einen Aufsatz und ein Briefing-Paper zu den Aussichten einer Massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren Osten verfasst. Götz Neuneck (Vortrag) und Anne Finger nahmen an der ersten Konferenz des Non-Proliferation Consortium der Europäischen Union in Brüssel teil. Anne Finger erarbeitet ein Konzept für ein Dissertationsprojekt. Oliver Meier veröffentlichte einen referierten Aufsatz zu den europäischen Anstrengungen bei der Kon-

trolle von Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungstechnologien. An Helmut-Schmidt-Universität und der TU Dortmund hielten IFAR-Mitarbeiter Vorträge zum dem iranischen Nuklearprogramm.

Die Frage nach den Auswirkungen militärischer Asymmetrien zwischen NATO und Russland auf die europäische Sicherheit und insbesondere auf den Fortgang der Abrüstung standen im Zentrum der von IFAR und CORE gemeinsam im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) 2011 veröffentlichten Studie „Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa“. Oliver Meier, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner veröffentlichten im Hinblick auf den Chicago-Gipfel der NATO eine zusammenfassende Analyse.

Ulrich Kühn nahm an der Wilton-Park-Konferenz zum Thema „Konventionelle Rüstungskontrolle und das euro-atlantische Sicherheitsumfeld“ teil. Auf Einladung der Abteilungsleiterin für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit im US-State Department, Rose Gottemoeller, beteiligte er sich dabei an den Diskussionen zum allgemeinen Zustand konventioneller Rüstungskontrolle und zu den Implikationen sub-regionaler Konflikte.

IFAR-09-F-01 Globalizing Zero: Bedingungen und Probleme einer nuklearwaffenfreien Welt

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Oliver Meier, Götz Neuneck, Ulrich Kühn, Malte Götsche, Anne Finger, Katarzyna Kubiak

IFAR setzte die Forschung über die Erreichbarkeit und die Rahmenbedingungen einer nuklearwaffenfreien Welt im Berichtszeitraum – auch im Zusammenhang mit den Projekten zur Abschreckung und Abrüstung taktischer Nuklearwaffen (siehe IFAR-10-F-01) und zur Nichtweiterverbreitung (IFAR-10-F-02) – fort. Einen Überblick über die europäische Diskussion gibt ein referierter Aufsatz von Anne Finger: „Europe und Global Zero“. Ulrich Kühn und Götz Neuneck erarbeiteten einen Antrag „Challenges to Deep Cuts“. Im Rahmen des Projekts soll eine trilaterale Studien-Gruppe aus amerikanischen, russischen und deutschen Experten zur Analyse von umfassenden Reduktionen bei strategischen und konventionellen Streitkräften etabliert werden. Die Behörde für Wissenschaft und Forschung hat ein Vorbereitungsprojekt bewilligt, sodass die Arbeit bereits im Dezember 2012 begonnen werden konnte. Für die nächste Projektphase werden Mittel beim Auswärtigen Amt eingeworben.



IFAR und das ZNF arbeiten im Bereich Abrüstungsverifikation zusammen. Ziel der Forschung ist es, technische Systeme mit Relevanz für die Verifikation nuklearer Abrüstung zu untersuchen sowie entsprechende Methodologien zu erarbeiten. Im Gegensatz zu den bisherigen bilateralen Verträgen zwischen den USA und Russland sollen Verifikationssysteme entwickelt werden, an denen auch Inspektoren aus Nichtkernwaffenstaaten beteiligt sind. Insbesondere gilt es, einerseits Geheimhaltung bei der Zerstörung von Nuklearwaffen zu wahren, andererseits sicher zu sein, dass ein Nuklearsprengkopf tatsächlich zerstört wurde. Die physikalische Komponente der Forschung, die im Rahmen zweier Promotionen (Malte Götsche und Frederik Postelt) sowie einer Diplomarbeit (Martin Weil) bearbeitet wird, beschäftigt sich mit der Authentifizierung, also Echtheitsbestimmung, von Kernwaffen. Wird eine Waffe abgerüstet, so müssen Inspektoren darauf vertrauen können, dass es sich bei dem deklarierten Objekt tatsächlich um eine Waffe handelt. Mögliche Messmethoden sind hier Gammaspektroskopie zur Bestimmung des Isotopenvektors sowie Neutronenmultiplizitätsmessungen zur Bestimmung der spaltbaren Masse. In Kooperation mit dem Joint Research Centre in Ispra, Italien, werden Gamma- und Neutronenmessungen an Plutonium durchgeführt, um dadurch Ergebnisse zu erhalten, auf die dann unter Zuhilfenahme von Monte-Carlo-Simulationen eine Informationsbarriere entwickelt werden kann. Martin Weil konnte eine einwöchige Messkampagne durchführen, die die Basis seiner Diplomarbeit darstellt. Um diese Arbeiten national und international zu diskutieren, wurde 2012 das Netzwerk nukleare Abrüstungsverifikati-



on gegründet. Neben den Mitgliedern des ZNF und Götz Neuneck, sind Wissenschaftler der TU Darmstadt, des Forschungszentrums Jülich und des Fraunhofer INT beteiligt. Malte Götsche referierte zu dem Thema auf der Frühjahrstagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, dem Annual Meeting der European Safeguards Research and Development Association (ESARDA), einem Seminar des King's College an der Universität Oslo und der Princeton University. Götz Neuneck hielt dazu einen Vortrag am DESY. Malte Götsche nahm zudem an mehreren Workshops und Treffen in Washington D.C. teil. Zum einen ist er Mitglied im Verification Pilot Project der Nuclear Threat Initiative, zum anderen gab es zwei Treffen der Novel Approaches / Novel Technologies ESARDA Working Group, die sich derzeit auch mit relevanten Technologien für Abrüstungsverifikation beschäftigt.

IFAR-08-F-01: Zwischen Kontrolle und Kooperation: Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Oliver Meier, Götz Neuneck, Kooperation mit der Arms Control Association

Hintergrund des Projekts ist die zunehmende Diffusion proliferationsrelevanter Technologien durch Globalisierung und sekundäre Proliferation sowie die Verschärfung von Kontrollregeln durch Technologiehalter, besonders in der Folge der gestiegenen Bedrohungswahrnehmung durch terroristische Anschläge mit atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungsmitteln. Das Projekt konnte am 16. und 17. Juni in der Landesvertretung Hamburg in Berlin mit einem Seminar abgeschlossen werden. Auf dem internationalen Workshop diskutierten 30 Experten aus Wissenschaft und Politik wie internationale Technologietransfers so gestaltet werden können, dass die Gefahr der Verbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen begrenzt und zugleich die friedliche Nutzung dieser Technologien gefördert werden kann. Viele der Beiträge werden in einem von Oliver Meier herausgegebenen Sammelband veröffentlicht, der im Frühjahr 2013 in der Global Security Study Series von Routledge erscheinen wird. Der Band zeigt auf, dass die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Kontrolle von doppelt verwendbaren Technologien zugenommen hat. Die Gegensätze zwischen Ländern des Nordens und dem globalen Süden über die Frage, wie das Verhältnis von Kooperation und Kontrolle ausgestaltet werden sollte, sind nach wie vor groß. Das Projekt hat gezeigt, dass viele Entwicklungsländer immer noch befürchten, dass Nichtverbreitungsbemühungen als Vorwand genutzt werden, ihnen den ungehinderten Zugang zu Schlüsseltechnologien zu verwehren. Unterhalb dieser politischen Ebene zeigen sich jedoch erfolgversprechende Ansätze der Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von „Dual use“-Technologien. Es wird darauf ankommen, diese Ansätze so zu stärken, dass sie die Legitimität von Nichtverbreitungsregimen vergrößern und damit Spielräume für effektivere Kontrollen schaffen. Dabei kommt den Schwellenländern eine wichtige Rolle zu, weil sie politisch eine Mittlerrolle zwischen Nord und Süd spielen können. Ergebnisse des Projekts flossen auch in einen Vortrag ein, den Oliver Meier zusammen mit Martin Kahl auf einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung durchgeführten Workshop zur Dual-use Problematik in der Sicherheitsforschung hielt.



Götz Neuneck, Ted Postol und General a.D. Kuznesin bei dem Besuch des lange geheimen ABM-Radars in Pushkino bei Moskau

IFAR-08-F-03: Klimawandel und Sicherheit (CLISAP C-3)

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Christian Alwardt, Martin Kalinowski, Götz Neuneck, Jürgen Scheffran, Denise Völker, Kooperation mit anderen CLISAP-Partnern



Die Forschungsarbeit am IFSH im Themenfeld Klimawandel und Sicherheit erfolgte 2012 im Rahmen der C-3-Gruppe des CLISAP-Exzellenzclusters der Universität Hamburg. Der erste Schwerpunkt bearbeitet die Identifikation des Klimawandels als Sicherheitsproblem. Im Rahmen des CLISAP-Exzellenzclusters wurde eine Reihe von größeren Vorhaben zu Ende gebracht. Hierzu zählte vor allem die Herausgabe eines Sammelbandes zur aktuellen internationalen Forschung zu Klimawandel, menschlicher Sicherheit und gesellschaftlicher Stabilität. Außerdem wurde ein Übersichtsartikel zu Stand der Forschung zu Klimawandel und bewaffneten Konflikten erstellt. Eine Kurzfassung erschien in der Zeitschrift „Science“, eine längere Fassung in der Zeitschrift *Review of European Studies*. Diese Aktivitäten erfolgten in Kooperation mit der Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit (CLISEC) unter Leitung von Prof. Jürgen Scheffran. Schließlich wurde eine Schwerpunkt-Ausgabe der Zeitschrift *Sicherheit und Frieden* zum Themenfeld Geoengineering erarbeitet, die im Dezember 2012 veröffentlicht wurde. Mit der im Juni 2012 erfolgten Bewilligung der Fortsetzung des CLISAP-Exzellenzclusters konnten neue Aktivitäten geplant werden. Diese sollen, wiederum in Kooperation mit Kolleginnen und Kollegen der Universität Hamburg einen regionalen Schwerpunkt im nördlichen Afrika haben. Zudem wurde im Rahmen des Schwerpunktprogrammes der DFG zu Geoengineering ein Antrag für ein Projekt gestellt, das sich mit potenziellen Auswirkungen ausgewählter Methoden des Geoengineerings auf Frieden und Sicherheit beschäftigen soll.



P. Quiles, L. Kuleza, A. Finger und B. Tertrais bei der IFSH-Tagung in Paris (v.l.n.r.)

Im zweiten Schwerpunktbereich, der Identifizierung von „hot spots“, in denen Klimaveränderungen und Anfälligkeit für Gewaltkonflikte zusammentreffen, setzte Denise Völker ihre Forschungen zur Untersuchung der Auswirkungen von Waldschutzmaßnahmen auf Konfliktstrukturen im Amazonas im Rahmen eines längeren Forschungsaufenthalts fort. Christian Alwardt erarbeite weitere Elemente für ein Modell für die Wasserführung in Flüssen als Grundlage für die Abschätzung potenzieller zukünftiger Wasserkonflikte und veröffentlichte ein Grundlagenpapier zur Thematik „Wasser als Ressource“.

IFAR-11-F-01 Raketenabwehr und Prompt Global Strike – Konsequenzen für Europa

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Götz Neuneck, Christian Alwardt, Hans-Christian Gils

Die Debatte um die Raketenabwehr der NATO belastet die internationale und europäische Sicherheits- und Abrüstungsdebatte. Im Rahmen einer Studie für die Hamburger Akademie der Wissenschaften wurden die Technologien, Programme und die Konsequenzen für Europa vor dem Hintergrund des NATO-Beschlusses zur Schaffung einer territorialen Raketenabwehr untersucht und im Rahmen des Akademietages der Union der Akademien der Wissenschaften vorgestellt. Die mögliche Architektur und die Pläne für NATO-BMD und ihre Funktionsweisen wurden genauer analysiert. Kriterien sind neben der technischen Machbarkeit und der voraussichtlichen Architektur die geplante Zusammenarbeit mit Russland, die Reaktionen der CEE-Staaten und die rüstungspolitische Wirkung. Neue Programme wie die Möglichkeiten von Prompt Global Strike und die Einbeziehung des Weltraums werden ebenfalls mit berücksichtigt. Die Studie, die im November 2011 abgeschlossen wurde, wird zurzeit aktualisiert und soll in der Reihe der Hamburger Akademie veröffentlicht werden. Im Rahmen einer Masterarbeit wurden die aktuellen vielfältigen Ereignisse und Entwicklungen des Jahres 2012 aufgearbeitet. IFAR-Mitglieder nahmen an der von der russischen Regierung im Mai organisierten Konferenz: „Missile Defense Factor in Establishing New Security Environment“ in Moskau teil, an der ca. 50 Regierungsdelegationen teilnahmen. Weitere Konferenzen zur Raketenabwehrproblematik fanden in Wien, Newport (Rhode Island) und Warschau statt. Götz Neuneck nahm an dem Expertenworkshop der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem sog.



Sicherheitsthemem, in Warschau teil und trug die IFAR-Ergebnisse zur Raketenabwehr dort vor. Er war auch einer der Autoren, die in einem Meinungsartikel in der New York Times die erarbeiteten Vorschläge zur möglichen Kooperation mit Russland vorstellten.

IFAR-11-F-02 Cyberattacks – eine neue Bedrohung für die internationale Sicherheit?

Bearbeiterinnen/Bearbeiter, Götz Neuneck, Kerstin Pertermann, Thomas Reinhold

International wie national wird eine Debatte geführt, die die vielfältigen Bedrohungen des Cyberspace analysiert und geeignete Maßnahmen vorschlägt. Die Diskussion ist komplex, da sie unterschiedliche Themenfelder wie die Netzpolitik, die Verwundbarkeit kritischer Infrastrukturen und die mögliche Militarisierung des Internet vereint. Ziel des Projekts ist es, einerseits das technische Grundverständnis der heutigen Debatte um Cyber Security zu steigern und andererseits auszuloten, welche vertrauensbildenden Maßnahmen im Cyberspace möglich sind. Im Detail wird analysiert, wie die Staaten sowie wichtige internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die NATO und die OSZE sich vor dem Hintergrund der vielschichtigen Debatte um Cyber Security verhalten. Die Debatten in den USA, aber auch in Russland, der EU und China werden genauer untersucht. Die vorgeschlagenen Reaktionen, Gegenmaßnahmen und Konventionen sollen zusammengestellt und analysiert werden. Wichtige Forschungsfragen sind: Wie werden Cyber Security, Cyber Space und Cyber Weapons definiert? Welche politischen und technischen Bedrohungen werden international diskutiert? Welche Möglichkeiten der Vertrauensbildung und Einhegung von Cyber-Operationen existieren?

Im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts „Cyber Warfare: Legal Frameworks and Constraints and Perspectives for Transparency and Confidence Building“, das gemeinsam mit UNIDIR, dem Forschungsinstitut der Vereinten Nationen in Genf, durchgeführt wird, wurde der international beachtete Konferenzbericht „Challenges in Cyber Security – Risks, Strategies, and Confidence-Building“ veröffentlicht. Das Anschlussprojekt umfasst die Erstellung zweier Studien für das erstmals 2013 erscheinende UNIDIR Jahrbuch „Cyber Security Index“. Die erste Studie analysiert die Aktivitäten und Wirkung internationaler und regionaler Organisationen im Bereich Cyber Security“; das zweite Papier diskutiert Geschichte, Konzept und die Anwendung von vertrauensbildenden Maßnahmen auf den Cyberspace. Erste Ergebnisse wurden im November auf einer UNIDIR-Tagung in Genf im Palais des Nations vorgestellt.

Des Weiteren erschien das Working Paper Nr.18 „Like and Strike“, das die Bedeutung der Neuen Medien im Arabischen Frühling näher untersucht.



Götz Neuneck beim iranischen UN-Botschafter Ali Asghar Soltanaieh im April 2012 in Wien

**IFAR-Projekte 2012**

Signatur	Titel
IFAR-09-F-01	Globalizing Zero: Bedingungen und Probleme einer nuklearwaffenfreien Welt
IFAR-10-F-02	Neue Wege der nuklearen Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle
IFAR-08-F-01	Zwischen Kontrolle und Kooperation: Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen
IFAR-08-F-03	Klimawandel und Sicherheit (CLISAP C-3)
IFAR-10-F-01	Abschreckung, Abrüstung und Taktische Nuklearwaffen in Europa
IFAR-11-F-01	Raketenabwehr und Prompt Global Strike – Konsequenzen für Europa
IFAR-11-F-02	Cyber Attacks - eine neue Bedrohung für die internationale Sicherheit?
IFAR-09-P0/ IFAR-08-P04	Verifikation und Monitoring internationaler Verträge inkl. CTBT
IFAR-09-P-05	Weltraumbewaffnung, Space Surveillance und China
IFAR-10-P-06	Sicherheitsrelevante Technologien: Revolution in Military Affairs
IFAR-08-NF-02	Zeitliche Modellierung regionaler Wasserflussmengen unter dem Gesichtspunkt klimatischer Veränderungen und möglicher Konfliktpotenziale
IFAR-09-N-01	Konfliktfaktor Waldschutz? Analyse von Auswirkungen von Waldschutzmaßnahmen auf Konfliktformationen in ausgewählten Regionen des Amazonasbeckens
IFAR-08-B-02	Pugwash Conference on Science and World Affairs
IFAR-08-B-01	Beratung der Rüstungskontrollabteilung des Auswärtigen Amtes
IFAR-09-B-01	Aktuelle Trends in der Rüstungskontrolle



3.4 Institutsübergreifende Projekte

Größere Forschungsvorhaben

IFSH-08-F-01A New Agenda for European Security Economics (EUSECON)

Das EUSECON-Projekt endete im Februar 2012. Während der letzten Phase des Projektes lag der Fokus auf dem Abschluss einer Reihe von Forschungsvorhaben, in denen Relevanz, Angemessenheit und Effektivität von Maßnahmen zur Vorbeugung und Eindämmung von Terrorismus untersucht wurde. So verglich Rafael Bossong die Counterterrorismus-Politiken wichtiger Mitgliedsstaaten der EU unter der Fragestellung ob sich zumindest teilweise Konvergenz feststellen lasse. Als ein wichtiges Instrument dafür identifizierte er die „Peer-Reviews“ der Mitgliedsstaaten untereinander, die tatsächlich zu einer partiellen Angleichung der Politiken geführt habe. Gleichzeitig führten ihn seine Untersuchungen aber auch zu dem Ergebnis, dass diese „peer reviews“ nur dann Wirkung zu haben scheinen, wenn sie klar fokussiert durchgeführt werden. Die Ergebnisse dieser Forschung wurden in der Zeitschrift *Cooperation and Conflict* veröffentlicht. Eine andere Art von Konvergenz untersuchte Rafael Bossong für das Feld der Terrorismusprävention. Auch hier lässt sich feststellen, dass Mitgliedsstaaten voneinander lernen. Ein zunächst nur marginales Element der Counterterrorismus-Politik wurde zu einem zentralen. Allerdings überwiegt hier das Experimentieren mit verschiedenen Formen der Prävention gegenüber der Übernahme von Modellen aus anderen Staaten. Ein Grund dafür dürfte die Unsicherheit sein, ob bestimmte Programme die gewünschte Wirkung haben. Diese Arbeit ist von der *Cambridge Review of International Affairs* zur Veröffentlichung akzeptiert worden.

Weitere Beiträge im Rahmen des EUSECON-Projektes kamen von Hendrik Hegemann, der in einer theoriegeleiteten Arbeit die Akteurseigenschaften von Institutionen der EU im Feld des Counterterrorismus untersuchte. Nach seinen Ergebnissen sind Institutionen der EU nur selten eigenständige supranationale Akteure, andererseits sind sie aber auch nicht nur Erfüllungsgehilfen der Mitgliedsstaaten. Sie können, unter günstigen Umständen, eigenständige Beiträge zur Politikfindung und -implementierung leisten. Im Vordergrund der empirischen Untersuchungen standen bei Hendrik Hegemann die EU-Kommission einerseits und der Counterterrorismus-Koordinator der EU andererseits.



EUSECON Final Workshop, 6.-7. Februar 2012 in Brüssel

Michael Brzoska führte seine Untersuchungen zu einem besonderen Teilgebiet der Counterterrorismus-Politik zu Ende, der Kontrolle und Beschränkung von Finanztransaktionen. Die in diesem Feld getroffenen Maßnahmen sind Stück um Stück ausgeweitet worden, ohne dass jeweils ihre Effektivität festgestellt worden wäre. Auch hier spielten „Peer reviews“, in diesem Fall der Financial Action Task Force (FATF) eine große Rolle. Im Rahmen der FATF wurden weitgehend ohne gesicherte Erkenntnis über deren Wirksamkeit Regeln für die Mitgliedsstaaten vereinbart. Externe Gutachter konzentrierten sich auf Lücken bei Einhaltung dieser Regeln, nicht auf Fragen von deren Erfolgswirksamkeit. Die Zusammenfassung der Arbeiten in diesem Themengebiet ist zur Veröffentlichung bei der Zeitschrift *Administration and Society* eingereicht.

Abschließend führte Raphael Bossong seine verschiedenen Arbeiten zu Terrorismus und Counterterrorismus in einem Buch zusammen, das im Jahre 2012 bei Routledge erschien. Darin verbindet er frühere zeitgeschichtliche Analysen mit eher polit-ökonomisch ausgerichteten Ansätzen, die im Rahmen des EUSECON-Projektes verfolgt worden waren.



Institutsübergreifende Projekte

Signatur	
IFSH-08-F-01	A New Agenda for European Security Economics (EUSECON) (Projektleitung: Michael Brzoska)
IFSH-07-P-01	Friedensgutachten (Projektleitung: Margaret Johannsen)
IFSH-10-P-01	Die Analyse von Wirkung von Maßnahmen und Institutionen der Internationalen Politik (Projektleitung: Martin Kahl)
IFSH-11-P-01	Russlands „Status-Quo“-Strategien (Projektleitung: Regina Heller und Anna Kreikemeyer)
IFSH-12-P-01	Konzeptioneller Neuanatz europäischer Rüstungskontrolle (Projektleitung: Götz Neuneck und Wolfgang Zellner)
IFSH-08-B-01	Kommission zur Zukunft der Bundeswehr und der Europäischen Sicherheit (Projektleitung: Michael Brzoska)
IFSH-07-B-02	Akademischer Neuaufbau Südosteuropa (Naida Mehmetbegović Dreilich)



Präsentation des Friedensgutachtens 2012 vor der Bundespressekonferenz



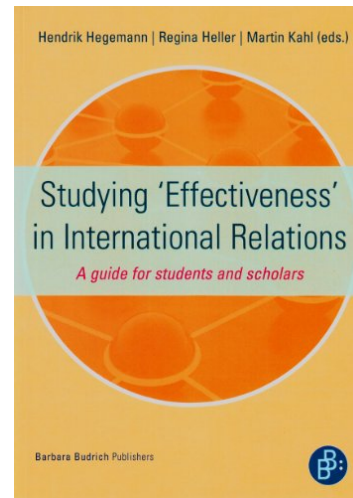
4. Übergreifende Aktivitäten

4.1 Arbeitsgruppe Wirkungsforschung

Die Arbeitsgruppe „Wirkungsforschung“ am IFSH hat im Jahr 2012 ihre Tätigkeit fortgesetzt und sich weiter mit der Frage beschäftigt, wie die Wirkungen von politischem Handeln wissenschaftlich erfasst werden können. Der Zusammenhang zwischen Ursachen und Wirkungen wird in der Forschung mit divergenten Zielsetzungen und mittels sehr unterschiedlicher Methoden und Forschungsdesigns zu erhellen versucht. So wird auf der einen Seite der Blick auf kurzfristige Ursache-Wirkungs-Beziehungen gerichtet, auf der anderen auf eher größere historische Entwicklungsprozesse.

In der Arbeitsgruppe sind Ansätze aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen diskutiert und weiterentwickelt worden. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben zu unterschiedlichen Fragen und Politikbereichen, die für die Wirkungsforschung von Bedeutung sind, eine Reihe von Diskussionspapieren verfasst. Die Ergebnisse der Erörterungen sollen für die eigene Forschung des IFSH nutzbar gemacht werden.

Die Arbeiten an der Publikation eines Buches, das den Forschungsstand in der Wirkungsforschung zusammenfassend darstellt, sind abgeschlossen worden. Der Band „Studying Effectiveness in International Relations“, für den eine Reihe von Autorinnen und Autoren auch außerhalb des IFSH gewonnen werden konnte, ist im Januar 2013 im Verlag Barbara Budrich erschienen.



4.2 Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH

Die im Jahr 1999 gegründete, aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikern und Militärs zusammengesetzte Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ hielt im Berichtszeitraum zwei Arbeitssitzungen ab, wobei eine Sitzung dem Thema der Inneren Führung und die andere der Europäisierung der Sicherheitspolitik gewidmet war. Der langjährige geschäftsführende Vorsitzende, Jürgen Groß, beendete seine Mitarbeit in der Kommission.

2012 waren Mitglieder der Kommission: Prof. Dr. Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor IFSH, Vorsitzender der Kommission; Dr. Jürgen Groß, Geschäftsführender Vorsitzender (bis Juni 2012); Dr. Detlef Bald, vorm. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr; Jörg Barandat, Oberstleutnant i.G., Auswärtiges Amt; Dr. Hans-Georg Ehrhart, IFSH; Dr. Hans-Günter Fröhling, Oberstleutnant a.D., vorm. Zentrum Innere Führung; Dr. Sabine Jaberg, Führungsakademie der Bundeswehr; Lars Klingbeil, Mitglied des Deutschen Bundestages; Agnieszka Malczak, Mitglied des Deutschen Bundestages; Prof. Dr. Berthold Meyer, Universität Marburg; Burkhardt Müller-Sönksen, Mitglied des Deutschen Bundestages; Dr. Reinhard Mutz, vorm. kommiss. Wissenschaftlicher Direktor IFSH; Winfried Nachtwei, Beirat Innere Führung; Dr. Bernhard Rinke, Universität Osnabrück; Jürgen Rose, Oberstleutnant a.D., Arbeitskreis Darmstädter Signal; Paul Schäfer, Mitglied des Deutschen Bundestages; Prof. Dr. Michael Staack, Universität der Bundeswehr Hamburg.

4.3 Forschungsgruppe DemoS am IFSH

Von der externen Forschungsgruppe „Demokratisierung von Streitkräften (DemoS)“, die seit ihrer Gründung im Jahr 2006 ein traditionelles Themengebiet des IFSH, die „Innere Führung“ der Bundeswehr, bearbeitet, erschien im Berichtszeitraum die Publikation „Detlef Bald/Hans-Günter Fröhling/Jürgen Groß/Berthold Meyer/Claus von Rosen (Hrsg.), Wie Bundeswehr, Politik und Gesellschaft mit posttraumatischen Belastungsstörungen bei Soldaten umgehen, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 159, Hamburg 2012.“



Mitglieder der Forschungsgruppe sind: Dr. Detlef Bald (vorm. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr), Oberstleutnant a.D. Dr. Hans-Günter Fröhling (vorm. Zentrum Innere Führung), Dr. Jürgen Groß, Prof. Dr. Berthold Meyer (Universität Marburg), Oberstleutnant a.D. Prof. Dr. Claus von Rosen (Baudissin-Dokumentationszentrum Führungsakademie der Bundeswehr).

4.4 Ausgewählte Veranstaltungen, Tagungen und Besucher

Am **6. und 7. Februar 2012** fand in Brüssel ein abschließendes Treffen der Projektpartner des EUSECON-Projekts (*A New Agenda for European Security Economics*) statt, bei dem der Europäischen Kommission und anderen europäischen politischen Entscheidungsträgern die Projektergebnisse präsentiert wurden. Das Treffen wurde vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin als Projektleiter sowie dem Centre for European Policy Studies (CEPS) als Partner vor Ort organisiert. Das IFSH war als einer von 14 Projektpartnern in Brüssel durch Michael Brzoska, Raphael Bossong, Eric van Um und Hendrik Hegemann vertreten.

Am **5. und 6. März** war das IFSH Mitorganisator der Tagung „Die künftige Abschreckungsfähigkeit der NATO: Was können Nuklearwaffen beitragen?“ am Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS) in Paris

Am **12. März 2012** fand die vom IFSH/IFAR mit organisierte Konferenz „Taktische Atomwaffen und der NATO-Russland Dialog“ in Moskau am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) statt.

Am **20. März 2012** fand im Auswärtigen Amt in Berlin der erste Workshop der Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community (IDEAS) statt. IDEAS ist eine gemeinsame Initiative von CORE, der Fondation pour la Recherche Stratégique (Paris), des Polish Institute of International Affairs (PISM), und des Moscow State Institute of International Relations (University) of the Russian Foreign Ministry (MGIMO). Sie hat sich zum Ziel gesetzt, der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft – eine Region, in der Konflikte ohne Krieg oder die Androhung von Krieg gelöst werden – mehr Substanz zu verleihen.

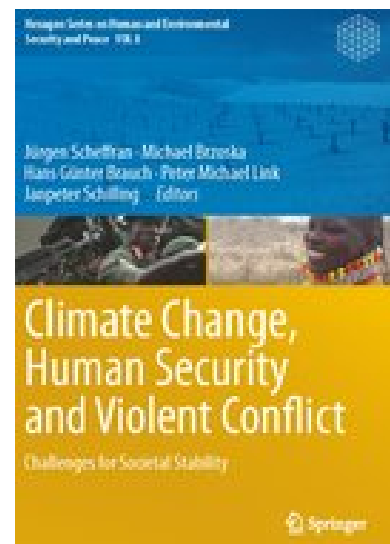
Das IFSH veranstaltete zusammen mit der Bucerius Law School (BLS) vom **19.-20. April 2012** einen Workshop zum Thema „Private Sicherheitsdienstleister zur Abwehr von Gefahren auf Hoher See. Herausforderungen aus praktischer, rechts- und politikwissenschaftlicher Sicht.“

Am **27./28. April 2012** führte das IFSH mit Climate Service Center und KlimaCampus einen Workshop zum Thema „Theorizing Migration and Climate Change“ in Hamburg durch.

Am **21. Juni 2012** besuchte eine DAAD-Studierendengruppe aus Kasachstan im Rahmen einer Bildungsreise das IFSH. Die Studenten der Fakultät für Internationale Beziehungen an der renommierten Al Farabi Universität in Almaty, Kasachstan, wurden von ihrer Professorin Dr. Mara Gubaidullina begleitet. IFSH-Direktor Michael Brzoska begrüßte die Studentengruppe und referierte über die Geschichte des IFSH und die Geschichte der Friedensforschung in Europa.

Das IFSH veranstaltete in Kooperation mit der Handelskammer Hamburg vom **18.-19. Juni 2012** die Abschluss-tagung des PiraT-Projekts „Piraterie und Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit – Ergebnisse und Empfehlungen“. Mitarbeiter der vier Teilprojekte des vom BMBF bis Dezember 2012 geförderten Verbundprojekts präsentierten darin ihre Forschungsergebnisse.

Das Zentrum für OSZE-Forschung am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (CORE/IFSH) führte vom **25. Juni bis 1. Juli** in Astana, Kasachstan, eine





Sommerschule zur Auswirkung der Afghanistankrise auf die zentralasiatischen Staaten sowie deren Afghanistanpolitiken durch.

Am **6.-7. September 2012** fand in Helsinki der gemeinsam von IFSH und der Universität Tampere organisierte Workshop „Russia's Emotional Status Policies“ statt.

Am **11. und 12. September 2012** fand der erste Workshop des EU-finanzierten Projekts ANVIL (Analysis of Civil Security Systems in Europe) an der School of Governance der Universität Utrecht statt. Das IFSH wurde von Raphael Bossong und Hendrik Hege-
mann vertreten.

Am **27. und 28. September** veranstaltete das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien am IFSH mit finanzieller Unterstützung der Fritz-Thyssen-Stiftung einen internationalen Workshop zum Thema „Putting EU Security Governance to the Test: Conceptual, Empirical and Normative Challenges“.



Universitätsvizepräsidentin Rosemarie Mielke, Michael Brzoska, Senatorin Dorothee Stapelfeldt, Bundesministerin a.D. Edelgard Bulmahn und Götz Neuneck beim Festakt zur Verleihung der MPS-Urkunden im Oktober 2012 (v.l.n.r.)

Am **9. Oktober 2012** fand der Festakt zur Verabschiedung des 10. Masterstudiengangs „Peace and Security Studies“ und die Begrüßung des neuen Jahrgangs in der Universität Hamburg statt. Festrednerin war die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn, die zum Thema „Friedensförderung und Konflikttransformation – Notwendigkeiten eines stärkeren deutschen Engagements“ sprach.

Am **23. Oktober 2012** haben CORE/IFSH und die FRS, das PISM und das MGIMO gemeinsam den IDEAS-Bericht “Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community. From Vision to Reality” im Wiener OSZE-Hauptquartier vorgestellt. Der irische amtierende OSZE-Vorsitz hatte hierfür speziell zu einem informellen Botschaftertreffen in die Hofburg eingeladen.

Am **24. und 25. Oktober 2012** fand am IFSH der 5. Workshop des TERAS-INDEX Konsortiums statt, auf dem erste empirische Ergebnisse der Projektpartner und aktuelle Entwicklungen zu islamistischen und jihadistischen Radikalisierungsprozessen mit Deutschlandbezug diskutiert wurden.

Am **7. und 8. November** fand am IFSH zusammen mit der AFK ein Workshop zu Masterstudiengängen Friedens- Und Konfliktforschung statt.

4.5 Forschungskolloquium 2012

Das IFSH veranstaltet regelmäßig Forschungskolloquien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die M.P.S.-Studierenden und ausgewählte Gäste. Regina Heller war 2012 für Leitung und Organisation der Forschungskolloquien verantwortlich.

- Paul Zajac, Erster Sekretär der französischen Botschaft, Berlin, Die Zukunft der nuklearen Abschreckung aus französischer Sicht, 11.1.2012.
- Alexander Redlich, Universität Hamburg, Die Moderation von Dialogworkshops mit kooperationswilligen Angehörigen verfeindeter Gruppen, 18.1.2012.
- Christoph Pinkert, Studierender M.P.S., Religionswissenschaft – was ist das? Praktische Beiträge einer Randdisziplin zur Friedensforschung, 25.1.2012.
- Uri Zilbersheid, Gastwissenschaftler am GIGA, Israel und der Nahost-Konflikt, 15.2.2012.
- Wolfgang Zellner, IFSH/CORE, IDEAS – The Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community, 22.2.2012.
- Nils Zurawski/Gerrit Herlyn, Universität Hamburg, Sicherheitsmaßnahmen am Flughafen – kulturwissenschaftliche Perspektiven und ethnographische Erhebungen, 29.2.2012.
- Christian Wipperfürth, Freier Autor, Berlin, Zur aktuellen Lage in Russland, 14.3.2012.
- Hajo Gießmann, Berghof Foundation Berlin, From Combattants to Peacebuilders. A case for inclusive, participatory and holistic security transitions, 28.3.2012.



- Lars Fischer, Universität Siegen, Waffen der Cyberkrieger – Informationstechnologie als Werkzeug im Konflikt, 11.4.2012.
- Luis Lobo Guerero, Keele University, Insuring War: Sovereignty, Security and Risk, 2.5.2012.
- Sebastian Meyer, Contested Neighborhood, Contrasting Practices: Russia, the EU and Regional Security Dynamics in their 'Near Abroad', 9.5.2012.
- Isabelle Maras, Doktorandin IFSH, A comparative evaluation of police missions in the Common Security and Defence Policy (CSDP) (Bosnia-Herzegovina and the DR Congo). Is there a European Union strategy for CSDP police intervention in the making?, 23.5.2012.
- Holger Beutel, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Nonproliferation – Rüstungskontrolle – Terrorismusbekämpfung – Menschenrechte 30.5.2012.
- Azamat Temirkulov, American University of Central Asia, The role of traditional institutions in local conflicts. The example of the Kyrgyz Republic, 6.6.2012.
- Sabine Jaberg, Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg, Sicherheitslogik, 13.6.2012.
- Klaus Schlichte, Universität Bremen, Der Hamburger Ansatz im Spiegel gegenwärtiger Konflikttheorie, 20.6.2012.
- Cornelius Friesendorf, Universität Frankfurt, Flexible Sicherheitskräfte für Auslandseinsätze, 3.7.2012.
- Martin Binder, Wissenschaftszentrum Berlin, Aktuelle Probleme und Entwicklungen der Weltordnung, 1.8.2012.
- Nargiza Abdulajewa, Doktorandin HU Berlin, Tertiary student migration from Central Asia to Germany: Brain Drain or Brain Circulation?, 12.9.2012.
- Andreas Herberg-Rothe, Hochschule Fulda, Weltordnungskonflikte im 21. Jahrhundert, 17.10.2012.
- Ibrahim Can Sezgin, Doktorand, Universität Tübingen, Gewalteskalation auf Grund grenzüberschreitender ethnischer Kooperationen: Eine neue Perspektive zu Dynamiken andauernder innerstaatlicher Konflikte, 24.10.2012.
- Michael Fischer, Universität Hamburg, Technische Prävention von Low-cost-Terrorismus, 31.10.2012.
- Irina Dettmann, Heinrich-Böll-Stiftung Moskau, Russlands Rolle in der G20, 7.11.2012.
- Simon Koschut, Universität Erlangen-Nürnberg, Emotional Security Communities, 21.11.2012.
- Christina Schuess, Uni Lübeck, Frieden und Zeit, 28.11.2012.

4.6 Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 2012 (Auswahl)

Christian Alwardt

- Klimatische Veränderungen und regionale Wasserhaushalte: Die szenarienbasierte Simulation von Flusseinzugsgebieten, Jahrestagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, TU Berlin, 26. bis 30. März 2012.
- Klimatische Veränderungen und regionale Wasserhaushalte: Die szenarienbasierte Simulation von Flusseinzugsgebieten, FONAS Herbsttagung, Osnabrück, 26. bis 28. September 2012.

Michael Brzoska

- Counterterrorism Financing, San Diego, USA, 30.3.2012.
- Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 26.11.2012
- Klimawandel und Ressourcen, Europa-Union, Geomar, Kiel, 9.11.2012

Hans-Georg Ehrhart

- Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit: Handlungsoption aus politikwissenschaftlicher Sicht, Abschlusskonferenz des interdisziplinären Projekts PiraT in der Handelskammer Hamburg am 19.6.2012.
- Security Development Nexus: A Challenge for International Security Governance, International Summer School, Eurasian National University, Astana, Kasachstan, 26.6.2012.
- Combatting piracy off the coast of Somalia: Can the EU approach work? Vortrag auf dem internationalen Workshop „Putting Security Governance to the Test. Conceptual, empirical, and normative challenges“, Hamburg, 27./28.9.2012.

Frank Evers

- Key features and commitments of the OSCE, Diplomatic Academy of Armenia, 19./20.12.2012.
- The OSCE Corfu Process“, Diplomatic Academy of Armenia, 19./20.12.2012.
- The outcome of 2011 OSCE Astana Summit and discussions over the vision of a Euro-Atlantic and Eurasian security community, Diplomatic Academy of Armenia, 19./20.12.2012.

Anne Finger

- Confidence and security building measures: possible next steps, IFSH/BASIC/ACA/IFRI Roundtable: NATO's future deterrence posture: What can nuclear weapons contribute? Paris, 5.-6.3.2012.
- Prospects for Arms Control in Europe: How to Deal with NATO-Russia Nuclear and Conventional Disparities, ISYP-Konferenz: Jeune Pugwash France, Paris, 13. 3.2012.
- Der Iran als Fallbeispiel der Rüstungskontrolle, AIK-Summerschool „Konflikte und Konfliktlösung in der internationalen Politik“, Berlin/ Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, 2.-14.9.2012.

*Regina Heller*

- Claiming respect – the socio-emotional dimension of Russia's policy towards the West. Insights from the 1999 Kosovo case. International Studies Association (ISA) Convention, San Diego, USA, 3.4.2012.
- A 'coalition' of norm-challengers? Comparing official counter-terror argumentation in the US, the EU and Russia. International Studies Association (ISA) Convention, San Diego, USA, 1.4.2012..

Margret Johannsen

- Der Nahostkonflikt: eine unendliche Geschichte, Führungsakademie der Bundeswehr, 24.1.2012.
- Ungelöste Probleme im Nahen Osten, Lions Club Hamburg, 16.8.2012.
- 25 Jahre INF-Vertrag, BITS Berlin, 2.11.2012.



Anna Kreikemeyer (Mitte) mit Teilnehmerinnen der Sommerschule in Astana

Martin Kahl

- Dual-use-Aspekte in der zivilen Sicherheitsforschung, BMBF Fachworkshop „Dual-use, Vertraulichkeit, Geheimnis. Grenzen der offenen Wissenschaft in der Sicherheitsforschung?“, Patriotische Gesellschaft Hamburg, 23.11.2012 (mit Oliver Meier).
- Towards Security Governance as a Critical Tool: A Conceptual Outline, Workshop “Putting EU Security Governance to the Test: Conceptual, Empirical and Normative Challenges”, IFSH Hamburg, 27.-28.9.2012 (mit Hendrik Hege-
mann).
- Strategische Partnerschaften der EU, Workshop „Auf dem Weg in eine multipolare Welt – Implikationen für das transatlantische Verhältnis: Driften Europa und die USA auseinander?“, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin, 27.2.2012.

Anna Kreikemeyer

- Power and Security in Eurasian Regional Organizations: The Example of the CSTO; CORE-DAAD Sommerschule “Afghanistan and Central Asia – neighborhood in times of change”, Astana, Kasachstan, 25.6-1.7.2012.
- OSZE-Feldmissionen und Institutionen im OSZE-Sekretariat, CORE Training zum OSZE-Vorsitz für Beamte des ukrainischen Außenministeriums, Diplomatische Akademie Kiew, 6.-8. 11.2012.

Elena Kropatcheva

- New Challenges and Opportunities in NATO-Russia Relations in the Context of the Chinese Factor – an Ignored Variable, BISA Working Group on Russian and Eurasian Security Meeting “Where the Regional meets the Global: Changing patterns of cooperation between 'the West', Russia and Eurasia in the context of 'emerging powers'”, Edinburgh, UK, 6/2012.
- Values versus Interests in EU policies towards Ukraine: a Case of Double Standards?, ECPR workshop “The Politics of Double-Standard? Revisiting the EU's Engagement with Authoritarian Regimes”, Antwerpen, Belgien, 4/2012.
- Russia has elected – analyses of the presidential election results, Friedrich-Ebert-Stiftung, Magdeburg, 3/2012.

Ulrich Kühn

- The Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community (IDEAS): Report Findings, Konferenz “The OSCE Astana Declaration: Towards a Security Community”, OSCE Centre in Astana and the Kazakhstan Institute for Strategic Studies under the President of Kazakhstan (KISI), Almaty, 23.10.2012.
- Political-Military Relations between the West and Russia, Opening Workshop of the Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community (IDEAS) – Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community, Berlin, 20.3.2012.

Oliver Meier

- Die Modernisierung von US-Atomwaffen in Europe – Auswirkungen auf die deutsche und europäische Sicherheit, Stellungnahme vor dem Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, Deutscher Bundestag, Berlin, 27.6.2012.

Götz Neuneck

- European Perspectives on Ballistic Missile Defense, Workshop: “Ballistic Missile Defense: Post-Chicago Summit, Pre elections”, US Naval War College, Newport, Rhode Island, 13.8.2012.
- Confidence Building Measures: Application to the Cyber Domain, Cyber Security Conference 2012: “The Role of Confidence Building in Assuring Cyber Stability”, United Nations Institute for Disarmament Studies, Palais des Nations, Genf, 8.11.2012.
- Tactical nuclear weapons: Problems of reduction and withdrawal from Europe. Workshop “Contemporary Problems of Disarmament and Non-proliferation of Nuclear Weapons”, VIth Russian Congress of Political Science, Moskau, 23.11.2012.



Kerstin Petretto

- Herausforderung für die Seehandelssicherheit? Einführende Bestandsaufnahme der Bedrohungslage – Piraterie. Abschlussstagung des PiraT Projekts, Piraterie und Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit - Ergebnisse und Empfehlungen, Hamburg, 18.6.2012.
- The EU's Approach to Somalia-Counter-Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, Europäisches Parlament, Brüssel, 21.2.2012.
- Private Sicherheitsdienste und Security Governance, PiraT Workshop Private Sicherheitsdienstleister zur Abwehr von Gefahren auf Hoher See: Herausforderungen aus praktischer, rechts- und politikwissenschaftlicher Sicht, Hamburg, 20.4.2012.

Daniela Pisoio

- Radicalising and Communicating Islamism and Right-Wing Extremism, ISA (International Studies Association) Annual Convention, San Diego, USA, 1.-4.4.2012.

Sybillie Reinke de Buitrago

- Is there a Nexus between Democracy and Violence? An Exploration of Violent Incidents in Democratic Procedures. (mit Ko-Autor) Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises „Demokratieforschung“, Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg, 19.-20.4.2012.
- Cross-Border Othering in the GDR and FRG: An Empirical Analysis of Personal Relations in the Context of Nationally-Promoted Othering. Internationale Tagung des Deutschen Historischen Instituts Warschau, European Network Remembrance and Solidarity, Institut für Politikwissenschaft der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Chair for Central and Eastern European Studies der TU Chemnitz, Warschau, 15.-17.11.2012.

Sebastian Schiek

- Post-Soviet states in Central Asia and Max Weber’s sociology of domination, Berlin Graduate School of Transnational Studies /FU Berlin, Summerschool, Bishkek, Kirgisistan, 5.-11.7.2012.
- „Applying Pierre Bourdieu’s Habitus concept to post-Soviet change“, Berlin Graduate School of Transnational Studies /FU Berlin, Summerschool, Bishkek, Kirgisistan, 5.-11.7.2012.

Johann Schmid

- Zur Bedeutung und Relevanz der Clausewitzschen Theorie ‚Vom Kriege‘ für die aktuelle Friedens- und Sicherheitspolitik. Möckern / Burg bei Magdeburg, 24.2.2012.
- Strategische Dynamiken im asiatisch-pazifischen Jahrhundert. Landeskommmando Hamburg, Hamburg, 18.4.2012.
- Clausewitz: Den Krieg verstehen – für Sicherheit und Frieden. Zur sicherheits- und friedenspolitischen Relevanz einer Theorie des Krieges im 21. J.H. und den Implikationen einer wissenschaftlichen Nichtbefassung. Sicherheitspolitische Kurzvorträge, Dez SiPol/MilStrat, Berlin, 27.4.2012.

Patricia Schneider

- Herausforderung für die Seehandelssicherheit? Einführende Bestandsaufnahme der Bedrohungslage – Maritimer Terrorismus. Abschlussstagung des PiraT Projekts, Piraterie und Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit – Ergebnisse und Empfehlungen, Hamburg, 18.6.2012.
- Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit, BMBF-Innovationsforum "Zivile Sicherheit", Berlin, 23.4.2012.
- Maritime Security Governance: A German Perspective. International Studies Association (ISA) Annual Convention, San Diego, USA, 4.4.2012.

Matenia Sirseldudi

- Ursachen des Terrorismus, Führungsakademie der Bundeswehr, 17.9.2012.
- Terrorism and Radicalisation – Indicators for External Impact Factors, Potsdamer Konferenz für Gesellschaft und Sicherheit, Universität Potsdam, 26.4.2012.
- Jihadistische Radikalisierungsprozesse – ein Werkstattbericht, TERAS-INDEX -Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren, Milestone Meeting, Hamburg, 16./17.2.2012.

Eric van Um

- Why militant groups fight each other: Exploring causes, motives and effects. Konferenz „Terrorism, Peace and Conflict Studies: Investigating the Crossroad“, Universität Kent in Canterbury, 10-11.9.2012.

The image shows a magazine cover titled 'IFSH aktuell 90 CyberSecurity als Aufgabe von Außen- und Sicherheitspolitik?'. Below the title is a photograph of a group of people at a conference. To the right of the photo is a short article in German discussing cyber security, international relations, and the role of the IFSH.

*Wolfgang Zellner*

- Working without Sanctions: Factors contributing to the OSCE High Commissioner on National Minorities' (Relative) Effectiveness, 42. Annual Research Conference, University Association for Contemporary European Studies (UACES), Passau, 3.-5.9.2012.
- Human Dimension Events: How to Exert More Impact on the Human Dimension, OSCE Focus Conference, gemeinsam organisiert von DCAF und dem Schweizer Außenministerium, Genf, 19./20.10.2012.
- Die OSZE als gesamteuropäische Sicherheitsorganisation: Kompetenzen, Missionen und aktuelle politische Lage, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 28.11.2012.

4.7 Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien*Christian Alwardt*

- Vorstandsmitglied, Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS)

Michael Brzoska

- Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Hamburg
- Vorsitzender des Stiftungsrats der Deutschen Stiftung Friedensforschung
- Vorsitzendes des Stiftungsrates der Ludwig-Quidde-Stiftung
- Mitglied im Beirat der Hamburger Stiftung zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts
- Mitglied des Beirats NATO Watch, Brüssel
- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Theologie und Frieden
- Mitglied des Direktoriums des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Universität Hamburg
- Korrespondierendes Mitglied der Fachgruppe Rüstungsexport, Gemeinsame Kommission der Kirchen für Entwicklungspolitik
- Herausgeber der Schriftenreihe „Demokratie, Sicherheit, Frieden“
- Herausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“
- Associate Editor des Journal of Peace Research
- Associate Editor des Economics of Peace and Security Journal

Hans-Georg Ehrhart

- Mitherausgeber der Lehrbuchreihe „Elemente der Politik“, VS-Verlag Wiesbaden (verantwortlich für Internationale Beziehungen)
- Mitglied der Arbeitskreises Europäische Integration
- Mitglied des Cercle Stratégique Franco-Allemand
- Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Mitglied des Arbeitskreises Sicherheitspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Regina Heller

- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Kölner Forums für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik (KFIBS) e.V.
- Redakteurin von „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“
- Mitglied des Koordinierungsausschusses des Nebenfachstudiengangs Osteuropa, Universität Hamburg

Margret Johannsen

- Mitherausgeberin des Friedensgutachtens

Martin Kahl

- Mitglied im Fachdialog Sicherheitsforschung BMBF
- Gutachter für das Sicherheitsforschungsprogramm des BMBF
- Mitglied im Expertenkreis Nationale Kontaktstelle, EU-Forschungsprogramm
- Chefredakteur von „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“

Katarzyna Anna Kubiak

- Vorsitzende – Verein der Freunde, Förderer und ehemaligen Teilnehmer des Studiengangs Master of Peace and Security Studies (M.P.S.) an der Universität Hamburg e.V.

Naida Mehmedbegović Dreilich

- Koordinatorin des Akademischen Netzwerks Südosteuropa

Oliver Meier

- Internationaler Repräsentant und Korrespondent der U.S. Arms Control Association



Götz Neuneck

- Vorstandsrat Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG)
- Sprecher des Arbeitskreises Physik und Abrüstung in der Deutschen Physikalische Gesellschaft (DPG)
- Mitglied des Council und des Executive Committee der „Pugwash Conferences on Science and World Affairs“
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)
- Mitglied des Beirats der IPPNW
- Pugwash-Beauftragter der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)
- Amaldi-Beauftragter der Akademie der Wissenschaften

Patricia Schneider

- Mitherausgeberin von „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“
- THESIS e.V. – Interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte: Geschäftsführerin und stellv. Bundesvorsitzende seit 2011 (www.thesis.de)
- Kassenwartin des Vereins der Freunde, Förderer und ehemaligen Teilnehmer des Studiengangs Master of Peace and Security Studies (M.P.S.) an der Universität Hamburg e.V.

Wolfgang Zellner

- Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift Security and Human Rights
- Mitglied des Beirats der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden
- Mitglied des Expert and Eminent Persons-Gremiums des ASEAN Regional Forums (für die EU).



Studiengangleiter Götz Neuneck beim MPS-Festakt
Im Oktober 2012 in der Universität hamburg



5. Lehre und Nachwuchsförderung

Seit 2002 führt das IFSH mitverantwortlich den Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ der Universität Hamburg durch. Der Studiengang bildet das Zentrum der Nachwuchsförderung des IFSH. Fast alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind in die Lehre und Betreuung im Rahmen des Studiengangs eingebunden. Der Studiengang wurde Anfang 2012 bis zum Jahr 2018 erfolgreich reakkreditiert.

Über den Studiengang hinausgehend unterhält das IFSH ein umfangreiches Förderprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Dabei wird der Frauenförderung besonderer Stellenwert beigemessen. Zu den Bestandteilen des Nachwuchsförderprogramms gehören traditionell die Mitarbeit examinierter Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler an drittmittelgeförderten Forschungs- und Beratungsprojekten, die Einbeziehung studentischer Hilfskräfte in die wissenschaftliche und akademische Arbeit des Instituts sowie die Ausbildung von studentischen Praktikanten und Praktikantinnen. 2012 absolvierten 42 Studierende (davon 18 weiblich, 24 männlich) ein Praktikum am IFSH (auf die Arbeitsbereiche aufgeteilt: ZEUS: 32, CORE: 6, IFAR: 4).

Das IFSH wirkt darüber hinaus mitverantwortlich unter anderem am Europäischen Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig) und am Osteuropastudiengang der Universität Hamburg mit.

Im Berichtszeitraum haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH neben ihren Lehrveranstaltungen (zu den Lehrveranstaltungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts im Einzelnen s. Kap. 5.5 und Statistischer Anhang) zahlreiche Erst- und Zweitgutachten für Master-, Diplom- und Magisterarbeiten verfasst, ferner Prüfungen durchgeführt sowie an Promotionsverfahren teilgenommen. Regina Heller war für Organisation und Durchführung des wöchentlichen Forschungskolloquiums des Instituts verantwortlich. Michael Brzoska leitet das Doktorandenkolloquium.

5.1 Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg

Im Oktober 2012 begann das elfte Akademische Jahr des M.P.S.-Studiengangs mit der Orientierungseinheit und einer Studienreise nach Berlin.

Am 9. Oktober 2012 wurde der zehnte Absolventenjahrgang im Rahmen einer Festveranstaltung in der Universität Hamburg feierlich verabschiedet. 25 Absolventinnen und Absolventen aus vierzehn Ländern (Australien, Bosnien und Herzegowina, China, Dänemark, Indien, Indonesien, Iran, Kroatien, Litauen, Mexiko, Österreich, Serbien, Ungarn und Deutschland) erhielten ihre Masterurkunden: Kristina Beck, Justina Budginaitė, Timothy Conboy, Regina De la Portilla Guevara, Astrid Engl, Yunhe Fan, Negar Ghanbari Solhjoo, Simone Grün, Sunita Hasagić, Thomas Kastning, Timea Kolop, Natalija Miletić, Kitt Plinia Bjerregaard Nielsen, Nathalie Olotu, Marija Peran, Christoph Pinkert, Vanessa Prinz, Kerstin Rother, Patric Salize, Nils Schaede, Tanja Schmidt, Amir Sedghi, Maxine Sundara Segaran, Laura Marie Timm und Dina Zenitha-Grünig. Zwei Studentinnen können ihr Studium aus Krankheitsgründen erst Ende 2012 bzw. Anfang 2013 beenden.



MPS-Jahrgang 2012/13 auf Exkursion in Berlin

Nach den Einführungen von Prof. Dr. Rosemarie Mielke, Vizepräsidentin der Universität Hamburg, und Frau Dr. Dorothee Stapelfeldt, Präsides der Behörde für Wissenschaft und Forschung, hielt ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung Frau Edelgard Bulmahn den Festvortrag



zum Thema: „Friedensförderung und Konflikttransformation – Notwendigkeiten eines stärkeren deutschen Engagements“.

Für das 11. Akademische Jahr 2012/2013 wurden 25 Studierende aus zehn Ländern immatrikuliert (Australien, Brasilien, Italien, Japan, Kolumbien, Libanon, Österreich, Russland, Ungarn und Deutschland); der Frauenanteil beträgt 80 Prozent (20 Studierende). Der Studiengang wird von der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit dem IFSH und 15 weiteren Forschungs- und akademischen Lehreinrichtungen des Kooperationsverbundes Friedensforschung und Sicherheitspolitik sowie dem Förderverein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S. durchgeführt. Die Bundeswehr ordnete wiederum einen Offizier als Teilnehmer des Studiengangs ab.

Die inhaltliche und organisatorische Koordinierung des Studiengangs obliegt dem IFSH, das auch im Berichtsjahr wieder die M.P.S.-Studienleitung stellte. Studienleiter ist Götz Neuneck. Akademische Koordinatorin ist Naida Mehmedbegović Dreilich. Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses für den Studiengang ist der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, Michael Brzoska, weitere Mitglieder aus dem IFSH sind Götz Neuneck und Wolfgang Zellner. Dem Zulassungs- und Prüfungsausschuss für den Studiengang gehört neben den genannten Personen auch Naida Mehmedbegović Dreilich an. Hinzu kommen externe Mitglieder von den beteiligten Fachbereichen der Universität Hamburg und den kooperierenden Instituten (KoFrieS).



MPS-Absolventen 2011/2012 und der Studienjahrgang 2012/2013 bei der Zeugnisverleihung im Oktober 2012

Institutionelle Mitglieder des Kooperationsverbundes Friedensforschung und Sicherheitspolitik (KoFrieS)

sind neben dem IFSH (ZEUS, CORE und IFAR²):

- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhruniversität Bochum (IFHV);
- Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC);
- Berghof Conflict Research (BCR), Berlin;
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main (HSFK);
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg (IThF);
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg (FüAkBW);



- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg (FEST);
- Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Universität Hamburg (ZNF);
- German Institute of Global and Area Studies, Hamburg (GIGA);
- Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF);
- European Centre for Minority Issues, Flensburg (ECMI);
- Internationales Institut für Politik und Wirtschaft/Haus Rissen, Hamburg;
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Berlin (ZIF);
- Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg (HSU);
- Universität Hamburg, Fakultäten der Rechtswissenschaft; Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften
- Verein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S.

Dr. Axel Krohn (Führungsakademie der Bundeswehr) wurde vom Kooperationsverbund für das Studienjahr 2012-2013 als Vertreter im Gemeinsamen Ausschuss erneut bestätigt.

Ziel des zweisemestrigen Studiengangs ist es, hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen eines sozial- oder naturwissenschaftlichen Studiums an einer deutschen oder ausländischen Universität sowie akademisch ausgebildete Praktiker auf anspruchsvollem Niveau in friedens- und sicherheitspolitische Fragestellungen und in die Grundlagen ihrer praxisgerichteten Bearbeitung einzuführen. Ziel ist ferner, Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung zu vermitteln und dadurch die Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. friedens- und sicherheitspolitisch berufsfeldorientiert auf eine Tätigkeit bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden, Unternehmen sowie in politischen Ämtern vorzubereiten. Gleichberechtigte Arbeitssprachen des Studiengangs sind Deutsch und Englisch. Im Rahmen des Programms kooperiert M.P.S. mit anderen Studiengängen der Universität Hamburg, darunter mit dem „Euromaster“, dem „Master of European Studies“ und dem Osteuropa-Nebenfachstudiengang unter Federführung der Fakultät für Rechtswissenschaften.



Bundesministerin a.D. Edelgard Bulmahn hält den Festvortrag bei der MPS-Zeugnisübergabe

Das erste Semester des M.P.S. umfasst ein modulares Lehrprogramm, bestehend aus fünf Modulen: Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik, Friedenssicherungs- und Konfliktvölkerrecht, Naturwissenschaften und Frieden, Friedensethik, Wirtschaftliche Globalisierung und Konflikte. Aus diesen Modulen wählen die Studierenden jeweils zwei Module aus, hinzu kommt das obligatorische Querschnittsmodul. Das zweite Semester besteht aus lehr- und praxisorientierten Modulen. Die Studierenden belegen hier spezifische Lehrveranstaltungen, die auf die jeweils bearbeiteten Forschungsthemenfelder der Masterarbeit vorbereiten. Die im Kooperationsverbund zusammengeschlossenen Institute und Einrichtungen fungieren entsprechend ihres jeweiligen Forschungsprofils im zweiten Semester als Residenzinstitute für die Studierenden und bilden zugleich das Scharnier zwischen dem Studium und den angestrebten Berufs- und Tätigkeitsfeldern nach dessen erfolgreichem Abschluss.

Der Studiengang wurde 2012 durch verschiedene Stipendienprogramme unterstützt. Besonders hervorzuheben ist die Förderung durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und den Verein zur Förderung des IFSH (VFIF).

5.2 Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)

Seit einigen Jahren ist die Universität Hamburg an diesem von 40 Universitäten und Instituten aus EU-Staaten getragenen Postgraduiertenstudiengang beteiligt. Seit 2006 verleiht die Universität



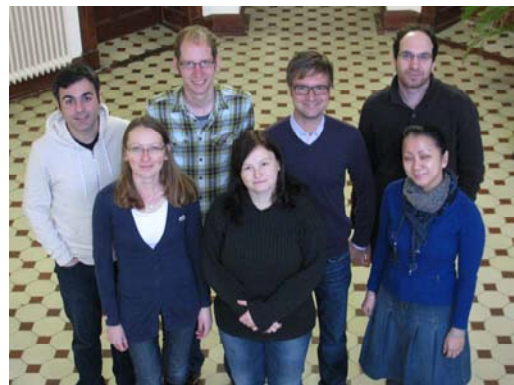
Hamburg als eine von derzeit sechs Universitäten ein gemeinsames Diplom. Das IFSH übernahm für die Universität Hamburg die Lehr-, Betreuungs- und Prüfungsaufgaben im Rahmen des Studiengangs. Dazu zählten im Jahr 2012 Lehr- und Betreuungsaufgaben in der Funktion als Residenzinstitut für Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Studiengangs im Verlauf des zweiten Semesters. Zwei Studierende, Anika Timmermann und Laura Enciso Romero, verbrachten das Sommersemester 2012 am IFSH und an der Universität Hamburg. Ihre Betreuung übernahmen Michael Brzoska und Matenia Sirseloudi. Hans-Joachim Gießmann war als E.MA-Direktor für die Beteiligung der Universität Hamburg an diesem Studiengang zuständig. Für das IFSH übernahm Regina Heller die Koordinierung.

5.3 Lehr- und Doktorandenkooperation mit der East China Normal University (ECNU), Shanghai

Die im Oktober 2007 zwischen der ECNU, dem IFSH und der Universität Hamburg vereinbarte Kooperation wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. Der chinesische Partner entsandte drei Studierende in das Master of European Studies-Programm des Fachbereichs Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg.

5.4 Doktorandenbetreuungsprogramm

Im Rahmen des Programms sind die Promovierenden in eine intensive Betreuung durch erfahrene wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts eingebunden, die es ihnen ermöglicht, eine Dissertation erfolgreich abzuschließen und gleichzeitig Schlüsselqualifikationen für Berufstätigkeiten innerhalb und außerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen zu erwerben. Doktorandinnen und Doktoranden sind themenabhängig jeweils in einen der Arbeitsbereiche des IFSH integriert und nehmen so aktiv am wissenschaftlichen und akademischen Leben des Instituts teil. Hinzu kommen externe Doktorandinnen und Doktoranden, die in anderen Instituten arbeiten, aber am Doktorandenkolloquium teilnehmen und/oder deren Erstgutachter am IFSH beschäftigt sind. Das regelmäßig stattfindende Doktorandenseminar und die wöchentlichen Forschungskolloquien bieten wichtige Plattformen für den wissenschaftlichen Austausch und die Möglichkeit der Präsentation und Diskussion von Zwischenergebnissen. Zugangsvoraussetzungen sind u.a. ein überdurchschnittlicher geistes- oder naturwissenschaftlicher Studienabschluss, breite Kenntnisse der Grundlagen der Friedensforschung und die Wahl eines friedenswissenschaftlichen Promotionsthemas. Das IFSH hat keine eigenen Förderungsmöglichkeiten, unterstützt aber Bewerbungen bei Stiftungen und anderen Institutionen. Die meisten Studierenden sind an der Universität Hamburg immatrikuliert, dies ist aber keine Bedingung für die Teilnahme am Doktorandenprogramm. Programmverantwortlicher war im Berichtszeitraum Michael Brzoska, der auch das Doktorandenseminar anleitet. Zwei IFSH-Doktorandinnen, Elena Kulipanova und Shafiah F. Muhibat, haben 2012 ihre Promotion erfolgreich abgeschlossen.



IFSH-Doktorandinnen und Doktoranden Anfang 2012. Elena Kuipanova, Denise Völker, Shafiah F. Muhibat (vorn), Sebastian Schiek, Hendrik Hege-
mann, Ulrich Kühn, Eric van Um (v.l.n.r.)

Das regelmäßig stattfindende Doktorandenseminar und die wöchentlichen Forschungskolloquien bieten wichtige Plattformen für den wissenschaftlichen Austausch und die Möglichkeit der Präsentation und Diskussion von Zwischenergebnissen. Zugangsvoraussetzungen sind u.a. ein überdurchschnittlicher geistes- oder naturwissenschaftlicher Studienabschluss, breite Kenntnisse der Grundlagen der Friedensforschung und die Wahl eines friedenswissenschaftlichen Promotionsthemas. Das IFSH hat keine eigenen Förderungsmöglichkeiten, unterstützt aber Bewerbungen bei Stiftungen und anderen Institutionen. Die meisten Studierenden sind an der Universität Hamburg immatrikuliert, dies ist aber keine Bedingung für die Teilnahme am Doktorandenprogramm. Programmverantwortlicher war im Berichtszeitraum Michael Brzoska, der auch das Doktorandenseminar anleitet. Zwei IFSH-Doktorandinnen, Elena Kulipanova und Shafiah F. Muhibat, haben 2012 ihre Promotion erfolgreich abgeschlossen.

5.5 Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2012

Wintersemester 2011/2012

- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Peace and Security Studies: Friedenspolitische und technische Aspekte im Hinblick auf eine Nuklearwaffenfreie Welt“ (Christain Alwardt, Götz Neuneck, Anne Finger und Martin Kalinowski)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Politische Ökonomie von Konflikten, Kriegen. Terrorismus und Rüstung“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung “Disziplinäre Methoden und interdisziplinäre Friedens- und Sicherheitsforschung (Michael Brzoska)



- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Die EU als außen-, sicherheits- und friedenspolitischer Akteur“ (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Aufstandsbekämpfung: Weg zum Frieden oder politische Illusion?“ (Hans-Georg Ehrhart/Johann Schmid)
- TU Hamburg-Harburg, Blockseminar „Ethics for Engineers“ (Anne Finger)
- Universität Hamburg/M.P.S., Übung „Wissenschaftliches Schreiben“ (Anne Finger)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Der Nahostkonflikt in den Internationalen Beziehungen“ (Margret Johannsen)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungskurs „Disziplinäre Methoden der Friedens- und Sicherheitspolitik“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S., „Einführung in Wissenschaftliche Methoden“ (Martin Kahl)
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HOPIKOS). Blockveranstaltung/Training „Interkulturelle Kompetenz“, (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Leuphana Universität Lüneburg, Blocklehrveranstaltung/Training „Erfolgreich im interkulturellen Kontext – Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg, Arbeitsstelle Studium und Beruf, Seminar „Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar (Berlin-Exkursion) „Deutsche Außenpolitik zwischen globalem Engagement und nationalen Interessen (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar, „Intercultural Communication and Cooperation“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg, M.P.S., Vorlesung „Naturwissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung“ (Götz Neuneck, Martin Kalinowski)
- Universität Hamburg, M.P.S., Methodenseminar im Propädeutikum (Götz Neuneck, Martin Kalinowski und Anna Zmoryinska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungseinheit (Götz Neuneck, Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Cyber Attacks – Hype oder neue Bedrohung?“ (Götz Neuneck)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Unendliche Weiten – Frieden und Krieg im All: Ist Rüstungskontrolle im Weltraum möglich?“ (Götz Neuneck, Thomas Reinhold)
- Leuphana Universität Lüneburg, USAC, Seminar „International Affairs since 1945“ (Sybille Reinke de Buitrago)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Wer Frieden will, verstehe den Krieg!“ Krieg und Frieden verstehen auf der Basis clausewitzschen Denkens (Johann Schmid)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar, Einführung in die Terrorismusforschung (Matenia Sirseloudi)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik: OSZE“ (Wolfgang Zellner)



Senatorin Dorothee Stapelfeldt begrüßt die MPS-Studierenden

Sommersemester 2012

- Universität Hamburg, Seminar „Foreign military intervention in Libya – Ideas, Interests and Institutions“ (Michael Brzoska)
- IFSH/ZNF-Kolloquium (Michael Brzoska)
- Doktorandenseminar (Michael Brzoska)
- TU Harburg/Humanities, Blockseminar „Ethics for Engineers: Ethical, Legal and Social Issues in Scientific Work“ (Anne Finger)
- Universität Hamburg, Vorlesung „Physikalische Grundlagen der Friedensforschung“ (Götz Neuneck)
- Universität Hildesheim, Seminar „Methoden der empirischen Sozialforschung“ (Sybille Reinke de Buitrago)
- Universität Hildesheim, Exkursion nach Berlin & Blockseminar „Rechtsextremismus als Herausforderung für die deutsche Demokratie“ (Sybille Reinke de Buitrago)

Wintersemester 2012/2013

- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungskurs „Disziplinäre Methoden der Friedens- und Sicherheitspolitik“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Einführung in Wissenschaftliche Methoden“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Peace and Security Studies: Die Zukunft nuklearer Abrüstung“ (Christian Alwardt, Anne Finger, Malte Göttsche, Götz Neuneck)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Politische Ökonomie von Konflikten, Kriegen. Terrorismus und Rüstung“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Disziplinäre Methoden und interdisziplinäre Friedens- und Sicherheitsforschung“ (Michael Brzoska, Mitveranst.)
- Doktorandenseminar (Michael Brzoska)



- Universität Hamburg/M.P.S., Übung „Wissenschaftliches Schreiben“ (Anne Finger)
- TU Harburg/Humanities, Blockseminar “Ethics for Engineers: Ethical, Legal and Social Issues in Scientific Work” (Anne Finger)
- TU Harburg/Humanities, Blockseminar “Humanities and Engineering: The Politics of Science” (Anne Finger)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Die EU als außen-, sicherheits- und friedenspolitischer Akteur” (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Der Nahostkonflikt in den Internationalen Beziehungen“ (Margret Johannsen)
- Universität Hamburg/M.P.S. und Nebenfachstudiengang Osteuropastudien, Seminar „Russland und Energiesicherheit“ (Elena Kropatcheva)
- Universität Hamburg/Nebenfachstudiengang Osteuropastudien und EuroMaster, Vertiefungsseminar „Politik und Sicherheit in Zentralasien“ (Elena Kulipanova)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Der Konflikt um Irans Nuklearprogramm“ (Oliver Meier)
- Universität Hamburg, Vorlesung „Naturwissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung“ (Götz Neuneck)
- Universität Hamburg, M.P.S., Methodenseminar im Propädeutikum (Götz Neuneck, Markus Kohler und Gunnar Jeremias)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungseinheit (Götz Neuneck, Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Cyber Attacks – Hype oder neue Bedrohung?“ (Götz Neuneck)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Unendliche Weiten – Frieden und Krieg im All: Ist Rüstungskontrolle im Weltraum möglich?“ (Götz Neuneck)
- Leuphana Universität Lüneburg, Seminar “International Affairs since 1945” (Sybille Reinke de Buitrago)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Clausewitz: ‚Vom Kriege‘ für Sicherheit und Frieden: Krieg und Frieden verstehen auf der Basis Clausewitzschen Denkens“ (Johann Schmid)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Einführung in die Terrorismus-Forschung“ (Matenia Sirseloudi)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik: OSZE“ (Wolfgang Zellner)

Aus- und Weiterbildung / Gastvorlesungen

Summer School in Astana, (Hans-Georg Ehrhart)



Univizepräsidentin Rosemarie Mielke, Michael Brzoska und Götz Neuneck überreichen Maxine Sundara Segaran das Abschlusszeugnis,



6. Service

6.1 Öffentlichkeitsarbeit

Entsprechend seinem Satzungsauftrag soll sich das Institut neben der friedenswissenschaftlichen Arbeit im engeren Sinne der „Bestandsaufnahme und laufenden Orientierung über die sicherheits- und friedenspolitischen Themen in Vorträgen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen und in eigenen Publikationsmedien“ widmen (quantitative Aufstellungen zu den entsprechenden Aktivitäten im Einzelnen finden sich im Statistischen Anhang).

2012 wurde wie in den Vorjahren eine große Anzahl von Anfragen an das Institut gerichtet. Der Kreis der Anfragenden ist breit und spiegelt das große gesellschaftliche Interesse an der Arbeit des IFSH wider. Vor allem die Medien wenden sich naturgemäß mit Anfragen um Hintergrundinformationen, Interviews und schriftliche Beiträge an das IFSH. Den größten Anteil machten öffentlich-rechtliche und private Rundfunk- und Fernsehsender sowie Printmedien und ihre Online-Dienste aus.

Im Berichtszeitraum waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts Interviewpartner und Gäste u.a. folgender Fernsehsender bzw. Sendungen: ARD (Tagesschau, Tagesthemen, Report Main), ZDF, Phoenix, Bayerisches Fernsehen, NDR-Fernsehen, WDR-Fernsehen, rtl (rtl aktuell) SAT 1, n-tv.

Die Rundfunkparten von NDR, WDR, SWR, BR, MDR, SR, HR, RBB und RadioBremen gehörten ebenso zu den häufigen „Medienkunden“ des IFSH wie Deutschlandradio Kultur, Deutschlandradio Wissen, Deutschlandfunk und Deutsche Welle. Darüber hinaus kamen zahlreiche Anfragen von privaten Rundfunksendern und Agenturen (dpa, Reuters dpa etc.). Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH waren darüber hinaus u.a. in folgenden Tages- und Wochenzeitungen bzw. deren online Ausgaben mit Interviews und Artikeln vertreten: Hamburger Abendblatt, taz, Berliner Zeitung, Freie Presse Chemnitz, Flensburger Tageblatt, Kieler Nachrichten, Hannoversche Neue Presse, Die Welt, Freitag, Focus und Die Zeit.

Neben den Medien wenden sich aber auch u.a. Gewerkschaften, Theater, Künstler, Pastoren, Schulen, Parteien und ihre Jugendorganisationen, kirchliche Gruppen, Bundeswehreinrichtungen, Volkshochschulen, Friedensgruppen und Erwachsenenbildungsstätten immer wieder mit Bitten um Referenten, Informationen und Materialien an das Institut.

Thematisch konzentrierten sich Anfragen auch im Jahr 2012 vor allem auf das aktuelle Konfliktschehen. Hier sind vor allem Cybersecurity, Piraterie, Fragen der Radikalisierung und Terrorismusbekämpfung, der Einsatz bewaffneter Drohnen, Rüstungskontrollfragen, das iranische Nuklearprogramm, Afghanistan, Rüstungsexporte, das Verhältnis Russlands zum Westen, die Lage in Syrien, die „Arabellion“, der Nahostkonflikt, das Parlamentsbeteiligungsgesetz und die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu nennen.

Die Rubrik „Aktuelle Stellungnahmen“ auf der Institutswebsite spiegelt u.a. diese Themen wieder: <http://www.ifsh.de/index.php/stellungnahmen.html>.

6.2 Verein zur Förderung des IFSH

Am 28. Januar 1997 wurde auf Initiative von Staatsrat a.D. Dr. Heinz Liebrecht und des damaligen Bürgerschaftsabgeordneten Georg Berg der „Verein zur Förderung des Instituts für Friedensforschung e.V.“ (VFIF) gegründet.

Der Verein will die Arbeit des Instituts durch die Vermittlung der Arbeitsergebnisse in Politik und Öffentlichkeit sowie die Einwerbung zusätzlicher Finanzmittel fördern. VFIF lädt zu Vortrags- und Diskussionsrunden ein und unterstützt das Institut bei der Durchführung von Veranstaltungen.



Reinhard Mutz ist Vorsitzender des Fördervereins



Die Mitglieder werden zu den Veranstaltungen des IFSH und des Fördervereins eingeladen und erhalten den Rundbrief „ifsh aktuell“.

Dem Vorstand von VFIF gehören an:

Dr. Reinhard Mutz (Vorsitzender)
Andrea Wist (Stellvertretende Vorsitzende)
Prof. Dr. Herbert Wulf (Schriftführer)
Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann (Schatzmeister)
Prof. Dr. Michael Brzoska (Wissenschaftlicher Direktor des IFSH)

Im Berichtszeitraum bezuschusste der Verein einige Veranstaltungen des MPS und engagierte sich vor allem in der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, u.a. durch die Einrichtung von M.P.S.-Stipendien, Stipendien für Doktoranden und die Bereitstellung von Reisemitteln.

6.3 Bibliothek, Dokumentation und Internetpräsenz 2012

Bibliothek

Die Bibliothek des IFSH versorgt in erster Linie die Wissenschaftler und Doktoranden, die Studierenden des Studiengangs M.P.S. und die Mitarbeiter des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) mit Literatur, steht jedoch auch den Studierenden der Hamburger Hochschulen und der interessierten Öffentlichkeit zur Benutzung offen.

Der Bestand der Bibliothek umfasst 29.936 Bände und 107 laufend gehaltene Zeitschriften (Stand 31.12.2012). Der Zugang betrug 591 Bände, davon wurden 72 aus Drittmitteln erworben und 390 im Tausch erhalten bzw. als Geschenk erbeten. 301 Bände und 110 Aufsätze wurden aus Hamburger Bibliotheken entliehen oder über die Fernleihe und Dokumentenlieferdienste beschafft.

Die Bibliothek des IFSH umfasst auch eine *OSZE-Depotbibliothek*, in der Literatur der und über die OSZE systematisch gesammelt wird. Die Bibliothekarin erstellt regelmäßig die Bibliographie des OSZE-Jahrbuchs sowie die OSZE-Online-Bibliographie auf der CORE-Homepage.



Das Bibliotheksmagazin

Der Bibliotheksbestand kann ab 1971 in Auswahl und ab 1994 vollständig über den Campus-Katalog recherchiert werden. Längerfristig ist geplant, auch die Bestände vor 1994 vollständig im Campus-Katalog aufzunehmen.

Seit Januar 2012 verfügt die Bibliothek über einen Buchscanner, der das buchschonende und komfortable kopieren/scannen von Aufsätzen und Teilen von Büchern ermöglicht. Ein Service, der von den Nutzerinnen und Nutzern gut angenommen wird.

Dokumentation

Seit 2000 nimmt das IFSH am „Fachinformationsverbund Internationale Politik und Länderkunde (FIV)“ teil – einem Zusammenschluss der wissenschaftlichen Dokumentationen von zwölf unabhängigen deutschen Forschungsinstituten, die ein gemeinsames Informationsnetzwerk bilden.



Das gemeinsame Produkt dieser Institute ist die Datenbasis World Affairs Online (WAO), die eine der größten sozialwissenschaftlichen Literaturdatenbanken in Europa darstellt. Sie verfügt gegenwärtig über ca. 800.000 Literaturnachweise – vorzugsweise Zeitschriften- und Buchaufsätze sowie graue Literatur – deren thematische Schwerpunkte auf globalen und regionalen, außen- und sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen liegen. Im arbeitsteiligen Verbund des FIV erschließt die Dokumentation des IFSH Literatur zur OSZE sowie Publikationen des Hauses. Neben Internetquellen und Online-Katalogen der SUB Hamburg stellt die elektronische Datenbank des FIV die wichtigste Quelle für die fachbezogenen Literaturrecherchen der IFSH-Dokumentation dar.

Seit September 2008 ist die WAO-Datenbank als Teil des IREON-Portals (www.ireon-portal.de) frei im Internet zugänglich.

Das IFSH ist seit 2003 am Aufbau und der Pflege eines Fachinformationsführers für Internetquellen aus dem Bereich Friedensforschung und Sicherheitspolitik beteiligt, der im Rahmen des DFG-geförderten Projekts „Virtuelle Fachbibliothek“ von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg initiiert wurde. Die Links können unter: <http://www.vifapol.de> eingesehen werden.

Internetpräsenz

Die im Jahr 2011 grundlegend neu gestaltete Internetpräsenz wurde im Jahr 2012 fortlaufend aktualisiert und weiter angepasst, so dass die Besucherinnen und Besucher der Homepage einen aktuellen und detaillierten Überblick über die verschiedenen Forschungscluster, Veröffentlichungen und forschungsbezogenen Aktivitäten am Institut erhalten. Für eine Neugestaltung auch der Seiten der Abteilungen ZEUS, CORE und IFAR sind im Jahr 2012 konzeptionelle Vorschläge erarbeitet und diskutiert worden. Eine Umsetzung dieser Vorschläge wird 2013 nach der Verabschiedung des neuen mittelfristigen Arbeitsprogramms des Instituts erfolgen.

IDEAS Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community

Home | [IDEAS Report](#) | Workshops | Documents | Galleries | Contact

The Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community (IDEAS) is a Track II initiative jointly carried out by

- the Centre for OSCE Research (CORE) at the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH),
- the Fondation pour la Recherche Stratégique (FRRS),
- the Polish Institute of International Affairs (PISM),
- and the Moscow State Institute of International Relations (University) of the Russian Foreign Ministry (MOIMO).

IDEAS aims at conceptualizing a free, democratic, common and indivisible Euro-Atlantic and Eurasian security community stretching from Vancouver to Vladivostok, as envisioned by the OSCE participating States in their 2010 Astana Commemorative Declaration.

In late 2011, the Ministers of Foreign Affairs of Germany, France, Poland and the Russian Federation had asked the four institutes to organize a series of workshops to advance the discussion on the future character of a Euro-Atlantic and Eurasian security community and to present a report with recommendations to the participating States of the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) in Vienna. With their initiative, the Ministers took up the idea of establishing a network of academic institutions, a proposal made by OSCE Secretary General Lamberto Zannier.

The four IDEAS institutes held a series of four workshops in Berlin, Warsaw, Paris and Moscow from March through July 2012. These meetings were attended by a total of about 300 participants and guests from 40 countries and four international organizations. Outstanding contributions were made at the workshops and in discussions by Minister Guido Westerwelle, former Ministers Igor Ivanov and Adam Daniel Rofield, former OSCE Secretary-General Marc Perrin de Brichambaut, Deputy Minister Bogusław Winił, Deputy Minister Alexander Grushko, and former State Secretary Wolfgang Ischinger. The discussions at all workshops were most informal and deeply enriching. The members of the IDEAS working group that had been established by the four institutes benefited from additional meetings with officials in each of the four capitals.

As intended, the institutes published their findings in a report titled "Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community: From Vision to Reality". The report was written by a drafting group consisting of Wolfgang Zettner (co-ordinator), Wes Boyer, Frank Evers, Isabelle Facon, Camille Grand, Ulrich Kühn, Lukasz Kulasa and Andrei Zagorski. It was released at OSCE headquarters in Vienna on 23 October 2012.

There is general agreement that the 2012 IDEAS activities have brought up a broad variety of useful contributions for clarifying the substance of a future security community in Europe. They have made a good start for future track II discussions. The four IDEAS institutes stand ready to participate in such discussions and support the idea of establishing an OSCE Network of Academic Institutions.

Hamburg, October 2012

CORE CENTRE FOR OSCE RESEARCH

FONDATION pour la RECHERCHE STRATÉGIQUE

PISM POLSKA INSTYTUCJA STUDIÓW MIĘDZYNARODOWYCH I POLITYCZNYCH

2012 erstellte Website des IDEAS-Projekts



7. Personal und Gremien

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der Wissenschaftliche Direktor.

7.1 Kuratorium

Laut Satzung des IFSH gehören dem Kuratorium folgende Mitglieder an: der oder die Präses der für Wissenschaft und Forschung zuständigen Behörde als Vorsitzende bzw. Vorsitzendem, die Präsidentin bzw. der Präsident der Universität Hamburg, vier von der Universität Hamburg benannte Vertreterinnen bzw. Vertreter, bis zu drei Vertreterinnen bzw. Vertreter aus dem öffentlichen Leben Hamburgs, die vom Kuratorium gewählt werden, sowie der bzw. die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats.

Das **Kuratorium** des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzte sich 2012 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Senatorin *Dr. Dorothee Stapelfeldt*, Behörde für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzende)
- *Prof. Dr.-Ing. H. Siegfried Stiehl*, Vizepräsident der Universität Hamburg (Stv. Vorsitzender)
- *Niels Annen*, vormals MdB
- *Prof. Dr. Leoni Dreschler-Fischer*, FB Informatik, Arbeitsbereich Kognitive Systeme
- *Jasper Finkeldey*, Studierendenvertreter (bis November)
- *Prof. Dr. Cord Jakobeit*, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
- *Prof. Dr. Martin Kalinowski*, ZNF (bis März)
- *Indi-Carolina Kryg*, Studierendenvertreterin (seit November)
- *Antje Möller*, MdHBü
- *Prof. Dr. Rolf von Lüde*, Fachbereich Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie
- *Prof. Dr. Thomas Schramme*, Fachbereich Philosophie (seit Mai)
- *Dr. Stefan Schulz*, Staatsrat a.D. (April bis Juni)
- *Herr Gerhard Fuchs*, Staatsrat a.D. (seit September)



Prof. Dr. Thomas Schramme gehört dem Kuratorium seit Mai 2012 an

7.2 Wissenschaftlicher Beirat

Im Berichtszeitraum tagte der Wissenschaftliche Beirat des IFSH einmal. Dem Beirat gehörten 2012 folgende Mitglieder an:

- Prof. Dr. Cord Jakobeit*, Universität Hamburg, (Vorsitzender)
- Prof. Dr. Tilman Brück*, DIW und Humboldt-Universität, Berlin (stv. Vorsitzender)
- Prof. Dr. Tanja Brühl*, Goethe Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Elke Krahnmann*, Brunel University London (seit April)
- Prof. Dr. Heike Krieger*, FU Berlin, FB Rechtswissenschaft (seit April)
- Prof. Dr. Kathryn Nixdorff*, TU Darmstadt, Institut für Mikrobiologie, (bis Juni)
- Prof. Dr. Paul Reuber*, Universität Münster, Institut für Geographie (seit Juli)
- Dr. Petra Seibert*, Universität Wien, Institut für Meteorologie und Geophysik (seit Juli)
- Prof. Dr. Michael Staack*, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg



7.3 Institutsrat

Der **Institutsrat** tagte im Berichtszeitraum zweimal.

7.4 Gleichstellung

Im Berichtszeitraum wurde Dr. Anna Kreikemeyer zur Gleichstellungsbeauftragten des IFSH den gewählt, Stellvertreterin ist Dr. Patricia Schneider. Die Gleichstellungsberichte können auf der Website des Institut eingesehen werden: <http://www.ifsh.de/index.php/gleichstellungsbericht.html>.

7.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2012:

Institutsleitung:

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Brzoska

Stv. Wiss. Direktor: Prof. Dr. Götz Neuneck

Stv. Wiss. Direktor: Dr. Wolfgang Zellner

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Dr. Hans-Georg Ehrhart (Leiter ZEUS)

Dr. Regina Heller

Dr. Martin Kahl

Ursel Schlichting, M.A.

Dr. Patricia Schneider

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:

Christian Alwardt, Dipl. Phys.

Dr. Raphael Bossong (Jan.-Feb. und seit Mai)

Dr. Frank Evers

Anne Finger, Dipl.-Pol. (bis Oktober)

Hendrik Hegemann, M.A.

Dr. Anna Kreikemeyer

Dr. Elena Kropatcheva

Katarzyna Kubiak, Dipl. oec., M.P.S. (März-Aug., und seit Nov.)

Ulrich Kühn, M.A., M.P.S. (seit Sept.)

Naida Mehmedbegović Dreilich, M.A., M.P.S.

Dr. Oliver Meier

Kerstin Pertermann, M.A. (bis April)

Kerstin Petretto, M.A.

Sebastian Schiek, Dipl. Pol.

Matenia Sirseldudi, M.A.

Eric van Um, M.A., M.P.S. (bis März)

Denise Völker, Dipl.-Ing., M.P.S.

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordneter der Streitkräfte:

Oberstleutnant i.G. Dr. Johann Schmid

Senior Research Fellows:

Dr. Margret Johannsen

Dr. Reinhard Mutz

Prof. Dr. Jürgen Scheffran

Dr. Arne C. Seifert

Prof. Dr. Kurt P. Tudyka

Fellows:

Dr. David Aphrasidze

Dr. Heiko Fürst



Anna Kreikemeyer ist Gleichstellungsbeauftragte des IFSH



Dr. Stephan Hensell
Jens Narten
Daniela PISOIU
Dr. Sybille Reinke de Buitrago

Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler:

Nodira Aminova (seit Oktober)
Amanda Guidero (Juni-Juli)
Shafiah F. Muhibat (bis September)
Prof. Ivan Oelrich (August-September)
Azamat Termikulov (Mai-Juli)
Awet Weldemichael (Juli)
Oleksandr Zhytnyk (Januar)

Doktorandinnen/Doktoranden:

Christian Alwardt, Dipl. Phys.
Nodira Aminova, LL.M. (seit Oktober 2012)
Andreas Bernath, M.A.
Anne Finger, Dipl.-Pol.
Hendrik Hegemann, M.A.
Katarzyna Kubiak, Dipl. oec., M.P.S. (seit Februar 2011)
Ulrich Kühn, M.A., M.P.S.
Elena Kulipanova, M.A., M.P.S. (Abschluss 2012)
Isabelle Maras, M.A.
Naida Mehmedbegović Dreilich, M.A., M.P.S.
Shafiah F. Muhibat, M.A. (Abschluss 2012)
Sebastian Schiek, Dipl. Pol.
Eric van Um, M.A., M.P.S.
Denise Völker, Dipl.-Ing., M.P.S.

Externe Doktorandinnen/Doktoranden

Dauren Akberdiyev, Dipl. Pol. (extern)
Alexandr Burilkov, M.A. (extern)
Hannes Ebert (extern) M. Sc. (seit August 2012)
Thorsten Geise, Dipl. Pol., M.P.S (extern)
Julia Grauvogel (extern), M.A. (seit Mai 2012)
Gunnar Jeremias, Dipl. Pol., M.P.S. (extern, ZNF)
Carlo Koos, M.A., M.P.S. (seit Oktober 2011) (extern)
Katja Munoz, M.A. (extern)
Dieter Riedel, M.A. (extern)
Isabelle Tannous, M.A. (extern)
Azermat Temirkulov, M.A. (extern) (seit Juni 2012)

Support:

Corinna Bock (bis Mai)
Jerome Cholet (bis März)
Magali Hélène Dietrich
Martin Halewitz (seit April)
Anna-Lena Hildebrandt
Kamińska, Karolina (seit Juni)
Tim Kröger
Julia Lanz (seit April)
Tamara Nathan (bis März)
Mona Peter
Melanie Schorsch (seit Mai)
Christina Till (April-Juni, ab Sept.)



Nodira Aminova aus Tadschikistan ist seit Oktober 2012 Gastwissenschaftlerin am Institut



Sekretariat:

Madeleine Köhler
Franziska Wellner (bis Mai)

Redaktion/Übersetzungen:

Graeme Currie, M.A.
Elizabeth Hormann (extern)
Ina Schachraj (extern)

Bibliothek:

Ute Runge, Dipl. Bibl.

Dokumentation:

Uwe Polley, Dipl.-Pol.

Verwaltung:

Britta Fisch
Max Paul
Jochen Rasch
Dr. Eckhard Schlopsna
Jutta Stropahl
Carsten Walter

Weiterführende Informationen (Projekte,
Veröffentlichungen, Kontaktdaten) unter:
<http://www.ifsh.de/IFSH/personal/ma.htm>



Der MPS-Jahrgang 2012/13 auf Berlin Exkursion (hier vor dem Kanzleramt) im Oktober 2012.



8. Veröffentlichungen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben 2012 insgesamt sieben Bücher veröffentlicht und mit 146 Beiträgen, darunter 41 in referierten Zeitschriften und Büchern (davon sieben in Zeitschriften der „Thomson Reuters Master Journal List“), an der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion teilgenommen.

Das Institut ist seit 1987 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens und gibt seit 1995 das OSZE-Jahrbuch in deutscher englischer und russischer Sprache heraus.

Darüber hinaus werden – zusätzlich zu Friedensgutachten und OSZE-Jahrbuch – kontinuierlich Herausgeber-, Redaktions- und Lektoratsarbeiten wahrgenommen. Die Redaktion der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden/Security and Peace“ der Nomos-Verlagsgesellschaft ist am IFSH angesiedelt; Chefredakteur ist Martin Kahl. Zum Redaktionsteam gehören außerdem Regina Heller, Sybille Reinke de Buitrago und Susanne Bund.

Die Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden wird von Michael Brzoska herausgegeben und von Susanne Bund redaktionell betreut.

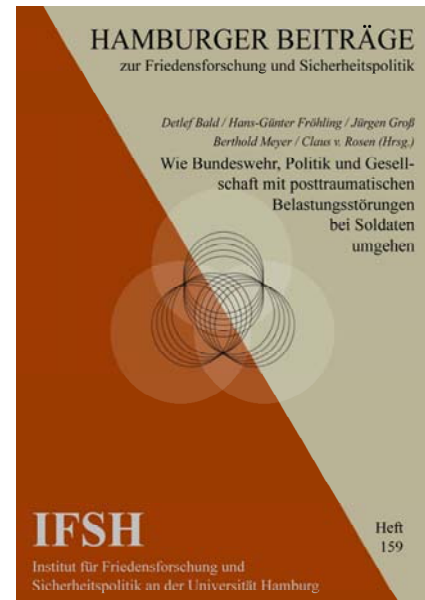
8.1 IFSH-Reihen

Das IFSH selbst gibt drei Reihen heraus: Die „Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die „Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht. Ergänzt werden diese beiden Reihen durch den Rundbrief „IFSH-aktuell“. IFSH-aktuell soll die interessierte Öffentlichkeit in knapper Form durch aktuelle Stellungnahmen sowie über neue Projekte, Veranstaltungen, Besucher und Veröffentlichungen des Instituts informieren. Seit 2006 gibt es eine englische Kurzfassung von IFSH-aktuell, die IFSH-News, die ausschließlich elektronisch verbreitet wird. Nachdem in den letzten Jahren die Aktivitäten des IFSH in Form von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen im Hamburger Institut selbst und die Teilnahme seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an internationalen Konferenzen beträchtlich zugenommen haben, werden aktuelle Nachrichten über diese Ereignisse primär und schnell auf der IFSH-Website veröffentlicht. Der ca. alle zwei Monate erscheinende Newsletter IFSH aktuell bzw. die elektronisch versandte englischsprachige Ausgabe ifsh news widmen sich nunmehr der fokussierten Berichterstattung über neue Forschungsprojekte, relevante Publikationen und besonders wichtige Veranstaltungen. Mit dieser Auswahl wird zusätzlich zur Information über die Bandbreite der laufenden Institutsarbeit eine inhaltliche und qualitative Vertiefung des Newsletters angestrebt.

Für die „Hamburger Beiträge“ ist Johann Schmid verantwortlich; die Qualitätskontrolle obliegt außerdem dem Redaktionsrat, dem Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart und Wolfgang Zellner angehören. IFSH aktuell wird von Anna Kreikemeyer zusammengestellt.

Im Berichtszeitraum sind zwei Hamburger Beiträge und sechs Ausgaben von IFSH aktuell erschienen. In der Online-Rubrik „Aktuelle Stellungnahmen“ (http://ifsh.de/IFSH_php/akt_stellungnahmen.php) erschienen 2012 vier Beiträge.

Alle IFSH-Reihen finden sich auf der Homepage des Instituts und können eingesehen und heruntergeladen werden (<http://www.ifsh.de/>). In begrenztem Umfang sind sie in gedruckter Form kostenlos erhältlich.





Das Zentrum für OSZE-Forschung publiziert drei Reihen: *CORE Working Papers*, *CORE News* und den *CORE Annual Report*. Diese werden an einen begrenzten Verteiler in Papier- und einen breiteren in elektronischer Form kostenlos abgegeben. Sie sind auch über die CORE-Website (www.core-hamburg.de) erhältlich.

Die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR) verbreitet die *IFAR Working Papers* in elektronischer Form; sie können unter www.ifsh.de/IFAR/serv_bp.htm eingesehen und heruntergeladen werden.

Das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) veröffentlicht aktuelle Arbeitsergebnisse in der Reihe *ZEUS Working Papers*, die ebenfalls auf der Homepage des IFSH eingesehen werden können (http://www.ifsh.de/zeus/htm/veroeff_workingpapers.htm).

Finanzielle Förderung erfahren die Publikationen des Instituts durch die Freie und Hansestadt Hamburg.

8.2 Friedensgutachten

Seit 1987 ist das IFSH Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens.

Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch von vier wissenschaftlichen Instituten für Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland: des IFSH in Hamburg, der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/M. und des International Center for Conversion (BICC) in Bonn. Die internationale Konfliktrealität wird aus friedensstrategischer Perspektive kontinuierlich beobachtet und untersucht. Auf diese Einzelanalysen stützt sich die Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen. Sie bündelt und gewichtet die Ergebnisse und formuliert Empfehlungen für die friedens- und sicherheitspolitische Praxis mit besonderem Blick auf Handlungsoptionen der europäischen und der deutschen Politik. Über die Bilanzierung konfliktpolitischer Entwicklungen hinaus will das Friedensgutachten Ursachen- und Wirkungszusammenhänge verdeutlichen, Lösungsansätze aufzeigen und zur eigenständigen Urteilsbildung ermutigen.

Friedensgutachten 2012

Die globalen Machtverschiebungen und ihre Auswirkungen auf die deutsche und europäische Friedenspolitik sind der Schwerpunkt des diesjährigen Friedensgutachtens. Dabei nimmt das Friedensgutachten Machtverschiebungen und die damit einhergehenden Verunsicherungen auf zwei Ebenen ins Auge: sowohl in den Staatenbeziehungen, als auch im Verhältnis von staatlicher Macht und nichtstaatlichen Akteuren. Die Steuerungsfähigkeit, sei es die der Staaten, sei es die des internationalen Systems, steht vielfach in Frage. Neue soziale Bewegungen deuten auf erwachendes zivilgesellschaftliches Selbstbewusstsein.

Die Vertreterinnen und Vertreter der vier herausgebenden Institute präsentierten das Jahrbuch am 22. Mai 2012 vor der Bundespressekonferenz in Berlin. Anschließend erörterten sie ihre Ergebnisse und Empfehlungen in mehreren Ausschüssen des Deutschen Bundestags: im Verteidigungsausschuss, Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Auswärtigen Ausschuss sowie im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, mit Mitgliedern der Planungsstäbe des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Darüber hinaus diskutierten sie die Ergebnisse des Gutachtens mit Angehörigen der einschlägigen Arbeitskreise für Internationales und Menschenrechte von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der SPD. In einer öffentlichen Veranstaltung im Berliner „Französischen Dom“ in Kooperation mit der Evangelischen Akademie zu Berlin und Women in International Security standen die Befunde des Friedensgutachtens im Mit-



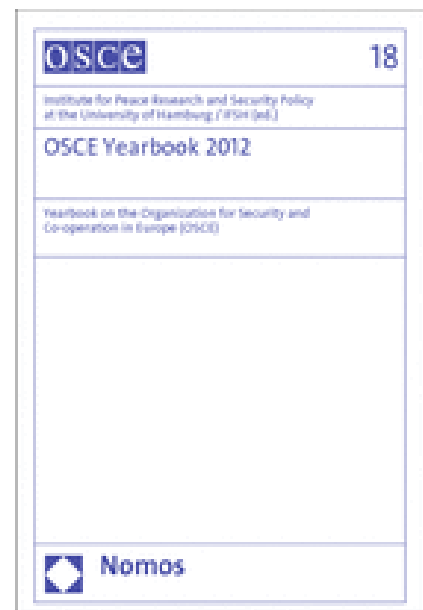


telpunkt einer Podiumsdiskussion: Neue Weltordnung? Deutschland zwischen Machtanspruch und Ordnungspolitik. Am 19./20. Juni präsentierte sich das Jahrbuch in Brüssel bei NGOs, bei einem von der Europaabgeordneten Franziska Brantner organisierten Roundtable und beim Büro der EKD auf einem Expertenpanel zum Thema „Politik von der Straße“.

Die Beiträge aus dem IFSH stammen von Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen, Martin Kahl, Götz Neuneck und Kerstin Petretto. Die Betreuung der Beiträge der externen Autoren James K. Galbraith, Renate Kreile und Stephan Rosiny sowie die Mitherausgeberschaft lag bei Margret Johannsen.

8.3 OSZE-Jahrbuch

Die Vielfalt der Themen und die internationale Zusammensetzung des Autorenkreises machen das OSZE-Jahrbuch zu einer einzigartigen Informationsquelle für alle, die sich mit der OSZE und Fragen der europäischen Sicherheit befassen oder sich für die Organisation und ihre Tätigkeit interessieren. Herausgeber des seit 1995 in englischer, deutscher und russischer Sprache erscheinenden Jahrbuchs ist das IFSH in Kooperation mit Botschafter a.D. Jonathan Dean, Dr. Pál Dunay, Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld und Dr. Andrei Zagorski. Sitz der Redaktion ist das IFSH in Hamburg; Chefredakteurin ist Ursel Schlichting; redaktionelle Aufgaben sowie Lektorats- und Übersetzertätigkeiten werden außerdem von Susanne Bund, Graeme Currie, Elena Kropatcheva, Ina Shakhrai, Keith Semple und Uwe Polley wahrgenommen. Übersetzungen wurden 2012 außerdem von Alexander Molter, Ute Nissen, Uwe Polley, Isabelle Tannous und Michael Weh angefertigt. Die deutsche und die englische Ausgabe erscheinen im Nomos-Verlag, Baden-Baden, die russische Edition im Verlag *Prawa Tschelowjeka* in Moskau.



Das Auswärtige Amt finanziert den Druck des OSZE-Jahrbuchs und übernimmt einen Teil der Personalkosten. Es unterstützt außerdem die Verteilung von Freixemplaren z.B. an Außenministerien und OSZE-Einrichtungen sowie an Universitäten und Bibliotheken. Das OSZE-Jahrbuch dient darüber hinaus an der OSZE-Akademie in Bischkek, am Moscow State Institute for International Relations (MGIMO) und an weiteren Hochschulen in der GUS als Lehrbuch. Die Beiträge früherer Ausgaben des OSZE-Jahrbuchs sind als Volltexte (englisch und deutsch bis 2010) auf der CORE-Website, <http://core-hamburg.de>, erhältlich.

Obwohl das OSZE-Jahrbuch keine offizielle OSZE-Publikation ist, erfreut es sich seit vielen Jahren der Unterstützung durch die Organisation und ihre Institutionen, insbesondere das OSZE-Sekretariat in Wien.

Das OSZE-Jahrbuch 2012

Auch im nunmehr 18. Jahr seines Erscheinens bietet das OSZE-Jahrbuch eine Fülle von Informationen rund um die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Das *OSCE Yearbook 2012* erscheint im Winter 2012/2013, die deutsche Ausgabe folgt im Sommer 2013. Die russische Edition des Jahrbuchs 2010 ist 2012 erschienen.

Im Abschnitt „Die OSZE und die europäische Sicherheit“ werfen Rytis Paulauskas und Walter Kemp einen Blick zurück auf den litauischen OSZE-Vorsitz des Jahres 2011. Rolf Mützenich und Matthias Karádi erörtern das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft und gehen der Frage nach, ob und inwieweit die OSZE auf dem Weg zu einer solchen ist, während Wolfgang Zellner die *Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community (IDEAS)* vorstellt. Im



Anschluss daran präsentiert Elisa Perry die Ergebnisse der *Euro-Atlantic Security Initiative* (EASI), die von 2009 bis 2012 vom *Carnegie Endowment for International Peace* durchgeführt wurde.

Im Mittelpunkt des Kapitels über die innenpolitischen Entwicklungen in ausgewählten OSZE-Teilnehmerstaaten stehen 2012 Russland (Elena Kropatcheva), Ungarn (Pál Dunay), Bosnien und Herzegowina (Tobias Flessenkemper), Kirgisistan (Azamat Termirkulov) und Usbekistan (Alisher Ilkhamov). Rosemarie Will befasst sich mit dem Umgang der deutschen Behörden mit der Mordserie des rechtsextremen NSU.

Im Abschnitt über die Aufgaben und Tätigkeiten der OSZE berichtet Sven Singhoven von den aktuellen Entwicklungen im Nordkaukasus; Alice Ackermann gibt einen Überblick über den neuesten Stand der Arbeit der OSZE im Bereich Konfliktprävention.

Auch 2012 bildet das 20-jährige Jubiläum einer OSZE-Institution den Themenschwerpunkt: 1992 wurde in Helsinki das Amt des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) ins Leben gerufen. In diesem Kontext befasst sich Olivier Brenninkmeijer mit dem Mandat und der Geschichte des HKNM; Natalie Sabadnadze gibt einen Überblick über die Entwicklung der Institution. Im Anschluss daran wird die Arbeit des HKNM anhand einzelner Fallstudien u.a. zur Ukraine (Klemens Büscher), zu den baltischen Staaten (Jennifer Croft), Mazedonien (Marcin Czaplinski) und Georgien (Manon de Courten) veranschaulicht. Hans-Joachim Heintze setzt sich im Detail mit den inhaltlichen Empfehlungen des HKNM auseinander.

Mit dem Stand der Implementierung des „Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit“ befasst sich Loïc Simonet; Juliane Markard-Narten und Jens Narten unterziehen das Projektmanagementkonzept der OSZE bzw. ihrer Mission im Kosovo einer kritischen Evaluierung, bevor Graeme Herd abschließen die Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ auf die OSZE analysiert.

Wie stets enthält das Jahrbuch einen umfangreichen Anhang mit Daten und Fakten zu den OSZE-Teilnehmerstaaten, einer Chronologie der Ereignisse und Veranstaltungen sowie einer aktuellen Literaturliste. Das OSZE-Jahrbuch richtet sich an Politikschaffende und Entscheidungsträger ebenso wie an Hochschuldozenten und Studenten, Journalisten und die breite Öffentlichkeit. Die Herausgabe des OSZE-Jahrbuchs soll zur politischen und akademischen Diskussion über europäische Sicherheit im nationalen, regionalen und internationalen Kontext beitragen und enge Bindungen zwischen Wissenschaft, Politik und der Öffentlichkeit herstellen

8.4 Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2012

IFSH¹

- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2011, Baden-Baden 2012.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.): Challenges in Cybersecurity. Risks, Strategies, and Confidence-Building, Report of a Conference organized by the German Foreign Office, the FU Berlin, UNIDIR and IFSH, 13.-14. December 2011, Berlin/Hamburg.
- Jahresbericht 2011, Hamburg 2012, sowie unter: http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/Publikationen/ JB%202011%20mit%20fotos%20final_klein.pdf.
- Annual Report 2011, unter: http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/Publikationen/AR2011.pdf.
- IFSH-aktuell 90/2012. Dezember-Januar 2011-2012. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell90en.pdf>.



1 * = double blind peer reviewed; ** = peer reviewed; fett= Zeitschrift der „Thomson Reuters Master Journal List“ (ISI-Liste).



- IFSH-aktuell 91/2012. Februar-März 2012. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell91en.pdf>.
- IFSH-aktuell 92/2012. April-Mai 2012. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell92en.pdf>.
- IFSH-aktuell 93/2012. Juni-Juli 2012. Englische Fassung: IFSH News, unter http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/ifshnews93en.pdf.
- IFSH-aktuell 94/2012. August-September. Englische Fassung unter: http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/ifsh%20news%202012%2028August-September%202012%2029-1.pdf
- IFSH-aktuell 95/2012. Oktober-November. Englische Fassung unter:
- Challenges in Cybersecurity. Risks, Strategies, and Confidence-Building, Report of a Conference organized by the German Foreign Office, the FU Berlin, UNIDIR and IFSH, 13.-14. December 2011, Berlin/Hamburg 2012 (Hrsg.).



Christian Alwardt

- Raketenabwehr in Europa – Theaterdonner oder Rückkehr des Kalten Krieges, in: Wissenschaft und Frieden 1/2012, S. 36-38 (mit Hans Christian Gils und Götz Neuneck).

Raphael Bossong

- **Peer reviews in the fight against terrorism – a hidden dimension of European security governance, in: Cooperation & Conflict 4/2012, S. 519-538.***
- The Evolution of EU Counter-Terrorism Policy: European Security Policy After 9/11. Milton Keynes: Routledge, 2012.*
- EU civilian crisis management and organisational learning, in: European Security 4/2012, unter: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09662839.2012.704364>.*
- Capacity-building at the Headquarter Level: The Case of EU Civilian Peace Operations, in: Journal of Intervention and Statebuilding 4/2012, S. 351-368 (mit Thorsten Benner).*
- The Fight against International Terrorism – Driver and Yardstick for EU Homeland Security, in: Kaunert, C. et al. (Hrsg.), European Homeland Security: Politics, Coincidence and Strategy. Milton Keynes: Routledge, 2012.**
- EU Civilian Crisis Management and Organisational Learning, EUSECON Working Paper, 62.**

Michael Brzoska

- **Climate Change and Violent Conflict, in: Science 6083/2012, S. 869-871 (mit Jürgen Scheffran, Jamin Kominek, Peter Michael Link und Janpeter Schilling).***
- **Climate Change and the military in China, Russia, the United Kingdom and the United States, in: Bulletin of the Atomic Scientists 2/2012, S. 43-54.***
- **Possible implications of climate engineering for peace and security, in: Bulletin of the American Meteorological Society online (BAMS), unter: <http://journals.ametsoc.org/doi/pdf/10.1175/BAMS-D-12-00022.1> (mit Peter Michael Link, Achim Maas, Götz Neuneck und Jürgen Scheffran).***
- Friedensforschung und Internationale Beziehungen – Lob der Verschiedenheit, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/2012, S. 127-142.*
- Climate Change, Human Security and Violent Conflict – Challenges for Societal Stability, Springer Publishers, Heidelberg 2012 (Hrsg. mit Jürgen Scheffran, Hans Günter Brauch, Peter Michael Link und Janpeter Schilling).*
- Climate change as a driver of security policy, in: Jürgen Scheffran, Michael Brzoska, Hans Günter Brauch, Peter Michael Link, Janpeter Schilling (Hrsg.), Climate Change, Human Security and Violent Conflict – Challenges for Societal Stability, Springer Publishers, Heidelberg, S.165-184.*
- The Role of Sanctions in Non-Proliferation, in: Oliver Meier/Christopher Daase (Hrsg.), Arms Control in the 21st Century, London, Routledge 2012, S. 123-145.
- Conclusions and Outlook: Research Results and Research Needs, in: Jürgen Scheffran, Michael Brzoska, Hans Günter Brauch, Peter Michael Link, Janpeter Schilling (Hrsg.), Climate Change, Human Security and Violent Conflict – Challenges for Societal Stability, Springer Publishers, Heidelberg 2012, S. 797-817 (mit Jürgen Scheffran, Hans Günter Brauch, Peter Michael Link, Janpeter Schilling).
- Direkte Eingriffe ins Klima. Eine friedenspolitische Herausforderung? Tagung am Klima Campus Hamburg, 10./11. November 2011, in: Wissenschaft und Frieden 1/2012, S. 44-45, unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1768> (mit Achim Maas, Michael Link, Götz Neuneck und Jürgen Scheffran).





- Sieben Schritte zur friedlichen Lösung des Atomkonfliktes mit dem Iran, in: *WeltTrends. Zeitschrift für Internationale Politik* 84/2012, S. 93-98 (mit Oliver Meier und Götz Neuneck).
- Geoengineering – Möglichkeiten und Risiken, in: *S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 4/2012, S. 185-193 (mit P. Michael Link und Götz Neuneck).
- Vertrag über den Waffenhandel: Staatenkonferenz 2.-27.Juli 2012, in: Vereinte Nationen. *Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen* 5/2012, S. 223-225 (mit Ulrich Kühn).
- Climate Change and the Military, e-international relations, March 16, 2012, unter: <http://www.e-ir.info/2012/03/16/climate-change-and-the-military/>.
- Massenmigration und Klimakriege? Diskurse über Klimawandel als Sicherheitsbedrohung und ihr Einfluss auf die Politik, in: *Wissenschaft und Frieden* 3/2012, S. 19–22 (mit Angela Oels).
- Primat außenpolitischer Interessen, in: *Wie weit sollen deutsche Soldaten gehen? Politischer Wille, sicherheitspolitische Strategie und friedensethische Normen*, epd-Dokumentation 45/2012 S. 17-19.
- Krieg und Frieden. Wo werden die Krisenherde 2030 liegen? *Zukunft 2030. Visionen der Welt von morgen*. Gütersloh/München, Brockhaus, S. 210-227.
- Seven Steps on the Way Towards a Peaceful Resolution of the Conflict Over Iran's Nuclear Activities, *Arms Control Now (The Blog of the Arms Control Association)*, 20 April 2012, unter: <http://armscontrolnow.org/2012/04/20/seven-steps-on-the-way-towards-a-peaceful-resolution-of-the-conflict-over-irans-nuclear-activities> (mit Oliver Meier und Götz Neuneck).
- Erhard Geißler: Drosophila oder die Versuchung. Ein Genetiker der DDR gegen Krebs und Biowaffen, Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag), 2010, besprochen in: *S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 1/2012, S. 59-60.

Hans-Georg Ehrhart

- NATO and counterinsurgency in Afghanistan, in: *Panorama. Intercultural Journal of Interdisciplinary Ethical and Religious Studies for Responsible Research* 23/2011, S. 132-151 (mit Roland Kaestner).*
- The EU, Counter-Piracy, and the Somalia Challenge: Towards a Comprehensive Approach?, in: *European Foreign Affairs Review* 2/2012, S. 261-281.*
- Somalia: „Gescheiterter Staat“ als Arena für Machtverschiebungen, in: Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Janet Kursawe/Margret Johannsen (Hrsg.), *Friedensgutachten 2012*, Berlin: LIT, 2012, S. 182-195. (mit Kerstin Petretto).**
- Afghanistan in the Balance. Counterinsurgency, Comprehensive Approach, and Political Order, Montreal/Kingston: McGill-Queens University Press, 2012 (Hrsg. mit Sven Gareis und Charles Pentland).**.
- Introduction, in: Hans-Georg Ehrhart/Sven Gareis/Charles Pentland (Hrsg.), *Afghanistan in the Balance. Counterinsurgency, Comprehensive Approach, and Political Order*, Montreal/Kingston: McGill-Queens University Press, 2012, S. 1-10.
- US/NATO Counterinsurgency in Afghanistan: Evaluating Concepts and Practices, in: Hans-Georg Ehrhart/Sven Gareis/Charles Pentland (Hrsg.), *Afghanistan in the Balance. Counterinsurgency, Comprehensive Approach, and Political Order*, Montreal/Kingston: McGill-Queens University Press, 2012, S. 13-35 (mit Roland Kaestner).
- L'interaction civilo-militaire dans la politique de sécurité allemande: le cas de l'Afghanistan, *Note du Cerfa* 91, Décembre 2011, Paris 2011, http://www.ifri.org/?page=detail-contribution&id=6943&id_provenance=97.
- Die EU und die NATO, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2011, Baden-Baden 2012, S. 535-540.
- The EU and Somalia: Counter-Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, *Study for The Greens/ European Free Alliance*, Hamburg 2012 (mit Kerstin Petretto).
- The EU and Somalia: Counter-Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, in: *Piracy Studies. Academic Research on Contemporary Maritime Piracy*, unter: <http://piracy-studies.org/2012/the-eu-and-somalia-counter-piracy-and-the-question-of-a-comprehensive-approach/> (mit Kerstin Petretto).
- Ist die Mandatserweiterung von Atalanta sinnvoll? *Stellungnahme* 23.4.2012, unter: <http://www.ifsh.de/index.php/einzelseite-358/items/ist-die-mandatserweiterung-von-atalanta-sinnvoll.html>.
- EU must build on limited success against Somali pirates, *World Policy Review*, 29. Mai 2012, unter: <http://www.worldpoliticsreview.com/trend-lines/11998/global-insider-eu-must-build-on-limited-success-against-somali-piracy>.
- Das Ende der Illusionen, bpb-Dossier Innerstaatliche Konflikte, <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/140272/debatten>.
- Deutschland und die Herausforderung „vernetzter Sicherheit“ bei der Pirateriebekämpfung: *Governancestrukturen und -akteure, PiraT-Arbeitspapiere zur maritimen Sicherheit* Nr. 19/2012 (mit Heinz-Dieter Jopp, Roland Kaestner, Kerstin Petretto).

Frank Evers

- OSCE Conflict Management and the Kyrgyz Experience in 2010. *Advanced Potentials, Lack of Will, Limited Options*, CORE Working paper 24, Hamburg 2012, unter: http://www.core-hamburg.de/documents/CORE_Working_Paper_24.pdf.
- The Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community, in: *IFSH Annual Report 2011*, S. 14-17 (mit Ulrich Kühn und Wolfgang Zellner).
- Die Initiative zur Entwicklung einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS), in: *IFSH-Jahresbericht 2011*, S. 17–21 (mit Ulrich Kühn und Wolfgang Zellner).



Anne Finger

- Europe and Global Zero, in: Europe and the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (Clara Portela, Coord.), UNISCI Discussion Papers, 30/2012, S. 59-76.*
- Konferenzbericht: Tactical Nuclear Weapons and the NATO-Russia Dialogue, 12. März 2012.

Jürgen Groß

- Ein Modell für die neuen Freiwilligenstreitkräfte, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 3/2012, S. 44-46.
- Wie Bundeswehr, Politik und Gesellschaft mit posttraumatischen Belastungsstörungen bei Soldaten umgehen. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 159/2012 (Hrsg. mit Detlef Bald/Hans-Günter Fröhling/ Berthold Meyer/Claus von Rosen).



Amanda Guidero

- Humanitarian, Development, and Private Security Actors in the Field: A Security Analysis in Somalia, ZEUS Working Paper 2, Hamburg 2012.

CyberSecurity als Aufgabe von Außen- und Sicherheitspolitik?



Hendrik Hegemann

- Politische Entscheidungen und das Risiko Terrorismus, in: Christopher Daase/Philipp Offermann/Valentin Rauer (Hrsg.): Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt/New York: Campus 2012, S. 159-182 (mit Martin Kahl).**
- Between Great Transformation and Politics as Usual. Formal and Informal Security Governance in EU Counterterrorism Policy. Economics of Security Working Paper 61, Berlin: Economics of Security 2012.**

Überlegen Sie, was die Bedeutung von CyberSecurity für die Außen- und Sicherheitspolitik ist. ...

Friedensforschung will gelernt sein: Promovieren am IFSH

Regina Heller

- The ‘dark’ side of normative argumentation – The case of counterterrorism policy, in: Global Constitutionalism 2/2012, S. 278-312 (mit Martin Kahl und Daniela PISOIU). *
- Subjectivity Matters. Reconsidering Russia’s Relations with the West, in: Roger E. Kanet/Maria R. Freire (eds.): Russia & European Security, Dordrecht: Republic of Letters Publishing, 2012, S. 45-78.**

Stephan Hensell

- **The Patrimonial Logic of the Police in Eastern Europe, in: Europe-Asia Studies 5/2012, S. 811-833.***

Margret Johannsen

- Auf Eis gelegt, aber nicht gelöst: der israelisch-palästinensische Konflikt, in: Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Janet Kursawe/Margret Johannsen (Hrsg.), Friedensgutachten 2012, Berlin: LIT, 2012, S. 277-293 (mit Claudia Baumgart-Ochse).**
- Hezbollah and Hamas. Islamic Insurgents with Nationalist Causes, in: Paul B. Rich and Isabelle Duyvesteyn (eds), The Routledge Companion to Insurgency and Counterinsurgency, London: Routledge, 2012 (mit Judith Palmer Harik). **
- Designing Disarmament Strategies. The Case of Hamas, in: Bernd W. Kubbig/Sven-Eric Fikenscher (eds), Arms Control and Missile Proliferation in the Middle East. London: Routledge, 2012, S. 186-214 (mit Ghassan Khatib und Anat Kurz). **
- Friedensgutachten 2012, Berlin: LIT, 2012 (Hrsg. mit Bruno Schoch /Corinna Hauswedell/ Janet Kursawe).
- Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen – Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen, in: Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Janet Kursawe/Margret Johannsen (Hrsg.), Friedensgutachten 2012, Berlin: LIT, 2012, S. 1-29 (mit Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Janet Kursawe).

Martin Kahl

- The ‘dark’ side of normative argumentation – The case of counterterrorism policy, in: Global Constitutionalism 2/2012, S. 278-312 (mit Regina Heller und Daniela PISOIU). *
- Zehn Jahre „War on Terror“: Präventivkriege und gezielte Tötungen, in: Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Janet Kursawe/Margret Johannsen (Hrsg.), Friedensgutachten 2012, Berlin: LIT, 2012, S. 73-84. **
- Politische Entscheidungen und das Risiko Terrorismus, in: Christopher Daase/Philipp Offermann/Valentin Rauer (Hrsg.), Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt/New York: Campus 2012, S. 159-182 (mit Hendrik Hegemann). **
- Verification and Monitoring of International Arms Control Agreements in the 21st Century, Research Group on Monitoring & Verification, Hamburg: ZNF Occasional Paper No. 13, December 2011.

Anna Kreikemeyer

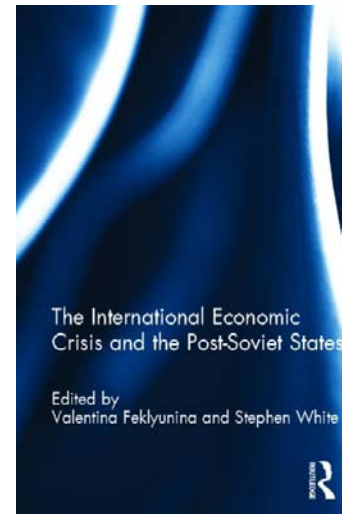
- **Herrschaft statt Sicherheit. Die Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit, in: Osteuropa 5/2012, S. 81-91.***



- Conflict Management by the OSCE: Chances in and Barriers to Institutional Conflict Management from a Political Scientist's Point of View, in: Sergey A. Manichev/Alexander Redlich (eds.), *Embedding Mediation in Society: Theory – Research – Practice – Training*. Saint Petersburg Dialogue, Frankfurt: Peter Lang, 2012, S. 161-166.

Elena Kropatcheva

- Russia and the role of the OSCE in European security: a 'Battlefield' of interests?, in: *European Security* 3/2012, S. 370-394.*
- Russian Foreign Policy in the Realm of European Security through the Lens of Neoclassical Realism, in: *Journal of Eurasian Studies* 3/2012, S. 30-40.*
- Ukraine's Foreign Policy Choices after the 2010 Presidential Election, in: Valentina Feklyunina, Stephen White (Hrsg.), *The International Economic Crisis and the Post-Soviet States*, New York: Routledge 2012, S.-186-206. *
- Presidential Election in Belarus in 2010: The Winner Takes It All?, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (ed.), *OSCE Yearbook 2011*, Baden-Baden 2012, S., S. 87-106.



Ulrich Kühn

- A weapons of mass destruction-free zone in the Middle East: A pipe dream or a concrete goal?, in: *IFSH Annual Report 2011*, S. 24-29.
- The Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community, in: *IFSH Annual Report 2011*, S. 14-17 (mit Frank Evers und Wolfgang Zellner).
- Eine massenvernichtungswaffenfreie Zone Nahost: Wunschtraum oder konkretes Ziel?, in: *IFSH-Jahresbericht 2011*, S. 28-33.
- Die Initiative zur Entwicklung einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS), in: *IFSH-Jahresbericht 2011*, S. 17–21 (mit Frank Evers und Wolfgang Zellner).
- Non-Proliferation Through Fuel Cooperation, in: *Global Perspectives, Magazine for International Cooperation (International Edition)*, 2/2012, S. 21-22.
- Generalversammlung: Kernwaffenfreie Zone Nahost, in *Vereinte Nationen. German Review on the United Nations* 1/2012, S. 28-29.
- Vertrag über den Waffenhandel: Staatenkonferenz 2.-27.Juli 2012, in: *Vereinte Nationen. Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen* 5/ 2012, S. 223-225 (mit Michael Brzoska).
- Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community. From Vision to Reality, Hamburg, Paris, Moskau, Warschau 2012 (mit Wolfgang Zellner, Lukasz Kulesa, Camille Grand et al.).
- Non-Proliferation Through Fuel Cooperation. Viewpoint unter: http://www.nuclearabolition.net/index.php?option=com_content&view=article&id=642:non-proliferation-through-fuel-cooperation&catid=16:nuclear-abolition-news-and-analysis&Itemid=17.

Katarzyna Kubiak

- Przemilczane bomby nuklearne; in: *Stosunki Międzynarodowe; Fundacja Instytut Badań nad Stosunkami Międzynarodowymi* 73-74/2012, S. 22-23.
- Atomowy balet; in: *Stosunki Międzynarodowe; Fundacja Instytut Badań nad Stosunkami Międzynarodowymi* 75-76/2012, S. 41.
- Szansa na sukces; in: *Stosunki Międzynarodowe; Fundacja Instytut Badań nad Stosunkami Międzynarodowymi*; <http://www.stosunki.pl/?q=content/szansa-na-sukces>

Kulipanova, Elena:

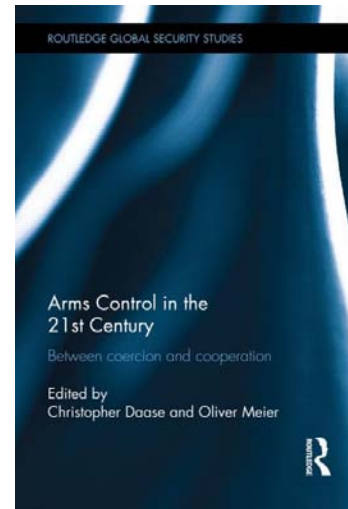
- How Effective is Development Aid?, On Concepts and Methods of Measuring Aid Effectiveness, in: – *International Transport in Central Asia, Understanding the Patterns of (Non)cooperation*, Working Paper No. 2, Institute of Public Policy and Administration, University of Central Asia, 2012, unter: www.ucentralasia.org/ippa.asp.
- *International Transport in Central Asia, Current Problems and Ways Forward*, Policy Brief, Institute of Public Policy and Administration, University of Central Asia, July 2012, unter: www.ucentralasia.org/ippa.asp.

Oliver Meier

- European efforts to control the spread of enrichment and reprocessing technologies, *UNISCI Discussion Papers*, No. 30, October 2012.*
- *Arms control in the 21st century: Between coercion and cooperation*. New York: Routledge 2012. (Hrsg. mit Christopher Daase).**
- Introduction, in: Oliver Meier/Christopher Daase (Hrsg.): *Arms control in the 21st century: Between coercion and cooperation*. New York: Routledge, S. 3-11 (mit Christopher Daase).
- Non-cooperative arms control, in: Oliver Meier/Christopher Daase (Hrsg.): *Arms control in the 21st century: Between coercion and cooperation*. New York: Routledge, S. 39-66.



- The changing nature of arms control and the role of coercion, in: Oliver Meier/Christopher Daase (Hrsg.): Arms control in the 21st century: Between coercion and cooperation. New York: Routledge, S. 233-241 (mit Christopher Daase).
- NATO Sticks With Nuclear Policy, in: Arms Control Today, 5/2012.
- Vor dem Nato-Gipfel: Dilemmata europäischer Rüstungskontrolle, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2012, S. 59-68 (mit Götz Neuneck und Wolfgang Zellner).
- Sieben Schritte zur friedlichen Lösung des Atomkonfliktes mit dem Iran, in: WeltTrends. Zeitschrift für Internationale Politik 84/2012, S. 93-98 (mit Michael Brzoska und Götz Neuneck).
- BWC Meeting Makes Incremental Changes, in: Arms Control Today 1/2012, S. 32-34 (mit Daniel Horner).
- No German pledge on nuclear-capable aircraft modernization, Arms Control Now: The Blog of the Arms Control Association, 12. September 2012, unter: <http://armscontrolnow.org/2012/09/12/no-german-pledge-on-nuclear-capable-aircraft-modernization>.
- Kampfdrohnen sind anders, in: taz, 9. August 2012, S. 10.
- What now? Germany & U.S. nuclear weapons after the Chicago summit, What's New in Nukes?, IKV Pax Christi, July 10, 2012, <http://www.nonukes.nl/en/blog/what-now-germany-&-u.s.-nuclear-weapons-after-the-chicago-summit>.
- Seven Steps on the Way Towards a Peaceful Resolution of the Conflict Over Iran's Nuclear Activities, Arms Control Now (The Blog of the Arms Control Association), 20 April 2012, unter: <http://armscontrolnow.org/2012/04/20/seven-steps-on-the-way-towards-a-peaceful-resolution-of-the-conflict-over-irans-nuclear-activities> (mit Michael Brzoska und Götz Neuneck).
- In Chicago, NATO should do a Sarkozy, European Leadership Network for Multilateral Nuclear Disarmament and Non-proliferation, 16 April 2012, unter: http://www.europeanleadershipnetwork.org/in-chicago-nato-should-do-a-sarkozy_358.html.
- Germany pushes for changes in NATO's nuclear posture, Arms Control Now (The Blog of the Arms Control Association), 14 March 2012, unter: <http://armscontrolnow.org/2012/03/14/germany-pushes-for-changes-in-natos-nuclear-posture>.
- Don't neglect the Biological Weapons Convention, Arms Control Now (The Blog of the Arms Control Association), 12 January 2012, unter: <http://armscontrolnow.org/2012/01/12/dont-neglect-the-biological-weapons-convention>.



Reinhard Mutz

- Keine westliche Intervention in Syrien, in: Hans-Joachim Reeb (Hrsg.), Sicherheitspolitik – Themenheft für Politik- und Ökonomieunterricht 3, Schwalbach 2012, S. 39.
- Gefahr im Verzug – Das Parlamentsrecht über die Bundeswehr muss verschärft werden, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 4/2012, S. 234-235.
- Verhandelt mit Assad! Das Blutvergießen in Syrien hört nicht auf, weil es der Vermittlungsaktion des UN-Sondergesandten Kofi Annan an internationaler Unterstützung fehlt, in: die tageszeitung vom 16. Mai 2012, S. 12.
- Der einsame Gesandte – Syrien: Kofi Annans Friedensplan scheiterte am Boykott der internationalen Politik und an der Brutalisierung auf beiden Seiten, in: Main Echo vom 3. August 2012, S. 3.
- Hoffnung auf Frieden in Syrien? Die Selbstblockade der internationalen Gemeinschaft, in: Streitkräfte und Strategien (NDR Info) vom 7./8. April 2012, unter: http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript349.pdf.
- Syrien-Krisenmanagement: UN-Friedensplan ohne Chance?, in: Streitkräfte und Strategien (NDR Info) vom 5./6. Mai 2012, unter: http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript353.pdf.
- Friedenspolitik mit doppeltem Boden – Warum das Blutvergießen in Syrien nicht aufhört, in: Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur) vom 14. Mai 2012, Unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1755764/>.
- Künftig am Parlament vorbei? Über die Rechte des Bundestages bei Auslandseinsätzen deutscher Streitkräfte wird wieder gestritten, in: Streitkräfte und Strategien (NDR Info) vom 16./17. Juni 2012, unter: http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript359.pdf.
- Der einsame Emissär – Kofi Annans Friedensplan für Syrien scheiterte am Boykott der internationalen Politik, in: Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur) vom 1. August 2012, unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1827167/>.
- Bündnissolidarität à la carte? Für den Raketeneinsatz in der Türkei fehlt es an überzeugenden Gründen, in: Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur) vom 11. Dezember 2012, unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1946130/>.
- Andreas Rinke und Christian Schwägerl, Elf drohende Kriege – Künftige Konflikte um Technologien, Rohstoffe, Territorien und Nahrung, München 2012, besprochen in: Lesart (Deutschlandradio Kultur) vom 26. August 2012, unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/lesart/1849043/>.

*Götz Neuneck*

- **Possible implications of climate engineering for peace and security, in: Bulletin of the American Meteorological Society online (BAMS), unter: <http://journals.ametsoc.org/doi/pdf/10.1175/BAMS-D-12-00022.1> (mit Michael Brzoska, Peter Michael Link, Achim Maas und Jürgen Scheffran). ***
- Cyber War oder Cyber Peace: Wird das Internet zum Kriegsschauplatz, in: Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Janet Kursawe/Margret Johannsen (Hrsg.), Friedensgutachten 2012, Berlin: LIT, 2012, S. 136-149.**
- Direkte Eingriffe ins Klima. Eine friedenspolitische Herausforderung? Tagung am Klima Campus Hamburg, 10./11. November 2011, in: Wissenschaft und Frieden 1/2012, S. 44-45, unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1768> (mit Achim Maas, Michael Brzoska, Michael Link und Jürgen Scheffran).
- Raketenabwehr in Europa. Theaterdonner oder Rückkehr des Kalten Krieges?, in: Wissenschaft und Frieden 1/2012, S. 36-38. (mit Christian Alwardt und Hans Christian Gils).
- Seven Steps on the Way Towards a Peaceful Resolution of the Conflict Over Iran's Nuclear Activities, Arms Control Now (The Blog of the Arms Control Association), 20 April 2012, unter: <http://armscontrolnow.org/2012/04/20/seven-steps-on-the-way-towards-a-peaceful-resolution-of-the-conflict-over-irans-nuclear-activities> (mit Michael Brzoska und Oliver Meier).
- Bridging the Missile Gap, The New York Times, 17 May 2012, unter: <http://www.nytimes.com/2012/05/18/opinion/bridging-the-missile-defense-gap.html?ref=global> (mit Ivanka Barzashka, Timur Kadyshev und Ivan Oelrich).
- Tactical Nuclear Weapons and NATO: European and German Perspectives, in: Tom Nichols, Douglas Stuart, Jeffrey D. McCausland (Eds): Tactical Nuclear Weapons and NATO, U.S. Army Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle Barracks, PA, April 2012, unter: <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?PubID=1103>.
- Sieben Schritte zur friedlichen Lösung des Atomkonfliktes mit dem Iran, in: WeltTrends. Zeitschrift für Internationale Politik 84/2012, S. 93-98 (mit Michael Brzoska und Oliver Meier).
- Vor dem Nato-Gipfel: Dilemmata europäischer Rüstungskontrolle, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 5/2012, S. 59-68 (mit Oliver Meier und Wolfgang Zellner).
- Carl Friedrich von Weizsäcker: Hamburg und das IFSH, in: ifsh aktuell, Juni 2012 S. 1-2.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.): Challenges in Cybersecurity. Risks, Strategies, and Confidence-Building, Report of a Conference organized by the German Foreign Office, the FU Berlin, UNIDIR and IFSH, 13.-14. December 2011, Berlin/Hamburg 2012 (Mitverf.)
- Pugwash „Remember Your Humanity and Forget the Rest (I-III), Das Blättchen Vol. 15, Nr. 22, 29. Oktober 2012, S. 13-15; Nr. 23., 12. November 2012, S. 14-15, Nr. 24, 26. November 2012, S. 17-19.
- Nichtweiterverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, in: Michael Staack (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik. Ein Studienbuch, 5. Auflage, München: Oldenbourg Verlag, 2012, S. 737-785.
- Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung. Erinnerungen an Carl Friedrich von Weizsäcker, in: Ulrich Bartosch/Reiner Braun, (Hrsg.), Perspektiven und Begegnungen – Carl Friedrich von Weizsäcker zum 100. Geburtstag. Berlin/Münster: LIT, 2012, S. 178-188.
- Geoengineering – Möglichkeiten und Risiken, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 4/2012, S. 185-193 (mit Michael Brzoska und P. Michael Link).

Michel Penke

- Like and Strike. Die Bedeutung der Neuen Medien im Arabischen Frühling. IFAR Working Paper 18, Hamburg 2012, unter: http://www.ifsh.de/IFAR/pdf/wp_18.pdf.
- John Akude/Anna Daun/David Egner/Daniel Lambach (Hrsg.), Politische Herrschaft jenseits des Staates. Zur Transformation von Legitimität in Geschichte und Gegenwart, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 2011, besprochen in: in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 2/2012, S.122-123.

Kerstin Petretto

- The EU, the Somalia Challenge, and Counter-piracy: Towards a Comprehensive Approach?. European Foreign Affairs Review 2/2012, S. 261-284 (mit Hans-Georg Ehrhart).*
- Somalia: „Gescheiterter Staat“ als Arena für Machtverschiebungen, in: Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Janet Kursawe/ Margret Johannsen (Hrsg.), Friedensgutachten 2012, Berlin: LIT, 2012, S. 182-195 (mit Hans-Georg Ehrhart). **
- The EU and Somalia: Counter-Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, Study for The Greens/ European Free Alliance, Hamburg 2012 (mit Kerstin Petretto).





- Diebstahl, Raub und erpresserische Geiselnahme im maritimen Raum – Eine Analyse zeitgenössischer Piraterie, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 158/2012 (aktualisierte Fassung des PiraT Arbeitspapiers Nr. 8, 2011).
- Ist die Mandatserweiterung von Atalanta sinnvoll? IFSH Stellungnahme, 23.04.2012 (mit Hans-Georg Ehrhart).
- The EU and Somalia: Counter-Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, in: Piracy Studies. Academic Research on Contemporary Maritime Piracy, unter: <http://piracy-studies.org/2012/the-eu-and-somalia-counter-piracy-and-the-question-of-a-comprehensive-approach/> (mit Hans-Georg Ehrhart).

Daniela Pisoiu

- Pragmatic persuasion in counterterrorism, in: Critical Studies on Terrorism 3/2012, S. 297-317 *
- The 'dark' side of normative argumentation – The case of counterterrorism policy, in: Global Constitutionalism 2/2012, S. 278-312 (mit Regina Heller und Martin Kahl). *

Sybille Reinke de Buitrago

- Portraying the Other in International Relations: Cases of Othering, Their Dynamics and the Potential for Transformation. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing 2012 (Hrsg.).
- Introduction. Othering in International Relations: Significance and Implications, in: Sybille Reinke de Buitrago (Hrsg.), Portraying the Other in International Relations: Cases of Othering, Their Dynamics and the Potential for Transformation., Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing, 2012, S. xiii-xxv.

*Ute Runge*

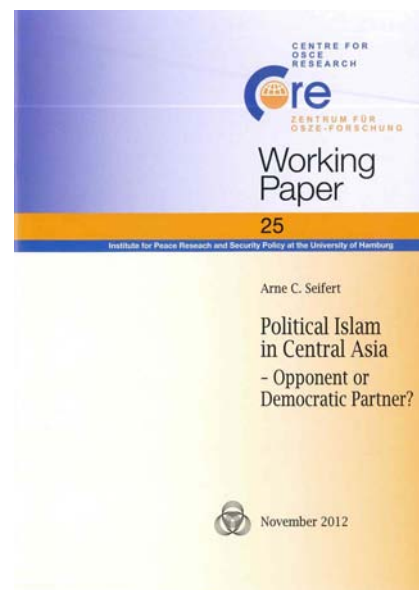
- OSCE Selected Bibliography 2010/2011, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.), OSCE Yearbook 2011, Baden-Baden 2012, S. 485-503.
- Literatúrauswahl zur OSZE 2010/2011, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2011, Baden-Baden 2012, S.
- Neuerscheinungen, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 1/2012, S.56-57.
- Neuerscheinungen, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 2/2012, S.115-116.
- Neuerscheinungen, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 3/2012, S.171-172.
- Neuerscheinungen, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 4/2012, S.238-239.

Arne C. Seifert

Der politische Islam in Zentralasien – Gegner oder demokratischer Partner?, CORE Working Paper 25/2012.

Sebastian Schiek

- Seeing like a President – The 'Dilemma of Inclusion' in Kazakhstan, in: Susan Stewart, Margarete Klein, Andrea Schmitz and Hans-Henning Schröder (eds): Presidents, Oligarchs and Bureaucrats: Forms of Rule in the Post-Soviet Space, Farnham: Ashgate, 2012, S. 203-222 (mit Stephan Hensell).

*Ursel Schlichting*

- Preface, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2011, Baden-Baden 2012, S. 13-18.
- Vorwort, in: , in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2011, Baden-Baden 2013, S. 15-20.
- Predislovie [Vorwort], in: Institut isledovanija problem mira i politiki bezopasnosti pri universitete Gamburga/Moskovski gosudarstvennyi institut meždunarodnyh otnošeni (universitet) (Hrsg.), Ežegodnik OBSE 2010 [OSZE-Jahrbuch 2010], Moskau 2012, S. 13-18.

Johann Schmid

- Clausewitz: Vom Kriege – für den Frieden, in: Journal der Politisch-Militärischen Gesellschaft, Denkwürdigkeiten 80/2012, S. 1-7.
- Understanding War. Understanding the Essence of War – for Security and Peace, in: IFSH – Annual Report 2011, Hamburg 2012, S. 18-23.



- Krieg verstehen. Das Wesen des Krieges verstehen – für Sicherheit und Frieden, in: IFSH-Jahresbericht 2011 Hamburg 2012, S. 21-26.

Patricia Schneider

- German maritime security governance: a perspective on the Indian Ocean Region, in: Journal of the Indian Ocean Region 2/2012, S. 142-165. *
- Editorial: Maritime Terrorism and Piracy in the Indian Ocean Region, in: Journal of the Indian Ocean Region 2/2012, S. 107-110 (mit Andrew C. Winner, Awet T. Weldemichael).
- Indikatoren – Beitrag des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Security Governance, Risikoanalyse, Indikatoren: Zentralbegriffe des PiraT-Projekts, in: Verbundprojekt PiraT (Hrsg.) (2012): Indikatoren zur Risikobewertung von Piraterie und maritimem Terrorismus: Problematisierung und Ergebnisse – Gemeinsamer Bericht der wissenschaftlichen Partner des Projekts PiraT. PiraT Arbeitspapier zur Maritimen Sicherheit Nr. 18, Hamburg 2012 5-20, http://www.maritimesecurity.eu/fileadmin/content/news_events/workingpaper/PiraT_Arbeitspapier_Nr18_2012.pdf (mit Hans-Georg Ehrhart, Kerstin Petretto).
- Gegen eine Kultur der Straflosigkeit, in: Deutsche Seeschiffahrt 12/2012, S. 20-22.
- Warum das Urteil im Hamburger Piratenprozess richtig ist und was daraus folgt, IFSH-Stellungnahme vom 31.10.2012, unter: <http://www.ifsh.de/index.php/einzelseite-358/items/warum-das-urteil-im-hamburger-piratenprozess-richtig-ist-und-was-daraus-folgt.html>.
- Private Sicherheitsdienstleister zur See, in: Hafenreport Ausgabe Mai 2012, S. 12-13.
- Post-doc mit Kind. Über Konkurrenz, Kinderbetreuung und Oma-Faktor, in: These 85/2012, S. 40-42.

Arne C. Seifert

- Political Islam in Central Asia – Opponent or Democratic Partner?, CORE Working Paper 25, Hamburg 2012, unter: <http://www.core-hamburg.de/documents/CORE%20WP25.pdf>.

Matenia Sirseldudi

- **The Meaning of Religion and Identity for the Violent Radicalisation of the Turkish Diaspora in Germany, in: Terrorism and Political Violence 5/2012, S. 807-824.***
- Auguren der Neuzeit. Anzeichen bevorstehender terroristischer Gewalt, in: Peter Zoche (Hrsg.), Transnationale Kriminalität in Deutschland: Organisierte Kriminalität und Terrorismus, Wiesbaden, VS-Verlag, 2012.

Eric van Um

- Why Militant Groups Fight Each Other: The Role of Support, Political Objectives and Revenge. Economics of Security Working Paper 64, Berlin: Economics of Security 2012.**

Wolfgang Zellner

- Limiting conventional arms to promote military security: the case of conventional arms control in Europe, in: Stockholm International Peace Research Institute (ed.), SIPRI Yearbook 2012. Armaments, Disarmament and International Security, Oxford 2012, S. 442-452 (mit Hans-Joachim Schmidt).*
- Back to reality: The 2011 Vilnius Ministerial Council Meeting, in: Security and Human Rights 1/2012, S. 7-9.**
- Conventional Arms Control in Europe: Is There a Last Chance?, in: Arms Control Today, March 2012, S. 14-18.
- Vor dem NATO-Gipfel: Dilemmata europäischer Rüstungskontrolle, in: Blätter für deutsche und international Politik 5/2012, S. 59-68 (mit Oliver Meier und Götz Neuneck).
- Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community. From Vision to Reality, Hamburg, Paris, Moskau, Warschau 2012 (Koordinator, mit Yves Boyer/Frank Evers/Isabelle Facon/Camille Grand/Ulrich Kühn/Lukasz Kulesa/Andrei Zagorski).
- Die Initiative zur Entwicklung einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS), in: IFSH-Jahresbericht 2011, S. 17-21 (mit Frank Evers und Ulrich Kühn).
- The Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community, in: IFSH Annual Report 2011, Hamburg, 2012, S. 14-17 (mit Frank Evers und Ulrich Kühn).



Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg Februar / März 2012

“Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community”

Internationaler Workshop im Ausrichtigen Amt

Am 21. März 2012 fand im Ausrichtigen Amt in Berlin die erste Workshop der Initiative für die Entwicklung einer Euro-Atlantischen und Eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS) statt. IDEAS ist eine gemeinsame Initiative von CSCE, der European Union for Conflict Resolution (EUCR), der Global Center for International Studies (GCIS), der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Leibniz Universität Hannover (LUA), der Otto von Guericke Universität Magdeburg (OvGU) und der Universität Hamburg (UH). Der Workshop wurde von der Initiative für die Entwicklung einer Euro-Atlantischen und Eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS) organisiert und von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Leibniz Universität Hannover (LUA), der Otto von Guericke Universität Magdeburg (OvGU) und der Universität Hamburg (UH) unterstützt.

Die Initiative für die Entwicklung einer Euro-Atlantischen und Eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS) zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der OSZE, der NATO, der EU und der G8 zu stärken und die Entwicklung einer globalen Sicherheitsgemeinschaft zu fördern. Die Initiative wird von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Leibniz Universität Hannover (LUA), der Otto von Guericke Universität Magdeburg (OvGU) und der Universität Hamburg (UH) unterstützt.

Die Initiative für die Entwicklung einer Euro-Atlantischen und Eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS) zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der OSZE, der NATO, der EU und der G8 zu stärken und die Entwicklung einer globalen Sicherheitsgemeinschaft zu fördern. Die Initiative wird von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Leibniz Universität Hannover (LUA), der Otto von Guericke Universität Magdeburg (OvGU) und der Universität Hamburg (UH) unterstützt.

Die Initiative für die Entwicklung einer Euro-Atlantischen und Eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS) zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der OSZE, der NATO, der EU und der G8 zu stärken und die Entwicklung einer globalen Sicherheitsgemeinschaft zu fördern. Die Initiative wird von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Leibniz Universität Hannover (LUA), der Otto von Guericke Universität Magdeburg (OvGU) und der Universität Hamburg (UH) unterstützt.



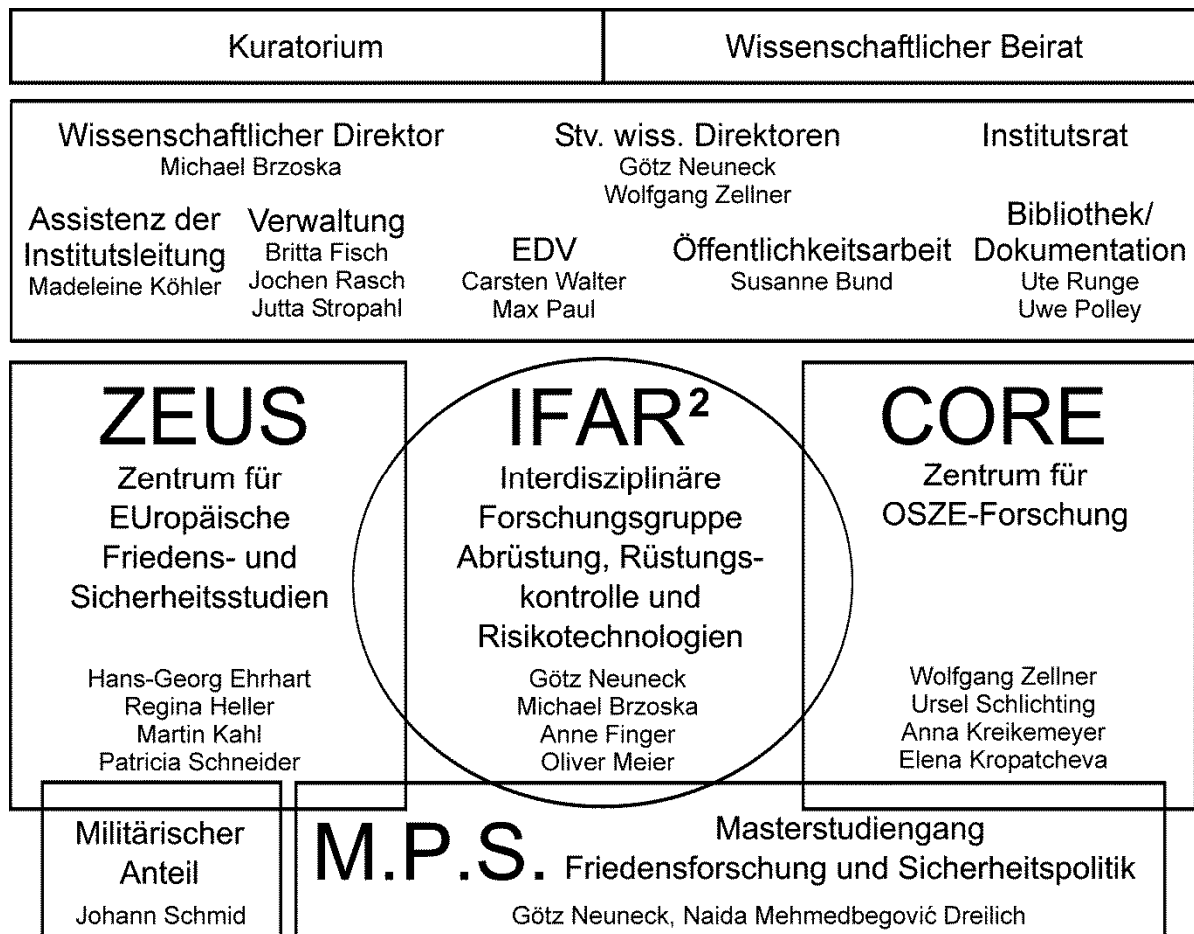
Statistischer Anhang

Statistical Annex



Organigramm / Organization Chart

Stand 31.12.2012 *



* Beschäftigte laut Stellenplan (einschließlich Teilzeit- und befristet Beschäftigte) ohne Drittmittel- und Honorarkräfte.



Öffentlichkeitsarbeit

Themen/Topic	Vorträge/ Lectures	Podiumsdisk./ Podium Disc.	Tagungen/ Conferences	Interviews	Gesamt/ Total
Aktuelle sicherheitspolitische Fragen (hier auch Terrorismus)/Current security policy questions (also terrorism)	51	11	43	66	171
Abrüstung/KRST Disarmament/Arms control	19	9	21	25	74
Europ. Sicherheit/ European security	11	2	19	3	35
OSZE/OSCE	7	2	9	-	18
Regionale Konflikte/ Regional conflicts	12	5	8	31	56
Friedensforschung (auch IFSH)/Peace research (also IFSH)	8	3	6	5	22
Sonstiges/Others	10	5	10	22	47
Gesamt/Total	118	37	116	152	423

Öffentlichkeitsarbeit im Vergleich 2008-2012

Jahr/Year	Vorträge/ Lectures	Podiumsdisk./ Podium Disc.	Tagungen/ Conferences	Interviews
2012	118	30	116	152
2011	139	33	127	183
2010	118	29	117	190
2009	105	32	90	145
2008	150	37	133	200



Anzahl der Forschungsprojekte

	2009	Davon extern finanziert	2010	Davon extern finanziert	2011	Davon extern finanziert	2012	Davon extern finanziert	2013 geplant	Davon extern finanziert
IFSH übergreifend	2	2	2	2	1	1	1	1	1	-
CORE	4	1	5	0	5	1	5	1	4	4***
ZEUS	8	4*	8	4	9	6**	10	6**	9	8***
IFAR	4	3	6	3	5	4***	7	4***	4	4
Gesamt	18	10	21	9	20	12	23	12	18	16

* 1 davon IFSH teilfinanziert

** 3 davon IFSH teilfinanziert

*** 2 davon IFSH teilfinanziert

Nachwuchs-, Beratungs- und kleinere Projekte

	2009	Davon extern finanziert	2010	Davon extern finanziert	2011	Davon extern finanziert	2012	Davon extern finanziert	2013 geplant	Davon extern finanziert
IFSH übergreifend	4	1	5	2	5	2	6	1	4	1 ³
CORE	14	10 ¹	10	7 ²	7	6 ¹	8	7 ¹	10	7 ³
ZEUS	18	11 ²	19	13 ²	13	13 ²	13	12 ²	11	6 ⁴
IFAR	11	6 ³	15	5 ⁴	11	3	8	4	10	6 ⁴
Gesamt	47	28	49	27	34	24	35	24	35	220

¹ 5 davon IFSH teilfinanziert.

² 3 davon IFSH teilfinanziert.

³ 1 davon IFSH teilfinanziert.

⁴ 2 davon IFSH teilfinanziert.



Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personen, Stand jeweils zum Jahresende (Vollzeitäquivalente in Klammern)

	2008	Davon extern finanziert	2009	Davon extern finanziert	2010	Davon extern finanziert	2011	Davon extern finanziert	2012	Davon extern finanziert
IFSH übergreifend	1	-	1	-	1	-	1	-	1	-
CORE	6	3	6	3 ¹	6	3 ¹	6	3 ¹	8 (5,25)	4 ²
ZEUS	7	3	8	3	11	7 ¹	10	6	10 (8,25)	6 ¹
IFAR	4	3	4	3	5	4 ¹	6	4 ¹	7 (3,79)	3 ¹
Gesamt	18² (11,65)	9	19³ (13,27)	9	23⁴ (18,95)	14	23⁵ (19,12)	13	26⁷ (18,299)	13
Davon Frauen	6	3	7	4	12	6	13	8	13 (8,61)	6
Nachrichtlich: Anzahl der Promovierenden	21	21	19	17	22	20	21	20	14 ³	13 ⁴
Davon Frauen	12		11		12		9		8	

¹ 1 davon IFSH teilfinanziert.

² 2 davon IFSH teilfinanziert

³ Hinzu kommen elf externe Promovierende, die z.T. am Doktorandenseminar teilnehmen, aber nicht unter das Betreuungsprogramm fallen.

⁴ 7 davon IFSH-teilfinanziert.

Gastwissenschaftler/innen

Anzahl Personen, kumuliert über die jeweiligen Jahre

	2008	2009	2010	2011	2012
IFSH übergreifend	1	1	2	1	1
CORE	2	2	2	1	2
ZEUS	2	3	5	3	3
IFAR	-	1	1	2	1
Gesamt	5	7	10	7	7
Davon Frauen	3	2	2	3	3



Drittmittelausgaben und Drittmittelzusagen

a) Tatsächliche Ausgaben (in Euro) / IFSH 2008-2012, Drittmittel und Drittmittelgeber

Arbeitsbereich	Geber		Jahr				
			2008	2009	2010	2011	2012
ZEUS	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG	1.500	245	76.229	94.015	
		Stiftungen	60.521	18.370	9.750	14.536	12.089
		DAAD	33.898	32.623	41.327		
		BMBF			202.488	371.961	313.738
		EU	79	58.287	13.464		54.762
	Bundesministerien						
	Land/Länder			-	-		
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		780	-	5.241		
	Forschungsstipendien		8.940	33.690	27.242	24.000	
Sonstige		6.969	10.702	10.520	11.022	981	
Summe ZEUS		112.687	153.917	386.261	515.534	381.570	
CORE	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG		-	-		
		Stiftungen				19.890	
		DAAD		31.477			37.875
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		286.391	218.400	206.682	214.048	236.668
	Land/Länder			-	-		
	EU			-	-		
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		106.754	76.424	11.314	8.235	
	Forschungsstipendien		26.150	26.925	24.700	12.000	
Sonstige						3.543	
Summe CORE		419.295	353.226	242.696	254.173	278.086	
IFAR	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG			-		
		Stiftungen	94.002	62.185	45.214	68.464	27.695
		DAAD					
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		9.391	8.750		51.966	
	Land/Länder		17.417	32.334			
	EU			-	-		
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		18.146			19.292	9.580
	Forschungsstipendien				-		
Sonstige				7.339	1.494	11.186	
Summe IFAR		138.956	103.269	52.553	141.216	48.461	
IFSH übergreifend	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG		20.391	84.810	90.750	82.972
		Stiftungen	59.257	1.300		25.000	
		DAAD					
		BMBF					
		EU	15.697	7.935	57.937	94.549	26.456
	Bundesministerien		52.550	35.100	32.175	70.200	77.200
	Land/Länder		5.000	6.799	11.025	9.198	
	EU				-		
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		20.394	24.432	38.702	5.688	
	Forschungsstipendien			4.000	8.000		
Sonstige		75.355	80.350	67.491	60.451	42.985	
Summe IFSH ü.		228.253	180.307	300.140	355.836	229.613	
IFSH Gesamt	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG	1.500	20.636	161.039	184.765	82.972
		Stiftungen	213.780	81.855	54.964	127.890	39.784
		DAAD	33.898	64.100	41.327		37.875
		BMBF			202.488	371.961	313.738
		EU	15.776	66.222	71.401	94.549	81.218
	Bundesministerien		348.332	262.250	238.857	336.214	313.868
	Land/Länder		22.417	39.133	11.025	9.198	
	EU				0		
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		146.074	100.856	55.257	33.215	9.580
	Forschungsstipendien		35.090	64.615	59.942	36.000	
Sonstige		82.324	91.052	85.350	72.967	58.695	
Summe IFSH		899.191	790.719	981.623	1.266.759	937.730	



b) Vom IFSH in den Jahren 2008-2012 eingeworbene Drittmittel (in Euro)

Arbeitsbereich	Geber		Jahr				
			2008	2009	2010	2011	2012
ZEUS	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG	1.500	226.200			
		Stiftungen	15.000			24.800	11.070
		DAAD	57.118	45.962	50.734	1.649	
		BMBF			1.040.750		
		EU	110.960			143.765	
	Bundesministerien						
	Land/Länder		-	-			20.000
	EU						
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente		-	-		10.000	
	Forschungsstipendien		40.700	40.618	15.622	24.000	16.500
Sonstige		18.900	6.000	9.900	53.000	8.833	
Summe ZEUS			244.178	318.780	1.117.006	257.214	56.403
CORE	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG	-	-			
		Stiftungen				24.890	
		DAAD		41.590			56.110
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		296.695	220.650	239.572	225.739	248.012
	Land/Länder		-	-			43.000
	EU						
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente		-	-		14.666	
	Forschungsstipendien		26.150	26.925	24.700	12.000	36.720
Sonstige		127.958,5	71.742				
Summe CORE			450.808	360.907	264.272	277.295	383.842
IFAR	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG	-	-			
		Stiftungen	147.400			47.988,5	42.385
		DAAD					
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		15.000	8.750	41.585	75.000	
	Land/Länder		35.000	28.600			9.800
	EU		-	-			
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente		6.252	-		30.888	6.392
	Forschungsstipendien						12.460
Sonstige			14.980	88.621	1.290		
Summe IFAR			203.652	52.330	130.206	155.166,50	71.037
IFSH übergreifend	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG	-	420.000			208.200
		Stiftungen		3.300		25.000	
		DAAD					
		BMBF					
		EU	343.600				
	Bundesministerien		52.550	35.100	37.500	70.000	77.200
	Land/Länder		10.550	10.000			2.800
	EU						
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente		-	-			
	Forschungsstipendien		-	12.060		25.250	8.000
Sonstige		54.550	45.500	6.000	22.000	33.000	
Summe IFSH ü.			461.250	525.960	43.500	142.250	329.200
IFSH gesamt	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG	1.500	646.200			208.200
		Stiftungen	162.400	3.300		122.678,5	53.455
		DAAD	57.118	87.552	50.734	1.649	56.110
		BMBF			1.040.750		
		EU				143.765	
	Bundesministerien		364.250	264.500	318.657	370.739	325.212
	Land/Länder		45.550	38.600			75.600
	EU		454.560	0			
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente		6.252	0		55.554	6.392
	Forschungsstipendien		66.850	79.603	40.322	61.250	73.680
Sonstige		201.409	138.222	76.589	73.290	41.833	
Summe IFSH			1.359.888	1.257.977	1.554.984	828.925,5	840.482



Publikationen

	2008	Davon referiert	2009	Davon referiert	2010	Davon referiert	2011	Davon referiert	2012	Davon referiert
Bücher	11		18	6	13	4	10	3	7	4
Buchbeiträge	66	6	62	7	65	13	83	15	42	13
Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften	39	13	45	13	29	11	28	8	39	18
Davon in ISI²⁵ Zeitschriften		2		0		1		6		7
IFSH Publikationen	18		22		16	-	27	1	18	
Andere	33		24	1	35	-	49	7	40	6
Gesamt	167	19	171	27	158	28	179	34	146	41
Davon auf Deutsch	106	11	95	12	79	13	121	13	69	5
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem²⁶	14,33	1,63	12,88	1,13	8,33	1,47	8,92	1,69	7,978	2,13

Publikationen nach Arbeitsbereichen

	2008	Davon referiert	2009	Davon referiert	2010	Davon referiert	2011	Davon referiert	2012	Davon referiert
IFSH übergreifend	30	6	34	5	27	4	61	3,5	42,17	6
Davon auf Deutsch	23	3	24	2	18	1	42	-	32	1
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem ²	30	6	34	5	27	4	61	3,5	42,17	6
CORE	41	4	45	4	48	9	37	4	26,83	4
Davon auf Deutsch	19	1	19	2	19	3	22	1	6	1
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem ²	9,46	0,92	7,5	0,66	10,66	2	7,59	0,82	5,1	0,76
ZEUS	64	3	65	14	56	12	60	23,5	48	27
Davon auf Deutsch	49	3	43	7	36	7	42	10	17	2
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem ²	15,38	0,72	18,41	3,96	7,59	1,62	6,34	2,48	5,82	3,27
IFAR	32	6	27	3	27	3	21	3	29	4
Davon auf Deutsch	14	4	10	3	11	2	14	2	11	1
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem ²	14,95	2,80	9,85	1,09	8,43	0,62	4,44	0,63	7,6	1,05

²⁵ Zeitschriften, die in der ISI World of Knowledge-Liste aufgeführt sind.

²⁶ In Vollzeitäquivalenten



Weitere Indikatoren der Forschungsarbeit

	2008	2009	2010	2011	2012
Teilnahme an Anhörungen im Parlament	11	15	15	19	7
Teilnahme an internen Gesprächen in Ministerien	44	46	49	65	48
Teilnahme an internen Gesprächen in ausl. Ministerien, Parlamenten, internationalen Organisationen				31	80
Vorträge	150	105	118	139	118
Podiumsdiskussionen	37	32	29	33	37
Tagungen des IFSH	11	9	16	20	15
Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Semesterwochenstunden, 2 Semester p.a.)	58	41	38	47,5	46
Abgeschlossene Promotionen*	5	3	2	2	2
Abgeschlossene Master-/Magister-/Diplomarbeiten*	27	28	28	23	25

*Anzahl Betreuungsfälle durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH